

Ist mein Tun richtig oder falsch? Alles, was in diesem Glauben geschieht, ist gut, alles, was ohne diesen Glauben geschieht, ist schlecht ("Was aber nicht aus dem Glauben geht, das ist Sünde" Rm. 14, 23c).

So von der Überforderung der eigenen Anstrengungen entlastet, kann der vom Glauben Betroffene seine Kräfte, Fähigkeiten und alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nicht als Privatesits vorstücken. Er glaubt, daß sie ihm nicht zufällig zur Verfügung stehen, sondern dazu, daß er mit ihnen schreckliche Not werde. Er sieht, daß Tod oder Leben, Krieg oder Frieden der anderen vom selben Einsatz abhängen. Dabei entstehende Leiden entsprechen dem Kreuz Jesu. ("Wer nicht sein Kreuz nimmt und mit mir nachfolgt, ist meiner nicht wert" Mt. 10, 38). Das Kreuz ist für die Bibel die Wurzel Osterlicher Heiligkeit, der Tod verschlungen in den Sieg und den Beginn einer neuen Schöpfung (1. Kor. 15, 54, Rm. 6, 4). Uracke christlicher Ethik ist also nicht die Angst vor einem Gericht oder die Suche nach individueller Vollkommenheit in der Befolgung von Geboten, vielmehr zwingt das Geschenk des Glaubens zum Handeln.

Wo der Mensch nicht vom Glauben betroffen ist, läßt er sich vom eigenen Tun beeindrucken. Er sieht es - isoliert von Vergangenheit, Zukunft und Gesellschaft - als die einzige Ursache seines Ergehens an. Er leidet aus Mitleid und humanitären Anstrengungen ab und ist ungetrieben von dem Zweifel, ob die eigenen Bemühungen das Lebensglück sichern können. Wo wir nicht vom Glauben betroffen werden, entfremden wir die uns zur Verfügung stehenden Fähigkeiten, Kräfte und Mittel ihrer eigentlichen Funktion: Leben zu erhalten und Not zu lindern. Wir setzen sie für Ziele ein, die unserem individuellen Denken GUT erscheinen, machen Welt und Mitmenschen zu Instrumenten, die nur dann interessant sind, wenn sie uns bei dem Erreichen dieser Ziele helfen können. Wir erniedrigen Menschen zu Objekten und vertrauen nicht mehr darauf, daß sie für uns eine noch nicht gedachte Bedeutung haben könnten. Das Geschehen hört auf, zu uns zu reden, wo wir nur eine festgelegte Sache in ihm suchen. Es vorwegort uns den Sagen. Deshalb müssen wir dort, wo wir nicht glauben, Macht, Gewalt, Gesetze gebrauchen, um notdürftig Ordnung zu halten. Das nennt die Bibel STRAFE, WÜTTE, VERDAMNIS, VERURTEILUNG ... Der vom Glauben Betroffene recknet mit dem Unglauben als mit Fakten der Erfahrung. Aber er vertraut darauf, daß solche Verfehlung des Lebens immer wieder überwunden werden wird vom Glauben.

3. Kören - Wurzel des Glaubens, der Verkündigung und der Kirche.

Die Bibel versteht den Glauben nicht als Leistung des einzelnen Menschen sondern als Geschenk, in das Menschen hineingeraten können ("Der Wind bläst, wo er will, und du hörst seine Stimme, aber du weißt nicht, welcher er kommt und wohin er fährt. So ist jeder, der aus dem Geist geboren ist". Joh. 3, 8). Ein vom Glauben Betroffener ist immer Erbe des Glaubens, der vor ihm geschahen ist. Er vermittelt, was er selbst empfangen (-OFFENBARTE-) bekommen), nicht selbst erkannt hat. Er ist Bote, nicht Urheber eines Geschehens.

Die Frage, ob sich bei heute glaubenden Menschen das Glaubensgeschehen morgen wiederholen wird, ist offen. Ebenso offen ist die Frage, ob sich das Glaubensgeschehen morgen bei Menschen ereignen

wird, die heute resignieren oder sich selbst rechtfertigen. Es ist o f f e n, wo sich der Glaube morgen ereignen wird. Von daher ist die Bezeichnung "Christen" und "Nichtchristen" als Bezeichnung kontinuierlich bestehender Persönlichkeiten oder Personengruppen fragwürdig. Der Anspruch einer konkreten Person auf lebenslänglichen Glauben ist selbst Ausdruck des Unglaubens. Die Grenze zwischen Gläubigen und Ungläubigen, zwischen Hoffenden und Resignierten, zwischen Gerechtfertigten und Selbstgerechten ... verschiebt sich vielmehr immer wieder neu quer durch die juristischen, ideologischen und institutionellen Gruppierungen der Menschen.

Verkündigung hat den Glauben nicht zur Voraussetzung - sodaß sie wie zu Eingeweihten reden könnte - sondern zur Folge. Ein Glaubender kann nicht Menschen neben sich an Angst vor der Wirklichkeit oder in Selbstüberschätzung leben lassen. Er muß sie in das Glaubensgeschehen miteinziehen. Der Glaube kann nicht Selbstzweck sein. Der von ihm Betroffene versucht mit allen der Liebe erreichbaren Mitteln andere Menschen in das Vertrauen hineinzurufen. Er ruft in das Vertrauen auf die Verheißung über ihrer je eigenen Wirklichkeit und in die sich daraus je einmalig ergebende Verantwortung. Der Ruf in den Glauben ist Kommunikation im umfassendsten Sinne. - Er bringt andere in Bewegung durch eigenes Bewegtsein. Das geschieht in Wort oder Tat, je nachdem, was die jeweilige Not verlangt. Durch den Ruf in den Glauben kommt die Angst zum Schweigen und erweckt das Ja konkreter einmaliger Menschen zu den Gaben und Aufgaben ihrer je eigenen Situation.

Der vom Glauben Betroffene wird zum Sprachrohr des Geschehens GOTTES. Im Glauben an dieses WORT (horcht) er auf die Bedeutung der jeweiligen Wirklichkeit. ("Der Glaube kommt aus dem Hören" Rm. 10, 17)! Er hat nicht Ruhe, ehe die Bedeutung, die Sprache des Geschehens, bei den Beteiligten zum Vorstehen, zum handelnden Antworten gekommen ist.

Keine neue Situation in der Geschichte der Menschheit und der jedes einzelnen Menschen ist mit den Maßstäben, Erkenntnissen, Worten, Begriffen, Definitionen, Vorstellungen, Systemen, Modellen, Bildern, Theologien vergangener Zeiten hinreichend zu beschreiben oder zu deuten. Sie ist allen vergangenen Geschehen gegenüber n o u : sodaß sie aller mitgebrachten Sprache gegenüber ein Stück voraus ist. Das Horchen auf dieses "Mehr" der Wirklichkeit (gegenüber dem eigenen Bild von ihr) ist die Wurzel des Glaubens und des Rufes in den Glauben.

Verkündigung vermittelt nicht allgemeingültige Erkenntnisse. Als einmalige, in der Gewisheit des Glaubens gewagte Deutung von Geschehen setzt sie Verhalten in Bewegung.

Alle Vermittlung objektiver Erkenntnisse steht im Dienst des Rufens. Sie müssen deshalb immer relativiert werden.

Nicht die biblischen Texte als solche sind GOTTES WORT. Wo das schriftliche Wort nicht relativiert, von GOTT selbst u n t e r s c h i e d e n, sondern mit ihm identifiziert wird, tötet es den Glauben.

Biblische Texte werden erst WORT GOTTES, wo sie das FÜR UNS (PRO NOBIS) und das "mehr als wir" (EXTRA NOS) einer konkreten, neuen Situation zum Leben erwecken. Sie bringen erst da zum Glauben,

wo ihre Deutung im Blick auf diese Situation verantwortet, durch keine Autorität gesichert und gerade so allein aus der Vollmacht des Glaubens kommt. Das kann auch mit Hilfe nichtbiblischer Stoffe geschehen.

Hier könnte der Eindruck entstehen, wir wollten die Autorität der Bibel untergraben. Wir meinen aber im Gegenteil, wer sich ängstlich nur mit biblischen Texten beschäftigt, meint, dadurch ihre Autorität stützen zu können.

Wenn wir die biblischen in aller Freiheit dem Gespräch mit anderen Texten aussetzen, wird sich ihre wahre Autorität von selbst erweisen.

Schriftsteller des AT z.B. hatten auch keine heiligen Texte. Ihr Glaube machte die Sagen, Mythen, Märchen, Legenden, Gleichnisse Redewendungen und andere Traditionen zu Instrumenten des Rufes in den Glauben. Wo dieser vollmächtige Ruf Menschen in den Glauben und in die Liebe hineinbewegt, da ist Gemeinde (Leib Christi).

Wir haben von Kirche und Ortsgemeinde wenig geredet. Damit wollen wir ausdrücken, daß wir nicht durch eigene Anstrengungen Kirche erhalten oder Gemeinde bauen können. Der Herr der Kirche baut in der Verkündigung immer wieder neu Gemeinde.

Europäische Sicherheit Oder - Neisse - Grenze Die Deutsche Frage

eine Dokumentation

Erarbeitet von der Studiengruppe für Internationale Fragen
der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR
- Arbeitsgruppe Berlin.

V o r w o r t

Die Studiengruppe für Internationale Fragen der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR, Arbeitsgruppe Berlin, hat sich seit mehreren Jahren mit dem Thema "Europäische Sicherheit und die Deutsche Frage" beschäftigt.

Es ist der Gruppe klar geworden, daß das Deutschlandproblem nur im Rahmen der Europäischen Sicherheit zu sehen und zu lösen ist. Das militärische Gegeneinander in Europa muß in ein friedliches Miteinander verwandelt werden. Das ist eine große Aufgabe für alle Regierungen der europäischen Staaten, das ist aber auch und besonders eine Aufgabe der Christen.

Die Christliche Friedenskonferenz, die inzwischen eine Weltbewegung geworden ist, ist einmal angetreten, den kalten Krieg in der Welt und besonders in Europa abzubauen und überwinden zu helfen. Sie sah es immer als eine ihrer wesentlichen Aufgaben, an einer Normalisierung der Verhältnisse zwischen den beiden deutschen Staaten mitzuarbeiten. In diesem Sinn hat auch die Arbeitsgruppe ihre Aufgabe verstanden. Mit der 1. Dokumentation (Initiativen und Pläne zur Sicherung des Friedens in Europa) hat die Arbeitsgruppe wesentliche Vorschläge von Regierungen europäischer Staaten und einzelner Persönlichkeiten zusammengetragen. In der Öffentlichkeit ist sicher der Plan des polnischen Außenministers Rapacki am meisten bekannt geworden und kommt modifiziert - zuletzt als Gomulka-Plan - immer wieder ins Gespräch.

Von westlicher Seite waren es vor allen Dingen Labour-Abgeordnete aus Groß-Britannien, die Pläne ins Gespräch zu bringen versuchten, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt auch die SPD. Von der Regierung der SU wird von 1945 an die Europäische Sicherheit als Voraussetzung für die Lösung der Deutschen Frage bezeichnet. Unter den Neutralen waren die Schweden und die Finnen aktiv. Auch sie haben besonders unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit in Skandinavien Pläne vorgelegt (Unden-Plan, Kekkonen-Plan).

Von Österreich her hat der Plan des Atomphysikers Thirring eine gewisse Beachtung gefunden.

Die Studiengruppe ist sich darüber im klaren, daß mit dem zusammengetragenen Material eine bestimmte Auswahl getroffen wurde. Es sollten nur die Pläne und Initiativen aufgeführt werden, die für die Sicherung des Friedens in Europa als bedeutungsvoll anzusehen sind.

Mit ihrer zweiten Dokumentation hat die Arbeitsgruppe versucht, besonders Initiativen der Regierung der DDR, der SED, der Volkskammer und der Nationalen Front in der Deutschen Frage nachzugehen. Sie hat alle entscheidenden Dokumente der genannten Organe in dem Zeitraum von 1946 - 1967 durchgesehen (vorwiegend im ND veröffentlicht) und die wesentlichen Punkte in kürzester Form und zum Teil in eigener Formulierung zusammengetragen.

Mit Hilfe dieser vielen Initiativen hat die DDR von Anfang an ihr Interesse an einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten zum Ausdruck gebracht.

Neben den Äußerungen politischer Organe der DDR zur Deutschen Frage haben wir uns mit dem Material der Christlichen Friedenskonferenz zur Deutschen Frage beschäftigt, das in Stellungnahmen Einzelner und Gruppen von Arbeitstagen der Christlichen Friedenskonferenz vorliegt. Wir haben dieses Material bearbeitet und die wesentlichen Punkte herausgestellt. Wir haben uns ferner bemüht, Stellungnahmen Evangelischer Kirchen im Zeitraum von 1946 - 1961 zusammenzutragen und haben uns mit den Äußerungen von Einzelpersonen aus den USA und der Bundesrepublik auseinandergesetzt.

Ein Mitglied unserer Studiengruppe hat sich die Mühe gemacht und auf gut zwei Seiten eine inhaltliche Zusammenfassung der von uns zusammengetragenen Äußerungen zur Deutschen Frage versucht.

Im Herbst 1966 konnten wir in der Jahrestagung der Regional-konferenz der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR von uns erarbeitete Thesen zur Europäischen Sicherheit referieren.

Wir stellen sie allem voran, obwohl wir wissen, daß bestimmte Punkte gerade in der Deutschen Frage andere Akzente bekommen haben. Unsere zweite Arbeit behandelt die Oder-Neiße-Franze.

In unserer Arbeitsgruppe gab es dahingehend Übereinstimmung: Wenn wir Frieden in Europa wollen, dann sollten wir jede Entspannungspolitik unterstützen und dabei vom politischen und territorialen status quo ausgehen. Die Lösung ist unseres Erachtens dadurch erschwert, daß die Bundesrepublik die nach 1945 entstandene territoriale Situation in Europa nicht akzeptiert und nicht bereit ist, von den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen in Europa auszugehen. Darum müssen unseres Erachtens alle Kräfte zu Gehör gebracht werden, die sich für eine friedliche Entwicklung in Europa einsetzen. Die Anerkennung der DDR ist einer der wichtigsten Beiträge zur Europäischen Sicherheit.

Der Beitrag der Christen bei der Herbeiführung einer Europäischen Sicherheit sollte auch darin bestehen, alle Angst, allen Haß, alles Mißtrauen und jede Selbstsicherung im Denken der Menschen abbauen zu helfen.

Wir meinen ferner, daß es von großer Wichtigkeit ist, daß die Christen anfangen, in ihren gesellschaftlichen Systemen verantwortlich mitzuleben.

Christen in beiden deutschen Staaten müssen besonders lernen, was es heißt, in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen zu leben und zu arbeiten und als Bürger zweier deutscher Staaten die friedliche Entwicklung in Europa vorantreiben zu helfen.

"Der Dienst der Versöhnung stellt uns frei zum Engagement für Versöhnung unter den Völkern.....
Wer das Evangelium verkünden will, muß bereit sein, sich am Kampf für soziale Gerechtigkeit und die Erhaltung des Friedens zu beteiligen." (Neu-Delhi 1961)

gez. Bruno Schottstädt
Leiter der Studiengruppe

Berlin, im Januar 1968

Inhaltsverzeichnis:

	<u>Seite</u>
Vorwort	1 - 3
Inhaltsverzeichnis	4
Thesen zur Europäischen Sicherheit	5 - 7
Initiativen und Pläne zur Sicherung des Friedens in Europa - 1945 - 1967	8 - 51
Zur Frage der Oder-Weiße-Grenze	52 - 54
Initiativen der Regierung der DDR, der SED, der Volkskammer und des Nationalrates der Nationalen Front in der Deutschen Frage - 1946 - 1967	55 - 73
Stellungnahmen der CFK zur Deutschlandfrage	74 - 77
Äußerungen Evangelischer Kirchen zur Deutschen Frage - 1947 - 1961	78 - 81
Einzelstimmen zur Deutschen Frage	
a) Professor Reumann, USA	
b) Dr. Müller-Gangloff, Westberlin	
c) Hans Enzensberger und andere, BRD	82 - 83
Versuch einer inhaltlichen Zusammenfassung der Äußerungen zur Deutschen Frage	84 - 85

Thesen zur Europäischen Sicherheit

I.

Eine der wichtigsten Aufgaben im Ringen um den Weltfrieden ist die Gestaltung einer Friedensordnung für Europa. Viele ungelöste Probleme resultieren aus den Ergebnissen des 2. Weltkrieges. Die vergangenen zwei Jahrzehnte einer Politik des Kalten Krieges haben in die Sackgasse geführt. Es muß eine neue Politik gesucht und praktiziert werden. Diese neue Politik muß nach unseren Vorstellungen auf eine Ordnung des friedlichen Zusammenlebens orientiert sein. "Das militärische Gegenüber muß in ein friedliches Miteinander verwandelt werden".

(Memorandum des Weltfriedensrates zur Europäischen Sicherheit, Juni 1966).

Die Schwerpunkte des weltpolitischen Geschehens liegen heute in anderen Erdteilen - Europa ist nicht mehr der Mittelpunkt der Welt. Dennoch wäre es für eine weltweite Entspannung förderlich, die gegenwärtigen politischen Entwicklungen in Europa zu nutzen, um in diesem Teil der Welt mit dem Abbau der Spannungen zu beginnen. "Hier kann auf Grund vieler Vorschläge ein Gebiet bedrohlicher Spannungen in ein Modell für praktizierte Koexistenz umgewandelt werden". (Aus dem Bericht der Christlichen Friedenskonferenz - Ständige Kommission für Internationale Fragen - 9. - 11.3.66 in Georgsmarienhütte). Die durch eine solche Politik freigewordenen geistigen und wirtschaftlichen Kapazitäten würden Europa in die Lage versetzen, seine geschichtliche Aufgabe für die Entwicklungsländer wahrzunehmen.

II.

Folgende wichtige Schritte würden zur Herbeiführung einer Entspannung in Europa beitragen:

Alle Staaten, die keine Kernwaffen in Europa besitzen, sollten auf Kernwaffen in jeder Form verzichten und dieses öffentlich erklären.

Alle Staaten Europas sollten sich vertraglich einigen, eine Ausbreitung von Kernwaffen in jeder Form zu verhindern.

Alle Staaten könnten zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten beitragen, indem sie der Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Nord- und Mitteleuropa sowie im Mittelmeerraum zustimmen.

(siehe die verschiedenen Vorschläge für kernwaffenfreie Zonen: Rapacki-, Gomulka-, Kekkonen-, Thirring-, Unden- und Balkanplan).

III.

Eine Konkretion dieser Vorschläge sehen wir u.a. in den Maßnahmen, die im "Sofortprogramm für Sicherheit durch Abrüstung in Mitteleuropa" der Campagne für Abrüstung gefordert werden:

"Die Bundesrepublik, Polen, die CSSR und die DDR sollen den endgültigen Verzicht auf Herstellung, Erprobung und Besitz

von Atomwaffen sowie jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen erklären. Die Kernwaffenbestände im Gebiet dieser Länder sollen nicht weiter vermehrt werden. Die Rüstungsetats dieser Länder sollen nicht weiter gesteigert werden. Die Rüstungsetats in den vier Ländern sollen stufenweise verringert werden. Die Bundesrepublik, Polen, die CSSR und die DDR sollen den Verzicht auf Lagerung fremder Atomwaffen erklären und die Bildung einer international kontrollierten atomwaffenfreien Zone einleiten. Eine europäische Sicherheitskonferenz soll einberufen werden."

und in dem Drei-Punkte-Vorschlag der Regierung der DDR vom Januar 1966.

Als einen weiteren Schritt auf dem Wege der Annäherung zwischen den europäischen Staaten sehen wir an:
Handel, Verkehr und Informationsaustausch über die Staatsgrenzen hinweg werden wesentlich erweitert. Dabei darf kein Staat diskriminiert werden, und kein Staat sollte sich abriegeln.

IV.

Eine Sicherheitskonferenz, an der alle europäischen Staaten teilnehmen, wird längst als dringend bezeichnet. Zu dieser Konferenz sollten alle Regierungen und gegebenenfalls Organisationen und Zusammenschlüsse, die um Frieden und Sicherheit in Europa bemüht sind, eingeladen werden. Es muß versucht werden, ein gemeinsames Sicherheitssystem in Europa zu errichten, das mit einer entsprechenden Organisation ausgestattet wird. Eine solche Organisation hätte u.a. eine internationale Kontrollinstanz zu schaffen, der von allen europäischen Staaten jenes Maß an Bewegungs- und Informationsfreiheit gewährt werden müßte, welches zur wirksamen Durchführung ihrer Arbeit notwendig ist. Auf diese Weise könnte das gegenseitige Mißtrauen stufenweise abgebaut werden.

Alle nichtpaktgebundenen Staaten sollten von ihrer Neutralität aktiv Gebrauch machen, indem sie einen Weg der Sicherung des Friedens in Europa aufweisen und beschreiten.

V.

Eine Regelung der Deutschlandfrage ist von weitreichender Bedeutung für den Frieden in Europa, und alle europäischen Staaten sollten daran interessiert sein. Von allergrößter Wichtigkeit wird es daher sein, daß sich die Menschen in beiden deutschen Staaten auf ihre Aufgabe in Europa besinnen. Diese Aufgabe besteht nach unserer Auffassung darin, daß beide deutsche Staaten in einer echten Konföderation die Möglichkeit des friedlichen Zusammenlebens und -arbeitens zweier Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung für die Welt sichtbar machen.

Ein so konföderiertes Deutschland besäße weit mehr Möglichkeiten, um z.B. die Länder der sog. "dritten Welt" wirksam zu unterstützen.

Die Lösung dieser Aufgabe ist jedoch dadurch sehr erschwert, daß die BRD die nach 1945 entstandenen territorialen und politischen Situationen in Europa nicht akzeptiert und ihre Innen- und Außenpolitik auf eine Änderung dieser Verhältnisse ausrichtet. Jede Politik der Entspannung kann aber nur vom politischen und territorialen status quo ausgehen.

VI.

Es ist unsere Schuld als Kirche, daß wir bisher viel zu oft im Schlepptau nationaler Ideen und wirtschaftlich politischer Machtkonstellationen in den Lebensfragen unserer Zeit geschwiegen haben. Der Dienst der Versöhnung stellt uns aber gerade frei zum Engagement für die Versöhnung unter den Völkern. Darum sollten wir jede echte Möglichkeit wahrnehmen, um dafür auf allen Ebenen unseres gesellschaftlichen Lebens konstruktiv und kritisch mitzuarbeiten.

In den christlichen Gemeinden haben wir die Aufgabe, das Gespräch über die Mitverantwortung in unserer Gesellschaft in Gang zu bringen; dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit politischen Sachfragen.

"Wer das Evangelium verkündigen will, muß deshalb bereit sein, sich am Kampf um soziale Gerechtigkeit und um die Erhaltung des Friedens zu beteiligen."

"Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, Sektion Zeugnis, Punkt 29).

(Erarbeitet von der Studiengruppe für Internationale Fragen der CFK in der DDR - Arbeitsgruppe Berlin - am 15.8.1965 in der Regionalkonferenz der CFK in der DDR vorgetragen und erläutert)

Initiativen und Pläne zur Sicherung des
Friedens in Europa - 1945 - 1967
(Dokumentation)

- 1941 14.8. Erklärung der Atlantik-Charta durch die USA und Großbritannien.
24.9. Beitritt weiterer 10 Staaten, darunter die UdSSR.
- 1943 19. - Moskauer Außenminister-Konferenz der 4 Staaten:
30.10. UdSSR, Großbritannien, USA und China.
Deklaration zur Frage der allgemeinen Sicherheit, in der die Notwendigkeit eines allgemeinen Sicherheits-systems betont wird und eine Rüstungsregelung für die Nachkriegszeit erwünscht wird.
Beschluß der Errichtung einer Konsultationskommission in London zur Vorbereitung der europäischen Nach-kriegsordnung.
- 1945 4. - Krimkonferenz der Alliierten, Jalta.
11.2. Im Abkommen von Jalta wird beschlossen, "solche Maß-nahmen in Deutschland zu ergreifen, die für den zukünftigen Frieden und die Sicherheit in der Welt notwendig sind."
26.6. Gründung der UN durch Unterzeichnung der UN-Charta durch 51 Staaten in San Franzisko.
16.7. Erster Atombombentest der USA
17.7. Potsdamer Konferenz der
2.8. Alliierten
Im Potsdamer Abkommen wird beschlossen, Deutschland bei Erhaltung seiner wirtschaftlichen Einheit völlig abzurüsten, den Militarismus und Nazismus auszurotten und auch andere Maßnahmen in der Gegenwart und der Zukunft zu vereinbaren, "die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann".
6. u. Atombombenabwürfe auf H i r o s h i m a und
9.8. N a g a s a k i.
- 1946 24.1. Errichtung einer UN-Atomenergie-Kommission, die bis 1950 an atomaren Abrüstungsproblemen arbeitet.
Juli Tagung des Außenministerrates der Alliierten in Paris. Der sowjetische Außenminister Molotow bezeichnet in einer Erklärung die Regelung der Europäischen Sicherheit als Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage. Deutschland sei in einen demokratischen, friedlichen Staat umzugestalten, "dem jedoch die wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten genommen sind, sich neuerdings als aggressive Kraft zu erheben".

- 1947 10.2. Friedensverträge der Alliierten mit Bulgarien, Finnland, Italien, Rumänien und Ungarn verbieten diesen Ländern den Kernwaffenbesitz.
- 13.2. Errichtung einer UN-Kommission für konventionelle Rüstungen, die bis 1950 an Abrüstungsproblemen arbeitet.
- 1948 4.-12.3. Abschluß des Brüssler Vertrags (Westunion).
- 1949 4.4. Unterzeichnung des NATO-Vertrags in Washington für die Dauer von 20 Jahren.
- 20.-25.4. 1. Weltfriedenskongreß in Paris und Prag, Schaffung des Weltfriedensrates.
- 3.8. Gründung des Europarates.
- 22.9. Erster Atombombentest der UdSSR.
- 1950 18.2. Tito bekannnt sich zur Politik der Neutralität für Jugoslawien.
- 6.7. Abkommen zwischen der DDR und Polen über die Markierung der Staatsgrenze an Oder und Neiße.
- 15.-21.3. Stockholmer Appell für das Verbot der Kernwaffen.
- 25.6.1950 - Korea-Krieg.
- 27.7.1953
- 1950 12.-18.9. Konferenz der drei Westmächte in New York sieht für BRD Aufrüstung und Einbeziehung in die NATO vor.
- 1952 4.2. Zusammenkunft einer neuen UN-Abrüstungskommission.
- 10.3. 1. Sowjetischer Friedensvertrags-Entwurf (als Antwort auf die bezügliche DDR-Bitte an die 4. Großmächte vom 13.2.1952) sieht vor:
1. Abzug der Besatzungstruppen binnen Jahresfrist
 2. Abschluß eines Friedensvertrages bei Teilneutralisierung Deutschlands (Verpflichtung Deutschlands, keine Koalition oder Militärbündnisse einzugehen, die gegen einen ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands gerichtet sind)
 3. Beschränkung der nationalen Streitkräfte auf den für die Verteidigung notwendigen Stand und der Rüstungsproduktion auf ein entsprechendes Ausmaß.
- 26.5. Unterzeichnung des Generalvertrages (Deutschlandvertrag) zwischen den 3 Westmächten und der BRD:
- Ablösung des Besatzungsstatus, Souveränität der BRD bei Erhaltung von Sonderrechten der Westmächte (bzgl. Stationierung von Truppen, deutscher Friedensvertrags-Regelung und Wiedervereinigung).

- 1952 6.6. Vorschlag des FDP-Bundestagsabgeordneten
P f l e i d e r e r:
1. Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland bis auf einzelne Brückenköpfe (für die UdSSR die unter polnischer Verwaltung stehenden Ostgebiete, für die Westmächte entsprechende Gebiete in Westdeutschland)
 2. Im freiwerdenden Teil Bildung nationaler Streitkräfte Deutschlands.
- 2.10. Erster Atombombentest von Großbritannien.
- 1.11. Erster H-Bombentest der USA
- 1953 28.2. B a l k a n p a k t ü b e r F r e u n d -
s c h a f t u n d Z u s a m m e n a r b e i t
zwischen Türkei, Griechenland und Jugoslawien
(wird in Folgezeit wegen innerer Gegensätze bald unwirksam).
- 20.8. Erster H-Bombentest der UdSSR
- 1954 25.1.-18.2. Berliner Außenminister-Konferenz
Keine Einigung über die Deutschlandfrage
und die Frage der Europäischen Sicherheit.
- 30.1. DDR-Memorandum an die Außenministerkonferenz
(Siehe Dokumentation DDR-Initiativen in der Deutschen Frage).
- 1954 10.2. Molotow-Pläne auf der Berliner Außenminister-
konferenz:
1. Gewährleistung der Sicherheit in Europa durch Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland bis auf beschränkte Kontingente, jedoch Recht der Rückkehr im Fall einer Gefahr für die Sicherheit.
 2. Begrenzung der Bewaffnung beider Teile Deutschlands auf Polizeieinheiten in zu vereinbarender Stärke.
 3. Überwachung der Neutralisierung Deutschlands durch Inspektionsgruppen der 4 Großmächte.
 4. Entwurf für Hauptgrundsätze eines gesamt-europäischen Sicherheitssystems.
- 1954 22.2. Vorhandensein von 12 amerikanischen Atomge-
schützen westlich des Rheines bekanntgegeben.
- 31.3. Sowjetischer Vorschlag für ein kollektives
europäisches Sicherheitssystem und Bereit-
schaft der UdSSR zum Eintritt in die NATO.
- 19.4. Bildung eines Subkomitees der UN-Abrüstungs-
kommission.
- 26.4.-21.7. Genfer Konferenz beschließt Beendigung des
Indochina-Krieges.
- 18.9. Volkskammer der DDR schlägt Bundestag Ver-
handlungen über kollektive Sicherheit und
Abschluß eines Friedensvertrages vor.
(Siehe DDR-Initiativen in der Deutschen Frage).

- 1954 23.10. Pariser Verträge.
Änderung und Ergänzung des Brüsseler-Vertrages zu einer westeuropäischen Union (WEU).
Beitritt der BRD zu WEU und NATO beschlossen.
Dafür nimmt BRD freiwillige Rüstungsbeschränkungen auf sich:
Keine Herstellung von A, B, C-Waffen, weitreichenden gelenkten Geschossen, Influenzminen, größeren Krüggsschiffen und Kontrolle weiterer Rüstungstypen durch die WEU.
- 23.10. Viermächtevertrag innerhalb der Pariser Verträge zwischen den drei Westmächten und der BRD über die Herstellung der Souveränität der BRD mit gewissen vorbehaltenden Sonderrechten der Westmächte.
- 23.10. Sowjetische Protestnoten an die 3 Westmächte gegen die Remilitarisierung der BRD durch die WEU.
- 13.11. Sowjetischer Vorschlag für eine gesamt-europäische Konferenz zur Frage der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa.
- 29.11.-2.12. 1. Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa in Moskau (sozialistische europäische Staaten) schlägt angesichts der beabsichtigten Ratifizierung der Pariser Verträge die Schaffung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems vor. Bei Ratifizierung der Pariser Verträge werden gemeinsame Gegenmaßnahmen erforderlich.
- 1955 18.-24.4. Bandung-Konferenz
5 Punkte der friedlichen Koexistenz.
- 7.5. Die Sowjetunion annulliert die seit 1942 bzw. 1944 gültigen Beistandsverträge mit Großbritannien bzw. Frankreich wegen Ratifizierung der Pariser Verträge.
- 10.5. Sowjetische Deklaration an den Londoner UN-Abrüstungsunterausschuß schlägt u.a. den sofortigen Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland bis auf begrenzte Kontingente und dafür die Bildung begrenzter nationaler Polizeikontingente in beiden Teilen Deutschlands unter 4-Mächte-Kontrolle vor.
- 11.-14.5. 2. Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa in Warschau.
Abschluß eines Freundschafts- und Beistands-Vertrages für die Dauer von 20 Jahren (Warschauer Vertrag).

1955 11. - 14.5.

Bildung eines vereinigten Kommandos der Streitkräfte. Beitrittsfreiheit für andere Staaten.
Erlöschen des Vertrages bei Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa.

15.5.

Staatsvertrag der vier Großmächte mit Österreich verbietet diesem den Besitz von Kernwaffen.

1.6.

Österreich erklärt seine Neutralität.

2.6.

Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Jugoslawien.

6.6.

Aufstellung der Bundesarmee der BRD.
Einführung der Wehrpflicht am 7.7.56.

18.-23.7.

G. nfer Gipfelkonferenz der 4 Regierungschefs.

A. Vorschlag des französischen Premierministers Faure auf Ausdehnung der WEU-Rüstungsbegrenzung auf Gesamtdeutschland nebst NATO-Garantie gegenüber der UdSSR bei Einbeziehung des wiedervereinigten Deutschlands in WEU und NATO.

B. Eisenhower-Plan der Luftinspektion zur allgemeinen Rüstungskontrolle (Plan des "offenen Himmels").

18.7.

C. Vorschläge des britischen Premierministers Eden:

1. Europa-Plan zur Sicherheit der UdSSR bei deutscher Wiedervereinigung.
Dazu Sicherheitspakt der vier Großmächte mit wiedervereinigtem Deutschland, sowie von den 4 Mächten kontrollierte Begrenzung der Rüstungen und Streitkräfte Deutschlands und der Nachbarstaaten.
(Ablehnung durch die UdSSR, da er für andere kleine Staaten keine Sicherheit böte und auch für die UdSSR wegen Bestehenbleiben von WEU und NATO nicht ernstzunehmen sei).

21.7.

2. Pilot-Plan ("Eden-Plan") zur Erprobung der Wirksamkeit internationaler Inspektionszonen:

Bildung einer entmilitarisierten Zone beiderseits der Demarkationslinie zwischen Ost- und Westeuropa und gemeinsame 4-Mächte-Inspektion der dortigen Streitkräfte und Bewaffnungen.

(Wiederholung des Planes im britischen Memorandum vor der UN-Abrüstungskommission am 29.8.1955).

1955

21.7. D) Vorschläge des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin zur Bildung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems.

21.7. 1. Erweiterung des Ein-Phasen-Planes von Molotow

(10.2. 1954) in einen 2-Phasen-Plan, da Auflösung von NATO und WEU schwieriger als von Warschauer Vertrag ist:

a) Erhaltung des status quo.

Bestehenbleiben der gegenwärtigen Militärgruppierungen für 2 - 5 Jahre.

Erhaltung der derzeitigen Stärke der bewaffneten Streitkräfte.

Verpflichtung des Gewaltverzichts und Lösung strittiger Fragen mit friedlichen Mitteln.

b) Auflösung von NATO und WEU sowie des Warschauer Vertrags und Ablösung durch den Gesamteuropäischen Vertrag über die kollektive Sicherheit (einschließlich der USA). Im Vertragsentwurf wird, bedingt durch die Ratifizierung der Pariser Verträge, die Priorität der Europäischen Sicherheit vor der Lösung der Deutschlandfrage betont. Die BRD und die DDR sowie nach der durch schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten erreichten Vereinigung auch Gesamtdeutschland, können ebenfalls Vertragspartner sein.

Aufgaben des Sicherheitssystems:

Verzicht auf Gewaltandrohung und -anwendung.

Friedliche Regelung strittiger Fragen. - Gegenseitiger Beistand im Fall eines Überfalles. - Verzicht der Teilnehmerstaaten auf Koalitionen oder Bündnisse, deren Ziele im Widerspruch zu den Zielen des kollektiven Sicherheitsvertrages stehen. - Verpflichtung zur engen wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit.

2. Wegen Ablehnung des 1. Vorschlages durch die Westmächte: Vorschlag über "Grundprinzipien eines Vertrages zwischen den in Europa bestehenden Staatengruppierungen", wonach die Staaten der NATO und WEU sowie des Warschauer Vertrages einen Vertrag über Gewaltverzicht und gegenseitige Konsultationen über Streitfragen schaffen, der später durch ein kollektives Sicherheitssystem ersetzt wird.

3. Vorschläge zur weltweiten Rüstungsbegrenzung und Kontrolle.

1955

23.7.

E) Direktive der vier Regierungschefs an die nachfolgende Außenministerkonferenz zur Abrüstungsfrage:

Folgende Probleme sind u.a. zu besprechen:

1. Sicherheitsvertrag für Europa oder Teil-Europas mit Gewaltverzicht und Beistandsverweigerung für einen Aggressor.
2. Beschränkung, Kontrolle und Inspektion der Streitkräfte und Rüstungen.
3. Errichtung einer Zone zwischen Ost und West, in der die Stationierung von Streitkräften der gegenseitigen Zustimmung unterliegt.
4. Maßnahmen zur Beseitigung der Handelschranken und zur Herstellung freier Kontakte und Verbindungen zwischen den interessierten Ländern und Völkern.

9.-13.9.

Adenauer-Besuch in Moskau.

Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD.

17.-20.9.

Staatsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR über die volle Souveränität der DDR.

27.10.-16.11.

Genfer Außenminister-Konferenz der 4 Großmächte.

A. Gemeinsamer Entwurf der Vertreter der Westmächte zu einem Zusicherungsvertrag für die UdSSR, der gleichzeitig mit einer Vereinbarung zur deutschen Wiedervereinigung abzuschließen wäre:

1. Gewaltverzicht der Vertragspartner.
2. Versagen der Unterstützung für einen Aggressor.
3. Zone beschränkter Streitkräfte und Rüstung beiderseits der Demarkationslinie zwischen dem verdrängten Gesamtdeutschland und den osteuropäischen Staaten.
4. Gegenseitige militärische Informationen und Inspektionen.
5. Gegenseitige Radar-Warnsysteme beiderseits der genannten Zone.
6. Konsultation zur Vertragsdurchführung.
7. Keine Behinderung individueller und kollektiver Selbstverteidigung (z.B. Militärbündnisse)
8. Einschreiten gegen einen Angriff einer Vertragspartei mit angemessenen Mitteln.
9. Phasenweises Inkrafttreten.

(Ablehnung dieses Planes durch die UdSSR, vor allem wegen seiner Kopplung mit der deutschen Wiedervereinigung und auch gegen Punkt 3: Eine DDR-Delegation bezieht am 5.11. diesen Plan zusammen mit einem Plan für gesamtdeutsche Wahlen vom 4.11.

1955 27.10.-16.11.

als einen erneuten Versuch, die Pariser Verträge auf ganz Deutschland auszudehnen, vergl. auch P. 7).

27.10.

B) Vorschläge des sowjetischen Außenministers Molotow:

1. Wiederholung der Bulganin-Vorschläge vom 21.7.1955 über ein kollektives Sicherheitssystem oder zumindest ein provisorisches Sicherheitsabkommen zwischen den Großmächten und den Staaten der WEU und des Warschauer Vertrages.

31.10.

2. Abkommensentwurf über eine Zone beschränkter Rüstungen in Europa (im Sinne des Eden-Planes):

a) Zone umfaßt BRD, DDR sowie Nachbarstaaten.

b) Übereinkommen über Maximalstärke der Streitkräfte der Großmächte in dieser Zone.

c) Vereinbarung der Kontrolle mit den Staaten dieser Zone.

d) Gemeinsame Inspektion der Teilnehmerstaaten des Abkommens.

9.11.

3. Vorschlag der Schaffung eines gesamtdeutschen Rates, der Reduktion der Besatzungstruppen in Deutschland um 50 %, und Abschluß eines Nichtangriffspakts zwischen den bestehenden europäischen Staatengruppierungen.
(Ablehnung der verschiedenen sowjetischen Pläne am 15.11. durch die Vertreter der Westmächte in Genf mit der Begründung, daß sich die UdSSR weigert, die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen zu erörtern, obwohl dies in den Direktiven der 4 Regierungschefs an ihre Außenminister vorgesehen gewesen sei).

1956

18.1.

Bildung der NVA in der DDR, Einführung der Wehrpflicht am 24.1.62.

28.1.

Gemeinsame Deklaration der Staaten des Warschauer Vertrags in Prag: Vorschlag einer kontrollierten, rüstungsbegrenzten Zone in Europa zur Erleichterung der Schaffung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems. Dazu soll entsprechend der Genfer Direktive der 4 Regierungschefs ein Abkommen mit den europäischen Staaten, die in dieser Zone liegen (insbesondere die BRD und DDR) über Rüstungsbegrenzung, Kernwaffenverbot und Begrenzung der stationierten ausländischen Truppen innerhalb der Zone abgeschlossen werden.

1956

- 19.3. Beginn erneuter Verhandlungen des Subkomitees der UN-Abrüstungskommission in London (Gründung = 19.4.1954). Haltung dazu:
BRD: Warnung an die Westmächte vor einem Abrüstungsabkommen auf der Grundlage der deutschen Spaltung, da es den Kern neuer Verwicklungen in sich berge (11.3. = Regierungserlassen an die Westmächte). Wiedervereinigung müsse der Abrüstung vorgehen (6.4. = Auswärtiges Amt) bzw. zugleich mit der Abrüstung erfolgen. (18.4. = Außenminister v. Brentano).
- 4.4. Frankreich: Kritik des französischen Ministerpräsidenten Mollet an der USA-Haltung zur Abrüstungsfrage, die die Probleme der deutschen Wiedervereinigung und europäischen Sicherheit vor die Abrüstung setzen würde. Frankreich vertritt die Priorität der Abrüstung vor der Wiedervereinigung.
- 7.5. Großbritannien: Gewisse Schritte einer Teilabrüstung vor der Regelung der Deutschlandfrage sind möglich (Unterstaatssekretär Nutting).
- 14.5. UdSSR: Ablehnung der Verbindung von Abrüstung und Deutschlandfrage (Ministerpräsident Bulganin).
- 27.5. Sowjetischer Abrüstungsverschlagn vor dem Subkomitee der Abrüstungskommission sieht u.a. eine militärisch verdünnte, atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa vor.
- 29.5. Regierungserklärung der DDR durch Ministerpräsident Grotewohl. Vorschläge zur innerdeutschen Entspannung: Für beide deutsche Staaten keine Einführung der Wehrpflicht, Vereinbarung über die Begrenzung der Streitkräfte, Verbot der Stationierung von Atomwaffen.
- 6.6. Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin an 7 Regierungschefs (3 Westmächte, BRD, Kanada, Italien, Türkei): Bekanntgabe der Reduktion der sowjetischen Streitkräfte um 1,2 Millionen Mann, Aufforderung zu analogen Maßnahmen. Reduktion der alliierten Streitkräfte in Deutschland wäre für die Wiedervereinigung Deutschlands nützlich.
 (Ablehnende Antworten der BRD am 18.7. und der USA am 4.8., da nur ein Abrüstungsabkommen Sicherheit biete bzw. ein alliierter Truppenabzug aus Deutschland nur mit Wiedervereinigungsplan der Genfer Regierungschef-Direktive behandelt werden könne).
- 7.7. Einführung der Wehrpflicht in der BRD.
- 23.7. Vorschlag von Premierminister Eden vor dem britischen Unterhaus zu einem europäischen Sicherheitssystem unabhängig von der deutschen NATO-Zugehörigkeit.

1956

2.9.

1. Memorandum der BRD an die UdSSR zur Abrüstungsfrage: Notwendigkeit des Konnex von Abrüstung und deutscher Wiedervereinigung, Hinweis auf den angebotenen Zusicherungsvertrag vom 28.10.1955, Befürwortung eines europäischen Sicherheitssystems, ausgehend von Gewaltverzicht und der Verweigerung der Unterstützung von Angreifern bzw. gegenseitiger Beistandsverpflichtung im Fall eines solchen Angriffs.

29.10.

6.11.

Suez-Konflikt.

23.10.-4.11.

Ungarn-Ereignisse.

17.11.

Sowjetische Erklärung zur Abrüstung und Milderung internationaler Spannungen schlägt u.a. vor: Stufenweise Reduktion der Streitkräfte der Großmächte, Chinas und weiterer Staaten, Kernwaffenverbot, Reduktion der Besatzungstruppen in Deutschland und der entsprechend der Militärpakte in anderen europäischen Staaten stationierten Truppen um 30 %, Auflösung der Militärstützpunkte, Reduktion der Militärausgaben, Einrichtung von Kontrollposten und Annahme des Luftinspektionsplanes von Präsident Eisenhower (Genf 1955) in einer Zone jeweils 800 km beiderseits der Demarkationslinie in Europa, erneuter Vorschlag eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages.
(Ablehnung durch die Westmächte am 3.1.1957 wegen nicht ausreichender Kontrolle).

15.9.56-15.1.57

Vorschläge des USA-Senators Humphrey:

1. Im Fall einer deutschen Wiedervereinigung Schaffung einer Pufferzone, innerhalb der ein Gleichgewicht der Streitkräfte gewahrt werden soll (15.9.).
2. Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems, dessen wesentlicher Teil ein Übereinkommen über einen amerikanischen und sowjetischen Truppenrückzug aus Deutschland sein sollte (21.12.).
3. Schrittweise Truppen-Reduzierung aus Deutschland (15.1.57).

1956 14.12.

Vorschlag des USA-Senators Knowland für einen neutralen Gürtel in Mitteleuropa aus dem vereinigten Deutschland, Finnland, Schweden, Österreich, Schweiz und allen europäischen Volksdemokratien unter der Voraussetzung, daß in den osteuropäischen Staaten freie Wahlen erlaubt wären.

Dezember

Schreiben von 12 demokratischen Kongreßmitgliedern an USA-Präsident Eisenhower, Vorschlag der Entmilitarisierung für ein 1000 Meilen breites Gebiet Europas vom Rhein bis an die Grenzen der UdSSR bei Übernahme östlicher und westlicher Garantien.

- 1956 19.12. Vorschlag des britischen Labourführers Gaitskell vor dem Unterhaus sieht als Ausdehnung des Eden-Planes von 1955 ein neutrales Gebiet von Ost- und Mitteleuropa vor, für das Garantien durch einen Sicherheitsvertrag gegeben werden.
- 1957 11.1. Erläuterung des Gaitskell-Planes in Rede vor der Havard-Universität: Neutralisierung des wiedervereinigten Deutschlands, Polen, CSSR, Ungarn, wenn möglich auch Rumänien und Bulgarien; stufenweise Abzug aller ausländischen Truppen; Rüstungsbeschränkungen der neutralisierten Staaten; Europäischer Sicherheitsvertrag für diese Staaten.
(Der Gaitskell-Plan fand in den sozialistischen Staaten wenig Anklang, da er nur einseitig den Warschauer Vertrag, nicht aber die NATO beseitigen würde).
- 11.1. Bundeskanzler Adenauer bezweifelt den Wert einer militärisch verdünnten Zone in Europa für die Entspannung und deutsche Wiedervereinigung.
- 30.1.-1.2. Vorschläge Walter Zibrichs auf der 30. ZK-Tagung der SED in Berlin (Siehe DDR-Initiativen in der deutschen Frage).
- 4.2. Vorschlag des britischen Labourmitgliedes Bevan auf dem italienischen sozialistischen Parteikongreß in Venedig: Neutrale Pufferzone in Mitteleuropa und im mittleren Osten, die die deutsche Wiedervereinigung ermöglichen würde.
- 15.3. Bekanntgabe, daß die USA-Truppen in der BRD über Atomwaffen verfügen.
- 18.3. Sowjetischer Vorschlag im Subkomitee der UN-Abrüstungskommission in London über Rüstungseinschränkung, Kernwaffenverbot, Verwendung der freiwerdenden Gelder für den UN-Entwicklungsfonds, internationale Kontrolle und die Schaffung einer rüstungsbegrenzten kontrollierten Zone in Europa, die beide deutsche Staaten und die Nachbarstaaten umfassen sollte:
Begrenzung der stationierten Truppen der Großmächte, keine Kernwaffen, Gewaltverzicht, gemeinsame Inspektion der Teilnehmerstaaten; bis zum Zustandekommen einer entsprechenden Vereinbarung sollten selbständige Truppenreduktionen in Deutschland stattfinden.
- 18.3. Erweiterter Vorschlag des britischen Labour-Vorsitzenden Gaitskell bei einem Vortrag in Westberlin.
(Wiederholung am 1.4. vor dem Unterhaus).
1. Allmählicher Rückzug aller ausländischen Truppen aus Polen, Ungarn, CSSR und beiden Teilen Deutschlands.

1957

- 18.3. 2. Kontrolle über erlaubte nationale Streitkräfte dieser Staaten (möglichst innerhalb eines allgemeinen Abrüstungsplanes).
3. Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze wäre als Preis für die deutsche Wiedervereinigung akzeptabel.
4. Europäischer Sicherheitsvertrag zur Garantie der territorialen Integrität der neutralisierten Staaten; zusätzliche Garantie der 4 Großmächte.
5. Auf Wunsch der UdSSR könnten Deutschland aus der NATO und gleichzeitig Polen, Ungarn und die CSSR aus dem Warschauer Vertrag ausscheiden. Die NATO würde in anderen Staaten bestehen bleiben.
- 4.4. Bundeskanzler Adenauer befürwortet Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen.
- 12.4. USA-Zusicherung an die NATO-Staaten über die Lieferung taktischer Raketen und Atomwaffen.
- 12.4. 18 führende Atomphysiker der BRD fordern Atomwaffenverzicht der BRD.
- 19.4. Der sowjetische Verteidigungsminister Shukow kündigt für den Fall der Atombewaffnung der NATO-Staaten auch Atombewaffnung der Warschauer Vertrags-Staaten an.
- 25.4. BRD-Außenminister v. Brentano lehnt Neutralisierung Deutschlands ab. Gründe: Ungewißheit, ob UdSSR dadurch zur deutschen Wiedervereinigung bereit würde; gewisse Diskriminierung der BRD gegenüber anderen NATO-Staaten; Utopie des Sonderstatus für die neutralen Staaten Europas unter der Aufsicht von disharmonisierenden Großmächten; Erhöhungen der Spannungen durch militärisches Vakuum; Garantien der Großmächte wären nicht ernstzunehmen; Sicherheit der BRD nur durch Verteidigungsmöglichkeit und NATO-Zugehörigkeit. (Ähnliche Haltung des USA-Statedepartement am 13.5.57).
- 30.4. Sowjetischer Vorschlag vor dem Subkomitee der UN-Abrüstungskommission: Wiederholung des Vorschlages vom 17.11.56 unter Hinzufügung einer vergrößerten Luftinspektionszone um Alaska, W-USA und Ostsibirien, sowie dem Stationierungsverbot von Atomwaffen in Deutschland.
- 30.4. DDR-Note an die BRD-Regierung. (Siehe DDR-Initiativen in der Deutschen Frage)
- 3.5. NATO-Rat beschließt atomare NATO-Aufrüstung.

1957

20

8.5.

Erklärung des USA-Präsidenten Eisenhower, daß er jeden fairen Vorschlag einer kontrollierten Zone in Europa als Testmodell studieren wolle (erstmal ohne daran die Bedingung der deutschen Wiedervereinigung zu knüpfen). In Folgezeit unter Einwirken der BRD jedoch widersprüchliche Haltungen (die gemeinsame Erklärung Eisenhowers und Adenauers vom 28./29.5. betont den Konnex der Wiedervereinigung und Abrüstung; Bereitschaft der USA im Subkomitee am 22.6. zu Abrüstungsschritten ohne Lösung der Wiedervereinigungsfrage).

13.5.

der britische Außenminister Selwyn Lloyd stellt fest, daß der Eden-Plan vom 21.7.1955 überholt sei.

15.5.

Bundeskanzler Adenauer hält eine Militärspektationszone in Mitteleuropa für möglich, lehnt allerdings eine entmilitarisierte Zone in Europa und eine Neutralisierung Deutschlands ab (15.6. in Wien). Angebot, daß das jetzige DDR-Gebiet bei Wiedervereinigung entmilitarisiert werden könne. Konnex zwischen Abrüstung und Wiedervereinigung, wobei jedoch nicht alle Schritte gleichzeitig notwendig wären. (Ähnliche Äußerungen am 15.6. in Wien und am 30.6., sowie von Außenminister v. Brentano am 22.6.).

15.5.

Erster britischer H-Bombentest.

20.5.

2. Memorandum der BRD an die UdSSR: Wiederholung des 1. Memorandums (2.9.56) und des Zusicherungsvertrages an die UdSSR im Fall der Wiedervereinigung (28.10.55). Hinweis auf einschränkende Verpflichtungen der BRD in den Pariser Verträgen (23.10.54). Bereitschaft bei einer Einigung über die deutsche Wiedervereinigung zu Abmachungen über Gewaltverzicht und eine Zone verminderter Rüstungen. (Sowjetische Antwortnote vom 7.9. unterstützt den DDR-Vorschlag vom 27.7.).

23.5.

Bundestagsfraktion der SPD veröffentlicht einen O l l e n h a u e r - P l a n: Vorschlag der Eingliederung eines wiedervereinigten Deutschlands in ein europäisches Sicherheitssystem mit Rüstungsbegrenzung und Kontrolle.

17.6.

In den Wahlprogrammen der Oppositionsparteien der BRD werden Verzicht auf atomare Aufrüstung der Bundeswehr (FDP) und ein Abkommen zur Schaffung eines atomwaffenfreien Raumes in Europa und speziell in Deutschland (SPD) gefordert.

20.6.

Die Regierungen der DDR und Polens fordern gemeinsam, daß die Ostsee ein Meer des Friedens sein soll.

1957

6.-11.7.

1. Pugwash-Konferenz in Pugwash (Kanada).

DDR-Vorschlag an die Bundesregierung zur Bildung einer Staaten-Konföderation in der programmatischen Erklärung Otto Grotewohls. (Siehe DDR-Initiativen in der Deutschen Frage).

29.7.

Berliner Erklärung der 3 Westmächte und der BRD: Wiedervereinigung ist nicht Voraussetzung für den Beginn einer Teilabrüstung, aber für ein umfangreiches Rüstungsabkommen.

2.8.

Gemeinsamer westlicher Vorschlag im Londoner Subkomitee der UN-Abrüstungskommission über Luftinspektionsabkommen in USA, UdSSR, Arktis und Gesamteuropa. (Ablehnung durch die UdSSR am 27.8. sowie Grundsatzerklärung Sorins. Amerikanische Gegen-erklärung von Eisenhower am 28.8.).

6.9.

DDR-Außenminister Bolz spricht sich im Interview für die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine Zone der Rüstungsbegrenzung aus.

19.9.

Rumänischer Vorschlag einer Balkankonferenz zur Schaffung einer Balkanfriedenszone (Zustimmung durch Jugoslawien, Albanien, Bulgarien; Ablehnung durch Griechenland und Türkei).

2.10.

Erklärung des polnischen Außenministers Rapacki vor der UNO-Vollversammlung, daß Polen bereit ist, einem Verbot von Kernwaffen auf seinem Gebiet zuzustimmen, wenn beide deutsche Staaten dies auch für ihr Gebiet erklären. (1. Fassung des Rapacki-Planes).

3.10.

Der Außenminister der CSSR David erklärt vor der UNO-Vollversammlung den Beitritt der CSSR zum Rapacki-Plan. (Die DDR stimmt am 5.10. dem Rapacki-Plan zu; Begrüßung durch Ungarn am 12.10., durch Rumänien am 28.12., Indiens am 2.1.58, Norwegens und Dänemarks am 18.1.58, der britische Premierminister Mc Millan sagt am 4.1.58 die Prüfung des Rapacki-Planes zu. Ablehnung des Rapacki-Planes durch die BRD am 20.1.58, USA-Präsident Eisenhower lehnt am 5.2.58 eine einseitige Entscheidung über den Rapacki-Plan ab, am 7.2.58 nimmt das USA-Staatsdepartement kritisch zum Rapacki-Plan Stellung).

4.10.

Start von Sputnik I (Explorer I am 31.1.58).

25.11.

und 2.12.

Vorschläge des USA-Diplomaten Kennan in BBC-Vorträgen: Abzug der Truppen der Großmächte aus dem Herzen Europas (Deutschland, Polen, CSSR, Ungarn), keine Ausstattung der NATO-Staaten mit Atomwaffen (außer für Großbritannien), nur halb-militärische Gliederung der NATO (nach Schweizer Muster), Ausscheiden Deutschlands aus militärischen Bündnissen, keine Stationierung von Atomwaffen im Herzen Europas, Sicherheit durch europäischen Sicherheitspakt und Garantien der Großmächte. (Die Bonner Diplomatische Korrespondenz nimmt am 6.12. dazu ablehnende Stellung ein).

- 1957 4.12. Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer fordert Verhandlungen der BRD über eine atomwaffenfreie Zone.
- 10.12. Vorschläge von Ministerpräsident Bulganin zur Abrüstung in Botschaften an die NATO-Staaten: Verzicht auf Kernwaffenverwendung; Einstellung der Kernwaffenversuche ab 1.1.58 auf zunächst 2-3 Jahre; kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa laut Rapacki-Plan; Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer-Vertrags. (Wiederholung dieser Vorschläge im 7-Punkte-Friedensplan des Obersten Sowjets vom 21.12.57; Ablehnung durch Präsident Eisenhower am 12.1.58 und eigene Vorschläge zur Abrüstung: Friedliche Nutzung des Weltraums, Herstellungsverbot spaltbaren Materials für Waffenzwecke, Einstellung der Kernwaffenversuche, Sicherung gegen Überraschungsangriffe).
- 11.12. Volkskammerappell an den Bundestag, einer atom- und raketenwaffenfreien Zone in Europa zuzustimmen. (Siehe DDR-Initiativen in der Deutschen Frage).
- 11.12. Der Labour-Abgeordnete Bevan spricht sich in
u. 9.1.58 Bonn und London für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone und die Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschland aus.
- 12.12. Sowjetischer Vorschlag vor dem Politischen Ausschuß der UNO für ein Übereinkommen der Kernmächte, auf dem Gebiet der beiden deutschen Staaten keine Kernwaffen zu stationieren.
- 1958 8.1. Vorschläge von Ministerpräsident Bulganin im Schreiben an die NATO-Staaten, die UN und die Schweiz für eine Abrüstungskonferenz auf hoher Ebene. 6 Abrüstungsfragen:
1. Kernwaffenversuchseinstellung
 2. Verzicht auf Anwendung von Kernwaffen
 3. Kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa (Rapacki-Plan)
 4. Nichtangriffspakt zwischen NATO- und Warschauer-Vertragsstaaten
 5. Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland und anderen Ländern der NATO und des Warschauer Vertrages oder zumindest Verminderung der Streitkräfte
 6. Verhinderung von Überraschungsangriffen durch stationäre Kontrollposten und die Errichtung einer zweimal 800 km breiten Luftinspektionszone beiderseits der europäischen Demarkationslinie.
- Im Begleitschreiben an die BRD wird auf die Kennan-Vorschläge hingewiesen.

1958

- 8.1. (Wiederholung der Vorschläge im sowjetischen Memorandum an die USA am 28.2.; Antwort von Präsident Eisenhower am 20.1. verweist auf frühere Antwort vom 12.1.; Antwort von Bundeskanzler Adenauer am 20.1. und Regierungserklärung Außenministers v. Brentano am 23.1. Lehnen den Rapacki-Plan ab und unterstützen die Eisenhower Vorschläge vom 12.1.).
- 15.1. Der österreichische Bundespräsident Schärff setzt sich für ein atomwaffenfreies Europa ein.
- 22.1. Ministerpräsident Grotewohl schlägt Volksentscheid in Deutschland über Einbeziehung Deutschlands in atomwaffenfreie Zone vor.
- 30.1. Presse-Erklärung des französischen Verteidigungsministers Chaban-Delmas: Frankreich verlange eigene Kernwaffen.
- 30.1. Der KP-Vorsitzende Italiens Togliatti fordert eine Volksabstimmung in Italien über den Beitritt Italiens zur atomwaffenfreien Zone Europas.
- 30.1. SPD-Aufklärungskampagne gegen die atomare Ausrüstung der BRD.
- 1.2. Die Außenminister Polens und der UdSSR, Rapacki und Gromyko, geben ihr Einverständnis für ein Kontrollsystem beim Rapacki-Plan bekannt.
- 13.2. Der französische Außenminister Pineau schlägt dem sowjetischen Außenminister Gromyko vor, den Rapacki-Plan mit der deutschen Wiedervereinigung zu verknüpfen.
(Ablehnende Antwort von Außenminister Gromyko am 1.3.).
- 14.2. Präzisierung des Rapacki-Plans in einem polnischen Memorandum an 10 Staaten (2. Fassung des Rapacki-Plans):
 1. In Polen, CSSR, DDR und BRD sind Erzeugung, Lagerung und Bedienungsgeräte (z.B. Raketen) für Kernwaffen verboten. Verbot der Anwendung von Kernwaffen gegen die kernwaffenfreie Zone.
 2. Die 4 Staaten verpflichten sich, das Verbot einzuhalten.
Die 4 Großmächte und evtl. weitere Mächte verpflichten sich zur Respektierung des kernwaffenfreien Status, indem sie weder Kernwaffen liefern noch im Kriegsfall gegen das Gebiet einsetzen.
 3. Boden- und Luftkontrolle. Kontrollapparat aus Staaten der NATO und des Warschauer Vertrags oder anderer Zusammensetzung.
 4. Zu beschreitender Weg:
Internationales Abkommen oder 4 einseitige Erklärungen der betreffenden Staaten, die hinterlegt werden. Die Großmächte könnten gesonderte Dokumente liefern.

1958

- 19.2. UdSSR-Erklärung bezeichnet Verwirklichung des Rapacki-Plans als Voraussetzung zur Regelung anderer Fragen und erklärt Bereitschaft zur Respektierung einer kernwaffenfreien Zone in Europa, falls die anderen Mächte dies auch tun.
- 25.2. Ablehnung des Rapacki-Plans durch den NATO-Vorsitzenden General Norstad und den BRD-Verteidigungsminister Strauß. Letzterer macht den Gegenvorschlag, die kernwaffenfreie Zone auf alle europäischen Volksdemokratien auszuweiten, bei gleichzeitiger Kontrolle und Angleichung der konventionellen Rüstung von BRD und den Volksdemokratien.
- 6.3. Die Labour-Partei und der britische Gewerkschaftskongreß erklären sich für einen Nichtangriffspakt zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrags und die Verwirklichung einer der Vorschläge einer kernwaffenfreien oder neutralen Zone in Mitteleuropa bei Erhaltung des Kräftegleichgewichts.
- 15.3. Erklärung der BRD-Regierung, daß eine Vereinbarung über eine allgemeine, kontrollierte Abrüstung auch die Behandlung der deutschen Wiedervereinigung einschließen müsse. (Ablehnung der Verknüpfung von Abrüstungsproblemen und der deutschen Wiedervereinigung durch ein sowjetisches Aide-memoire am 19.3. an Bundeskanzler Adenauer; Außenminister v. Brentano bezeichnet am 5.5. in Kopenhagen erste Abrüstungsmaßnahmen auch ohne eine Lösung der deutschen Frage für möglich).
- 20.3. Regierungserklärung des BRD-Außenministers v. Brentano zur Abrüstung wendet sich gegen den Rapacki-Plan und ähnliche Teilmaßnahmen, die die machtpolitische Lage verändern könnten.
- 21.3. Vorläufige Einstellung der sowjetischen Kerntests.
- 25.3. Bundestag beschließt Ausrüstung der Bundeswehr mit "modernsten Waffen".
- 5.4. Wiederholung des Gaitskell-Vorschlages vom 18.3.57 in einem Interview mit "Trybuna Indu": Modifizierung des Rapacki-Planes unter Einbeziehung Ungarns und Neutralisierung der betreffenden Staaten (BRD, DDR, CSSR, Polen, Ungarn).
- "Wiederholung als gemeinsamer Plan der Labour-Partei und des britischen Gewerkschaftskongresses am 23.4.).
- 12.4. Außenministerkonferenz der CSSR, DDR und Polens in Prag. Komminique erklärt erneut Bereitschaft zur atomwaffenfreien Zone und spricht sich gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr aus.

1958

- 14.4. Gutachten der WEU über militärische Konsequenzen des Rapacki-Planes: Die westliche Sicherheit sei gefährdet u.a. wegen: Herstellung einer sowjetischen konventionellen Überlegenheit; Unvermeidlichkeit des Abzugs der Truppen der USA und Großbritanniens aus Deutschland, wenn ihnen atomare Waffen verweigert werden; Beschränkung der Bewegungsmöglichkeiten der NATO-Streitkräfte; Verewigen des Status quo in Europa (Teilung Deutschlands und sowjetische Kontrolle über Osteuropa). (Daraufhin Ablehnung des Rapacki-Plans durch die USA am 4.5., durch Großbritannien am 19.5. und die WEU-Versammlung am 4.7.).
- 16.4. Volkskammerappell der DDR an 12 europäische Parlamente zur Unterstützung des Rapacki-Plans und gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr.
- 23.5. Stuttgarter SPD-Parteitag faßt Entschlieûungen zum militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands. Unterstützung des Gaitskell-Vorschlages vom 5.4.58.
- 24.5. Politischer beratender Ausschûß der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Moskau. Entwurf eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und Warschauer Vertrag. Deklaration für die Tagesordnung einer Gipfelkonferenz (u.a. Rapacki-Plan, Nichtangriffspakt). (Sowjetische Wiederholung der Themenvorschläge zur Gipfelkonferenz am 5.6.).
- 1.7. Beginn der Genfer Expertenkonferenz zwecks Prüfung der Methoden zur Feststellung von Kernexplosionen. Positives Ergebnis im Bericht am 21.8.
- 11.7. Der Schweizer Bundesrat spricht sich für eine atomare Ausrüstung der Schweizer Armee aus. In einer TASS-Erklärung wird das als unvereinbar mit der Schweizer Neutralität bezeichnet (9.8.). Schweizer Entgegnung dazu am 1.10.
- 15.7. Sowjetischer Vorschlag an alle europäischen Staaten und die USA zu einem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit der europäischen Staaten, der auch einen Teilabzug der ausländischen Truppen aus Deutschland im Laufe von 1-2 Jahren, mindestens zweimal jährlich Informationen über die in Europa stationierten Truppen, eine 800 km beiderseits der Demarkationslinie breite Luftinspektionszone in Europa und eine atom- und raketenwaffenfreie Zone in Mitteleuropa vorsieht. (Ablehnung durch Westmächte und BRD am 23.8.).

- 1958 15.-17.7. Intervention der USA und Großbritannien in Libanon und Jordanien.
- 22.8. USA gibt Bereitschaft zu bedingtem Kern-
teststop für ein Jahr und für Konferenz
zur völligen Einstellung der Kernwaffen-
versuche bekannt.
- 4.9. DDR-Noten an die 4 Großmächte schlagen
Bildung einer Viermächte-Kommission zur
Vorbereitung eines deutschen Friedens-
vertrages vor.
(Zustimmung durch die UdSSR, Ablehnung durch
USA, Großbritannien und BRD).
- 27.9. Großbritannien gibt Bereitschaft zu bedingtem
Versuchsstopp bekannt.
- 29.9.. UdSSR nimmt Kerntest wieder auf.
- 31.10. Eröffnung der 3-Mächte-Konferenz über die
Nichtfortsetzung der Kernwaffenversuche.
- 1.11. Sowjetische Protestnote an Italien gegen die
Errichtung von Abschußrampen für Mittel-
streckenraketen.
(Zurückweisung durch Italien am 4.11.).
- 4.11. Erklärung des polnischen Außenministers
Rapacki über die Durchführung seines Planes
in 2 Etappen mit einem Kontrollmechanismus
(3. Fassung des Rapacki-Planes).
1. Etappe: Einfrieren der atomaren Rüstungen
(Verbot der Produktion und weitere
Ausrüstung). Dazu entsprechende
Kontrollmittel (siehe 14.2.56).
2. Etappe: Einschränkung der konventionellen
Streitkräfte und gleichzeitige
Abschaffung der Kernwaffen, dazu
Kontrolle.
- 7.11. Rücknahme des Versprechens eines freiwilligen
Kernteststops durch die USA und Großbritannien.
- 10.11. Eröffnung der Genfer Konferenz zur Verhinde-
rung von Überraschungsangriffen.
(Vertagung beider Genfer Konferenzen am
17./18.12.).
- 27.11. Sowjetische Aufkündigung des Berlin-Status.
Vorschlag des Status der Freien Stadt für West-
berlin als Beginn einer Entspannungszone.
- 13.12. Noten der UdSSR an die NATO-Staaten enthalten
als Vorschläge u.a.: Nichtangriffspakt
zwischen NATO und Warschauer Vertrag, Kern-
waffenfreie Zone in Europa, Reduktion aus-
ländischer Truppen in beiden Militärpakt-
Gebieten.
- 16.12. Berlin-Kommunique des NATO-Rates zur Frage der
europäischen Sicherheit und zur Abrüstung:
Bindung der Berlin-Frage an die Deutschland-
frage.

1958

23.12.

Sowjetischer Vorschlag in Regierungserklärung zu einer Konferenz über Fragen der europäischen Sicherheit, sofern diese Fragen nicht von der Regelung der Deutschlandfrage abhängig gemacht würden. (Ablehnung durch die USA am 29.12.).

1959

5.1.

Genfer Konferenz über die Nichtfortsetzung der Kernwaffenversuche nimmt ihre Arbeit wieder auf.

10.1.

3. Sowjetischer Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland (vertreten durch beide deutsche Staaten bzw. Konföderation)

1. Verpflichtung zu Gewaltverzicht (Auch bei Wiedervereinigung).
 2. Verbot der Teilnahme an einseitigen, gegen eine vertragschließende Macht gerichteten Militärbündnissen, Austritt aus NATO bzw. Warschauer Vertrag.
 3. Teilnahmerecht an europäischen Sicherheitssystemen und UNO-Mitgliedschaft.
 4. Anerkennung der bestehenden Grenzen.
 5. Anerkennung der politischen und wirtschaftlichen Souveränität und Neutralität Österreichs.
 6. Status einer Freien Stadt für Westberlin bis zur Wiedervereinigung.
 7. Verbot der Produktion und des Besitzes von Kernwaffen, Raketen, Bombenflugzeuge, U-Boote.
 8. Beschränkung der nationalen Streitmacht und Rüstung.
 9. Verbot der Kriegspropaganda und des Revanchismus.
 10. Abzug der ausländischen Truppen, Nichtzulassung von Militärstützpunkten ausländischer Truppen in Deutschland.
- (Grundsätzliche Zustimmung der DDR und Bereitschaft zu vorbereitenden Verhandlungen mit der BRD am 21.1.).

20.1.

Vorschlag des SPD-Mitgliedes Wehner zu vorbereitenden Verhandlungen von 3 Kommissionen (der 4 Großmächte, der NATO- und der Warschauer Vertrags-Staaten, der UNO) über die 3 Themen: deutscher Friedensvertrag, Europäische Sicherheitsregelung, deutsche Wiedervereinigung.

4.2.

Vorschläge des USA-Senators Humphrey in Rundfunkrede in BBC: Stufenweiser Truppenrückzug aus einer rüstungsbeschränkten, kernwaffenfreien Zone, die Deutschland und osteuropäische Staaten umfaßt. Garantien durch Großmächte in einem Sicherheitsvertrag.

1959

- 12.2. Vorschläge des USA-Senators Mansfield im USA-Senat: Rüstungsbeschränkte (beschränkte nationale Streitkräfte und teilweiser Abzug ausländischer Truppen) und kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa bei gleichzeitiger Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage. Ersetzung der 4-Mächtestreitkräfte in Berlin durch eine UNO-Polizeitruppe.
(Wiederholung des letzten Punktes am 4.9. in der außenpolitischen Kommission des USA-Senats).
- 2.3. Sowjetische Noten an die Westmächte und die BRD: Vorschlag einer Gipfelkonferenz über Deutschland und Berlin. Themen: Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, Schaffung einer entmilitarisierten, freien Stadt Westberlin; kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa sowie Zone der Abgrenzung zwischen den Streitkräften der NATO und des Warschauer Vertrags.
(Disengagement-Zone).
- 5.3. Gemeinsame Erklärung von Premierminister Mc Millan und Ministerpräsident Chruschtschow anlässlich eines Besuches Mc Millans in Moskau: Bereitschaft zur Prüfung des Vorschlages zu einer rüstungsbegrenzten Zone in Europa.
- 13.3. Erklärung Mc Millans in Bonn zur Frage der militärisch verdünnten Zone in Europa. Voraussetzungen dafür: Ausbalancieren des Kräftegleichgewichts, Gebiet nicht nur beide Teile Deutschlands, keine Neutralisierung, gute Kontrolle, Koppelung mit politischen Lösungen notwendig.
(Plan wie im Vorschlag vom 2.8.1957).
- 18.3. SPD-Deutschlandplan schlägt vor: Disengagement-Zone aus BRD, DDR, Polen, CSSR, Ungarn mit Rüstungsbeschränkung, kernwaffenfrei sein, Abzug der Fremdstuppen, Ausscheiden aus den Militärpakten, Beibehaltung des gegenwärtigen Berlin-Status, kollektives europäisches Sicherheitssystem.
- 20.3. FDP-Deutschlandplan (Gegenvorschlag zum sowjetischen Friedensvertrags-Entwurf vom 10.1.59) schlägt vor:
Verzicht auf Militärbündnisse, Rüstungsbeschränkung, Abzug der ausländischen Truppen für Deutschland bei Wiedervereinigung und Abschluß an eine kernwaffenfreie, rüstungsbeschränkte Zone (BRD, DDR, Polen, CSSR, Ungarn) und ein europäisches Sicherheitssystem (einschließlich der USA).
- 29.3. Sowjetische Regierungserklärung anlässlich bevorstehender NATO-Ratstagung. Vorschlag für ein Abkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt über Hilfsverweigerung für einen Aggressor.

1959

- 2.4. Vorschlag des französischen Politikers Mordas France während Pressekonferenz: Entmilitarisierte, international kontrollierte Zone von der Ostsee bis zum Mittelmeer.
- 7.4. NATO-Oberkommandierender, General Norstad begründet seine Ablehnung eines militärischen Disengagements in Mitteleuropa mit der Gefahr des entstehenden militärischen Vakuums, das von der UdSSR viel leichter wieder zu füllen sei als von den USA.
- 7.4. Vortrag des britischen Labour-Mitgliedes Bevan in Kopenhagen. Vorschlag der kernwaffenfreien Zone (beide Teile Deutschlands, Polen, CSSR, evtl. Ungarn) mit Abzug aller ausländischen Truppen und Garantien der Großmächte. (vergl. 4.2.1957 und 11.12.1957).
- 10.4. Vorschlag des französischen Diplomaten Moch als Abwandlung des Mandes-France-Plans: Disengagement innerhalb von Zonen konzentrischer Kreise um Berlin bei internationaler Kontrolle: Berlin: Unterstellung der UN-Kontrolle. Zone mit 200 km-Radius: Völlige Entwaffnung. Zone mit 420 km-Radius: Vorhandensein nationaler und ausländischer Streitkräfte begrenzter Stärke, keine Raketenrampen, aber taktischen Kernwaffen.
- 16.4. Italien stimmt der Errichtung von USA-Raketenbasen zu. (Dazu sowjetische Protestnoten vom 28. und 30.4.).
- 21.4. Sowjetische Note an die BRD warnt vor Ausrüstung der Bundeswehr mit Atom- und Raketenwaffen. Sowjetische Protestnote an die USA wegen der Kern- und Raketenbewaffnung der NATO-Länder sowie Errichtung von USA-Raketenbasen in diesen Ländern. Weitere Noten aus demselben Grund am 23.5. (Zurückweisung der Proteste durch NATO-Rat am 7.5., Stellungnahme in USA-Note am 8.5. und in BRD-Note am 9.5.). (Erneute Warnung an die BRD durch Ministerpräsident Chruschtschow am 18.8.; Antworten Adenauers am 28.8. und Chruschtschows am 15.10.).
- 4.5. NATO-Generalsekretär Spaak nennt als Bedingungen für eine rüstungsbegrenzte, kontrollierte Zone in Europa: Keine Neutralisierung Deutschlands, kein amerikanischer Truppenrückzug, keine diskriminierende Systeme für Deutschland.
- 11.5.-5.8. Genfer Außenministerkonferenz über die deutsche Wiedervereinigung, europäische Sicherheit und deutscher Friedensregelung unter Hinzuziehung von Vertretern der BRD und DDR.

1959

- 13.5. Sowjetische Warnung an Griechenland vor der Errichtung von Basen für Raketen und Kernwaffen.
- 14.5. Vorlage des westlichen Friedensplanes für Deutschland in Genf. Dreistufenplan mit parallelen Maßnahmen zur Wiedervereinigung und europäischen Sicherheit.
- Wiedervereinigung:
1. Konsultationen beider deutscher Seiten, Vereinigung Berlins.
 2. Bildung eines gemischten Ausschusses (BRD:DDR = 25 : 10), Wahlgesetzentwurf, darüber Volksentscheid.
 3. Wahlen zur gesamtdeutschen Versammlung, Ausarbeitung der Verfassung, Bildung der Regierung, Abschluß des Friedensvertrages.
- Sicherheit:
1. Gewaltverzichtserklärungen aller Seiten, Verweigerung der Hilfe für Angreifer.
 2. Informationsaustausch der Großmächte über Streitkräfte, Truppenreduktion, Inspektionsmaßnahmen, Verzicht von A.B.C.-Waffen in DDR und weiteren östlichen Staaten.
 3. Schaffung einer militärisch verdünnten Zone, besondere Sicherheitsmaßnahmen bei Beteiligung Deutschlands an einem Militärpakt, weitere Abrüstungsmaßnahmen der Großmächte.
- (Erläuterung der Sicherheitspakete dieses Plans durch USA-Außenminister Herter am 12.5.); Ablehnung des westlichen Plans am 18.5. durch den sowjetischen Außenminister Gromyko wegen der Verklammerung des deutschen Problems mit den Abrüstungsmaßnahmen und seinerseits Erläuterung des sowjetischen Friedensvertrags-Entwurfs vom 10.1.59 am 15.5.).
- 22./23.5. Vorschlag Walter Ulbrichts an Adenauer auf der 5. ZK-Tagung der SED: (Siehe DDR-Initiativen in der Deutschen Frage).
- 26./27.5. Vorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow bei einem Albanien-Besuch zu einer kern- und raketenwaffenfreien Zone auf dem Balkan (Wiederholung des rumänischen Vorschlags vom 19.9.57) und im gemeinsamen sowjetisch-albanischen Kommuniqué vom 30.5. auch im Adria-Raum. Bei Errichtung von Raketenabschußbasen in Italien und Griechenland würde die UdSSR dazu gezwungen sein, Raketenbasen in Albanien zu errichten.
- 2.6. Erklärung Jugoslawiens, niemals Raketenbasen zu stationieren.
- 6.6. Vorschlag Rumäniens zu einer Balkan-Konferenz und einer atom- und raketenwaffenfreien Balkanfriedenszone. Warnung an Griechenland vor Stationierung von Raketenbasen.
(Im USA/Griechenland-Abkommen vom 14.6. wird die Lieferung taktischer Raketen und Raketen-Informationen beschlossen. Weitere Verhandlungen

- 1959
- 6.6. über die Einrichtung amerikanischer Raketenbasen scheitern vorläufig; am 20.10.: der jugoslawische Versuch der Gewinnung Griechenlands für die atom- und raketenwaffenfreie Zone wird am 18.6. für mißglückt erklärt).
- 10.6. Vorschlag von Außenminister Gromyko in Genf: Befristeter West-Berlin-Plan: Abzug ausländischer Truppen und Verbot von Atom- und Raketenstützpunkten in Westberlin. (Präzisierung am 13.7. in Genf).
- 11.6. Vorschlag von Ministerpräsident Chruschtschow in Riga über die Befriedung des Ostseeraumes und eine atomwaffenfreie Zone in Skandinavien. (Ablehnende Antwort zur Neutralisierung der Ostseegewässer durch Schwedens Außenminister Uden am 26.6., da Ostsee laut Völkerrecht jedem frei zugänglich sein müsse).
- 16.6. Vorschlag der Westmächte in Genf für ein Interimsabkommen für Berlin mit Begrenzung der ausländischen Truppen und eine Beschränkung auf konventionelle Waffen.
- 25.6. Sowjetische Erklärung an die 3 Westmächte, die Balkanstaaten und Italien zur Schaffung einer atom- und raketenwaffenfreien Zone auf dem Balkan und im Adriaraum. (Ablehnung durch die Westmächte und Italien am 11./13.7.).
- 17.7. Erneute Vorschläge des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow über die Schaffung atom- und raketenwaffenfreier Zonen (Ostseeraum, Skandinavien, Balkan, Adria, Mitteleuropa) während einer Rede in Szozecin.
- 30.8. Ministerpräsident Chruschtschow betont in einer Rede die Bereitschaft zur Rüstungsreduktion und Truppenabzug aus der DDR, Polen und Ungarn, sofern Westmächte ihre Truppen ebenfalls aus fremden Ländern abziehen.
- 5.9. Erörterung der britischen Labourmitglieder Gaitskell und Bavan mit Ministerpräsident Chruschtschow in Moskau über Abrüstungsfragen und eine rüstungskontrollierte Zone in Europa, Einigung nur in allgemeinen Fragen.
- 6.9. Der dänische Außenminister Krag bezweifelt in einem Vortrag in Warschau die Zweckmäßigkeit des Rapacki-Plans, da außerhalb der kernwaffenfreien Zone weittragende Atomwaffen und starke konventionelle Streitkräfte stünden. Ferner Ablehnung der Neutralisierung der Ostsee, da etwaige für Militärschiffe Verletzung des Völkerrechts wäre. Auch Nichtangriffspakt zwischen den Ostseestaaten sei wegen Gewaltverbots der UN-Charta überflüssig.
- 10.9. Zusammentritt einer neuen UN-Abrüstungskommission aus allen UN-Staaten.

1959

- 14.9. Bundeskanzler Adenauer wendet sich gegen gewisse britische Absichten, den Rapacki-Plan wieder zur Diskussion zu stellen. (Ebenso am 13.10. und Außenminister v. Brentano am 5.11. gegen alle Disengagementspläne).
Richtigstellung über britische Haltung zur Frage eines Disengagements am 30.10. durch Londoner Diplomatische Korrespondenz: Ablehnung eines Disengagements in Mitteleuropa, es sei denn im Rahmen des westlichen Friedensplanes vom 13.5.1959.
- 18.9. Vorschlag von Ministerpräsident Chruschtschow zur allgemeinen vollständigen Abrüstung vor UNO-Vollversammlung enthält u.a. folgende Teilschritte:
1. Kontroll- und Inspektionszone und Einschränkung ausländischer Truppen in Westeuropa.
 2. Atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.
 3. Abzug aller ausländischen Truppen aus Europa und Auflösung der Militärstützpunkte.
 4. Nichtangriffspakt zwischen Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages.
 5. Abkommen gegen Überraschungsangriffe.
- 22.9. Aiken-Plan vor der UNO-Vollversammlung:
Projekt Irlands für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, Einfrieren des Atom-Staaten-Klubs als erster Schritt zur Abrüstung und völligen Beseitigung der Atomwaffen.
- 31.10. Türkische Regierung stimmt Errichtung von amerikanischen Raketenbasen in der Türkei zu.
- 5.11. Kritische Auseinandersetzung des SPD-Abgeordneten Schmidt im Bundestag mit der CDU-Haltung zu der regionalen Abrüstung in Mitteleuropa, der NATO-Mitgliedschaft der BRD, der Kontrolle der Rüstungsbegrenzungen, einem europäischen kollektiven Sicherheitssystem und der Anschaffung taktischer Atomwaffen. (Bei gleicher Gelegenheit verlangt der SPD-Vorsitzende Ollenhauer, die BRD solle sich zur schrittweisen Abrüstung bereit erklären und bei regionaler Abrüstung mit gutem Beispiel vorangehen).
- 14.12. Sowjetische Protestnoten an die Länder der WEU gegen die Aufrüstung der BRD.
- 1960
- 21.1. Brief Walter Ulbrichts an Adenauer erneuert dringlich das Angebot eines Gewaltverzichts zwischen beiden deutschen Staaten.
(Siehe DDR-Initiativen in der Deutschen Frage).
- 13.2. Erster französischer Atombombentest.
- 14.3. USA-Präsident Eisenhower versichert, keine Atomwaffen an andere Staaten zu übergeben.

- 1960 15.3. Eröffnung der Genfer Konferenz des 10-Mächte-Abrüstungsausschusses (Abbruch am 28.6.).
- 12.4. BRD-Note an die UdSSR gibt Einzelheiten ihres freiwilligen Verzichts auf schwere Waffenproduktion, zahlenmäßige Truppenbegrenzung und Rüstungskontrollen laut Pariser Verträge (23.10.54) zur Kenntnis.
- 1.5. Spionageflug von Powers mit der U 2 in der UdSSR.
- 17.5. Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz.
- 25.5. Präsident Eisenhower wiederholt, den Vorschlag des "Offenen Himmels" (vergl. 18.7.55).
- 10.7. Beginn des Kongo-Konflikts.
- 26.8. Schrift des Führungsstabes der Bundeswehr über die atomare Bewaffnung als Voraussetzung einer wirksamen Verteidigung.
- 15.9. Denkschrift der DDR-Regierung an die 15. Tagung der UNO-Vollversammlung für Abrüstungsfragen. Vorschläge für eine allgemeine, vollständige Abrüstung beider deutscher Staaten in 3 Etappen. (Siehe DDR-Initiativen in der Deutschen Frage).
- 21.-26.11. USA-Plan zur Umwandlung der NATO in eine 4. Atommacht.
- 15.-17.12. Vorschlag von Walter Ulbricht auf der 11. ZK-Tagung der SED an die BRD-Regierung. (Siehe DDR-Initiativen in der Deutschen Frage).
- 1961 17.2. Sowjetisches Memorandum an die BRD zur Abrüstung und zur Aufrüstung der BRD: Friedensvertrag mit Deutschland darf nicht mit Abrüstung gekoppelt werden. Die BRD gebe nur Lippenbekenntnis zur Abrüstung.
- 12.4. Norwegische Regierungspartei erklärt sich weiterhin gegen die Stationierung von Kernwaffen in Norwegen.
- 3.-4.6. Gespräche von Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy in Wien.
- 6.7. Volkskammer der DDR schlägt Abkommen des guten Willens zwischen beiden deutschen Staaten vor. Deutscher Friedensplan. (Siehe DDR-Initiativen in der Deutschen Frage).
- 30.8. Wiederaufnahme von Kerntests durch die UdSSR. (Und der USA am 5.9. - unterirdische Kerntests).
- 26.9. Sowjetisches Memorandum zur Verminderung der internationalen Spannung, der UNO-Vollversammlung durch Außenminister Gromyko vorgelegt. Enthält u.a. Vorschläge über:
Nichtangriffspakt zwischen Staaten der NATO und des Warschauer Vertrags - Truppenabzug von fremden Territorien bzw. wenigstens Reduzierung der Truppen in Deutschland - Nichtweiter-Verbreitung von Kernwaffen (besonders an die BRD) - kernwaffenfreie Zonen in verschiedenen Teilen der Erde - Verringerung der Gefahr von Überraschungsangriffen durch rüstungsbegrenzte, kontrollierte Zonen.

1961

- 28.9. Memorandum der DDR-Regierung an die UNO-Vollversammlung. (Siehe DDR-Initiativen in der Deutschen Frage).
- 23.-26.11. Empfehlung des ZK der SED an die DDR-Regierung auf 14. ZK-Tagung zu neuen Vorschlägen an die BRD-Regierung über ein Minimum an Maßnahmen zur Sicherung des Friedens. (Siehe DDR-Initiativen in der Deutschen Frage).
- 29.11. Erklärung der BRD-Regierung durch Minister Erhard zur Frage regionaler Abrüstungsmaßnahmen in Europa:
Verknüpfung der Frage der Europäischen Sicherheit mit der deutschen Wiedervereinigung;
Ablehnung regionaler Sicherheitsabkommen, da sie militärisches Kräfteverhältnis veränderten;
Teilnahmebereitschaft bei Überlegungen zur Verhinderung von Überraschungsangriffen.
- 4.12. Resolution der UNO-Vollversammlung:
Anfrage an Nichtnuklearstaaten, unter welchen Bedingungen sie zur Verpflichtung, atomwaffenfrei zu bleiben, bereit sind. (Entsprechende Noten von Generalsekretär U Thant an alle UNO-Staaten am 2.1.1962)
Antworten:

1962

- 24.1. Einführung der Wehrpflicht in der DDR.
- 16.2. Schwedische Antwort durch Außenminister Unden (Unden-Plan): Bis Ende 1963 Angebot einer Teilnahmebereitschaft Schwedens an kernwaffenfreier Zone in Mittel- und Nordeuropa.
Bedingung: Erhaltung des militärischen Kräftegleichgewichts. Weitere Wünsche: Zunächst Befristung der kernwaffenfreien Zone auf 5 Jahre; Verpflichtung der Kernmächte, diese Zone auch im Kriegsfall zu respektieren; Kernteststop; gegenseitige Kontrolle.
- 21.2. Denkschrift der BRD an die UdSSR betont den freiwilligen Verzicht auf Herstellung von A,B,C-Waffen (siehe 23.10.1954).
- 3.3. Finnische Antwort: bereits 1947 freiwillig auf Kernwaffen verzichtet; Unterstützung von Plänen möglichst großer kernwaffenfreier Gebiete als Beginn einer Entspannung.
- 9.3. Britische Antwort: Beschränkung der Stationierung von Kernwaffen in anderen Ländern nur innerhalb allgemeiner, vollständiger Abrüstung möglich; Bereitschaft zur Nichtweitergabe von Kernwaffen.
- 10.3. Sowjetische Antwort: Unterstützung von Plänen kernwaffenfreier Zonen, der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und des völligen Kernwaffenverbots durch feierliche Verpflichtung der Staaten (ähnlich wie 1925 das Verbot der bakteriellen und chemischen Waffen unterzeichnet und auch später größtenteils eingehalten wurde); Vorschlag einer Konferenz zum Kernwaffenverbot.

- 1962 11.-13.3. Außenministerkonferenz der 3 Kernmächte in Genf.
- 12.3. Norwegische Antwort; durch Außenminister Lange: Bereitschaft zur Verpflichtung, weiterhin auf eigene Kernwaffen und deren Stationierung zu verzichten, sofern Kräfteverhältnis dabei gewahrt bleibe.
- 12.3. Österreichische Antwort: Bereits 1955 freiwilliger Verzicht auf eigene Kernwaffen sowie deren Stationierung in Österreich.
- 13.3. USA-Antwort: Beseitigung der Stationierung von Kernwaffen in anderen Ländern nur innerhalb eines allgemeinen Abrüstungsprogramms möglich, damit Sicherheit erhalten bleibe, Bereitschaft zur Nichtweitergabe von Kernwaffen.
- 14.3. Eröffnung der Genfer 18-Staaten-Abrüstungskonferenz. Frankreich bleibt fern.
- 22.3. Französische Antwort durch Außenminister Couve de Murville: Mit einzelnen Verpflichtungen ist keine wahrhafte Abrüstung möglich, da wirksame Kontrolle fehlt. Kernmächte könnten diese nur innerhalb eines allgemeinen Abrüstungsabkommens respektieren.
- 22.3. Kanadische Antwort: Vorläufig Verzicht auf eigene Kernwaffen. Bis zur weltweiten Abrüstung müssen jedoch alle Verteidigungsarten möglich bleiben.
- 28.3. Polnische Antwort: 4. Fassung des Rapacki-Planes (Vorlage in Genfer Abrüstungskonferenz).
Kernwaffenfreie Zone (DDR, BRD, Polen, CSSR, für weitere Staaten offen).
 2 Phasen a) Einfrieren der Kernwaffen und Raketen.
 b) Ausschaltung der Kernwaffen und Raketen sowie Truppen- und Rüstungsreduktion.
 Dazu internationales Kontrollsystem und spezielles Kontrollorgan; Verpflichtung der Kernmächte zur Respektierung der Zone und Nichtanwendung von Kernwaffen gegen dieses Gebiet im Kriegsfall.
 (Einwände der USA gegen den Rapacki-Plan am 3.4., da dadurch militärisches Gleichgewicht gestört werde).
- 28.3. Memorandum der DDR-Regierung an den 18-Staaten-Abrüstungsausschuß in Genf. (Siehe DDR-Initiativen in der Deutschen Frage).
- 21.9. u. 5.10. BRD-Kanzler Adenauer lehnt europäische kernwaffenfreie Sicherheitszone ab, da sie die Spaltung verewige, das militärische Gleichgewicht verschiebe und Kriegsgefahr erhöhe.
- 10.10. Beginn des chinesisch-indischen Krieges.

- 1962 22.10.-21.11. K u b a - K r i s e
- 9.11. Schweden befürwortet vor UNO-Vollversammlung Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung von Kernwaffen und legt erneut Unden-Plan vor.
- 1963 15. - 21.1. 6. Parteitag der SED in Berlin. (Siehe : DDR-Initiativen in der Deutschen Frage).
- 16.1. Erklärung des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in Berlin, daß der deutsche Friedensvertrag eine Voraussetzung für Abrüstung sei.
- 22.1. Unterzeichnung eines Vertrages für enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der BRD in Paris.
- 5.2. Sowjetische Protestnote an die BRD und Frankreich gegen eine geplante Ausstattung der Bundeswehr mit Kernwaffen.
- 20.2. Sowjetischer Entwurf eines Nichtangriffspakts zwischen den Mitgliederstaaten von NATO und Warschauer Vertrag in Genf vorgelegt.
- 8.4. Sowjetische Protestnoten an die NATO-Staaten wegen geplanter multilateraler Kernstreitmacht der NATO (M L F). (Zurückweisung durch USA, Großbritannien und BRD am 18.5.).
- 20.5. Sowjetische Noten an die drei Westmächte und die Mittelmeerstaaten mit der Aufforderung, den Mittelmeerraum zur kern- und raketenwaffenfreien Zone zu erklären. (Ablehnung durch die USA und Großbritannien am 24.6.).
- 29.5. Vorschlag des finnischen Staatspräsidenten Kekkonen auf Rede in Helsinki und in Interview in der "Times": Anregung zu kernwaffenfreier Zone in Skandinavien, die de facto schon jetzt erfüllt sei, nur de jure stabilisiert werden müsse.
(Nur zurückhaltendes Interesse der anderen skandinavischen Länder; Schweden verweist auf Unden-Plan (16.2.1962), wonach derartige Abmachungen keine einseitige Verschiebung des Kräftegleichgewichts herbeiführen dürfen; Dänemark und Norwegen meinen, daß kernwaffenfreie Zonen nur innerhalb der Genfer : Abrüstungsgespräche zu schaffen seien.
- 20.6. Vereinbarung eines "heißen Drahtes" zwischen Moskau und Washington.

1963

- 2.7. Vorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in Rede in Berlin zur Kopplung des Teilversuchsverbotes für Kernwaffen mit einem Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Vertrag.
(Dazu Äußerung des BRD-Außenministers Schröder: Nichtangriffspakt sei nur bei Verbesserung der Deutschland- und Berlinfrage möglich).
- 19.7. Vorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in Kremlrede: Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Vertrag; Kontroll-Bodenstationen zur Verhinderung eines Überraschungsangriffes; Austausch von Vertretern der in Deutschland stationierten Fremdstuppen und Verringerung dieser Truppen. ... (Erläuterung dieser Vorschläge am 16.8. vor dem 18-Mächte-Abrüstungsausschuß in Genf; ferner Präzisierung der Vorschläge zur Errichtung kernwaffenfreier Zonen in der Welt).
Wiederholung der Vorschläge am 19.9. durch Außenminister Gromyko vor der UNO-Vollversammlung.
- 25.7.
5.8. Moskauer Teststopabkommen.
- 29.7. Frankreich lehnt Beitritt zum Teststop-Abkommen ab, gibt jedoch Nichtangriffs-Versprechen.
- Sept. Plan des österreichischen Wissenschaftlers Thirring auf der II. Pugwash-Konferenz in Dubrovnik (Jugoslawien):
Österreich soll beispielgebend für andere europäische neutrale Staaten (Finnland, Irland, Schweden, Schweiz) das Experiment einer totalen Abrüstung unternehmen. Dazu folgende Schritte:
1. Anfrage an die Nachbarstaaten Österreichs, welche Sicherheiten sie geben könnten, daß ein Nichtangriffspakt mit abgerüstetem Österreich strikt eingehalten werde.
2. Veränderung der österreichischen Gesetzgebung zur Frage der Wehrpflicht.
3. Ersatz der Streitkräfte durch einen zivilen Dienst unter Beibehaltung bewaffneter Polizeikräfte.
- 29.10. Äußerung der USA vor UNO-Vollversammlung zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen; Einverständnis dazu nur bei Erhaltung des Kräftegleichgewichts, daher seien solche Zonen in Europa nicht gut und friedensgefährdend.
- 30.10. Sowjetischer Vorschlag vor der UNO-Vollversammlung zur Verminderung der internationalen Spannungen:
Kernwaffenfreie Zonen, Bereitschaft zur gemeinsamen Garantie ihrer Respektierung, Nichtweitergabe von Kernwaffen, Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Vertrag.

- 1963 28.12. Plan des polnischen Parteivorsitzenden Gomułka auf Rede in Ploetz: Einfrieren der atomaren Rüstung in Mitteleuropa bei entsprechender Kontrolle.
- 31.12. Vorschlag von Ministerpräsident Chruschtschow zu einem Gewaltverzichtsabkommen an die Westmächte und die BRD. (Die Antwortnoten der USA am 18.1.64, Großbritanniens am 24.1.64, Frankreichs am 25.2.64 und der BRD am 26.2.64 weisen auf Mängel im sowjetischen Vorschlag hin, begrüßen aber grundsätzlich ein solches Abkommen).
- 1964 6.1. Brief Walter Ulbrichts an Bundeskanzler Erhard schlägt Vertragsentwurf beider deutscher Staaten über Kernwaffenverzicht vor.
(Annahmeverweigerung durch Erhard).
Wiederholung am 26.5.64.
- 9.1. Rede des Labour-Party-Vorsitzenden Wilson in Belper enthält einen 6-Punkte-Abrüstungsplan:
- Abkommen zur Verhinderung weiterer Militärausgabeerhöhung.
 - Einfrieren der Atomwaffen in FRG, DDR, Polen, CSSR.
 - Kontrollposten in diesen Staaten zur Warnung von Überraschungsangriffen.
 - Sofortverhandlungen zur Verhütung einer Kernwaffenausbreitung.
 - Abkommen zur Einstellung sämtl. Nuklearversuche.
 - Diskussion des Vorschlags eines Nichtangriffspakts zwischen NATO und Warschauer Vertrag.
- 15.1. DDR-Protestnote an 97 Staaten gegen eine Kernwaffenausrüstung der BRD durch eine geplante MLF-Beteiligung (ND vom 7.4.64).
DDR-Bereitschaft zum Kernwaffenverzicht, falls BRD das gleiche tut.
- 3.2. DDR-Delegation übermittelt in Genf dem 18-Staaten-Abrüstungsausschuß den Vertragsentwurf zwischen der BRD und der DDR vom 6.1.64 und ersucht diesen, der UNO-Vollversammlung vorzuschlagen, allen Atommächten zu empfehlen, die Kernwaffenfreiheit beider deutscher Staaten zu respektieren.
- 24.2. Polnisches Memorandum an die 4 Großmächte.
BRD, DDR und CSSR wiederholt den Gomułka-Plan des Einfrierens der Nuklear- und Thermokernwaffen auf dem Gebiet der BRD, DDR, CSSR und Polen. Dem Abkommen könnten andere Staaten beitreten. Die Kontrollkommission könnte aus Vertretern der NATO und des Warschauer Pakts bestehen.

1964

- 24.2. (Erläuterung des Gomulka-Plans durch Außenminister Rapacki am 5.3. in Rundfunkrede). (Ablehnung in BRD-Antwort am 1.5., da dadurch militärisches Gleichgewicht in Europa nicht garantiert bleibe und status quo der deutschen Spaltung zementiert würde).
- 12.6. Unterzeichnung eines Freundschafts- und Beistandsabkommens zwischen der DDR und der UdSSR für die Dauer von 20 Jahren in Moskau.
- 18.6. NATO-Vereinbarung über eine Zusammenarbeit in der atomaren Information (dazu: kritische TASS-Erklärung am 24.7.; Bestreiten der USA am 30.7. und 10.9., daß die Vereinbarung eine Abkehr von der Politik der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen sei; UdSSR beharrt in Genf jedoch darauf, daß die NATO-Vereinbarung und geplante MLF der Weiterverbreitung von Kernwaffen diene).
- 30.6. Erklärung des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in Oslo bei einem Staatsbesuch: Eintreten für Truppenabzug bzw. zumindest Truppenreduzierung ausländischer Staaten in fremden Territorien; Befürwortung einer Neutralitätspolitik Norwegens und Dänemarks, die von beiden Seiten anerkannt würde.
- 11.7. Erneute Protestnoten der UdSSR an NATO-Staaten wegen geplanter Beteiligung der BRD am MLF-Projekt (vergl. 8.4.63). (Bekanntnis von Bundeskanzler Erhard zur MLF und NATO am 12.7.; Zurückweisung der sowjetischen Proteste durch die USA und Großbritannien am 28.8.).
- 30.7. Beginn der USA-Bombardierung von Nordvietnam.
- 10.9. Erklärung des USA-Delegierten Foster im Genfer 18-Staaten-Abrüstungskomitee: Begründung der Ablehnung der Vorschläge eines Nichtangriffspaktes zwischen NATO und Warschauer Vertrag und eines Truppenabzugs aus Europa, weil vorher politische Probleme in Europa gelöst werden müßten.
- 17.9. Vertagung des 18-Staaten-Abrüstungskomitees (Wiederzusammentritt am 27.7.1965).
- 5.-10.10. 2. Konferenz blockfreier Staaten im Kairo. Erklärung behandelt auch Abrüstungsfragen.
- 16.10. Erster chinesischer Atombombentest.
- 22.11. Rede des französischen Staatspräsidenten De Gaulle betont Wunsch nach selbständiger westeuropäischer Verteidigungsorganisation mit eigenen Zielen und Mitteln.

- 1964 22.11. (Außenminister Couve de Murville bezeichnete am 3.11. die geplante MLF als mögliche Spaltungs-
versuch der NATO; Ministerpräsident Pompidou begründet am 2.12. die nationale, französische, atomare Verteidigungspolitik - force de frappe).
- 30.11.-4.12. WEU-Versammlung in Paris, Empfehlung zur europäischen Sicherheit: Bestes Mittel sei vollständige Abrüstung, bis dahin jedoch gemeinsame NATO-Politik mit MLF nötig.
- 7.12. Sowjetisches Memorandum zur weiteren Verminderung der internationalen Spannung durch Außenminister Gromyko der UNO-Vollversammlung unterbreitet:
Verringerung der Militärbudgets, Abzug oder Reduzierung ausländischer Truppen auf fremden Territorien, Liquidierung ausländischer Militärstützpunkte, Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, Anwendungsverbot von Kernwaffen, atomwaffenfreie Zonen, Vernichtung von Bombenflugzeugen, Verbot unterirdischer Kerntests, Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Vertrag, Verhütung von Überraschungsangriffen, allgemeine Truppenreduzierungen.
- 14.12. Rede des polnischen Außenministers Rapacki vor der UNO-Vollversammlung. Scharfe Kritik an den MLF-Plänen, Vorschläge zur Verwirklichung des Rapacki- und Gomulka-Planes und für die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz.
- 16.12. Vorschlag des britischen Labour-Vorsitzenden Wilson im Unterhaus zu einer atlantischen Atomstreitmacht (ANF) anstelle der MLF bedeutet Abkehr von bisheriger außenpolitischer Haltung der Labour-Partei.
- 27.-31.12. Vorschläge Walter Ulbrichts an die BRD zur Humanisierung und Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten:
Verhandlungen über Verzicht auf Atomrüstung und Rüstungsstop, Herstellung normaler staatlicher Beziehungen BRD-DDR und DDR-Westberlin, Beseitigung von Handelsdiskriminierungen und Willkür gegen DDR-Bürger, Beseitigung der Reste des 2. Weltkrieges und Maßnahmen zur friedlichen Lösung der deutschen Frage.
- 1965 18.1. Sowjetische Protestnoten an die USA und BRD gegen einen sogenannten Atomminenplan für die Ostgrenze der BRD.
(Zurückweisende Antworten am 23.4. wegen Nichtzutreffen).

- 1965
- 20.1. Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrags in Warschau. Gedanken des Kommuniqués: Verurteilung der MLF- und ANF-Pläne, Folgen wären Gegenmaßnahmen der Warschauer Vertrags-Staaten, Unterstützung von Gomulka- und Rapacki-Plan, einer deutschen Friedensregelung und der DDR-Vorschläge zum beiderseitig deutschen Atomwaffenverzicht. Vorschlag zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz; Bereitschaft zu Nichtangriffspakt mit NATO.
- Jan. Jugoslawischer Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz der Vertreter europäischer Parlamente zur Beratung über die Europäische Sicherheit.
- 30.3. 13. Bundesparteitag der CDU. Die BRD-Minister Schröder und v. Hassel verlangen größere Verantwortung der BRD bei Planung und Einsatz von strategischen Nuklearwaffen (Wiederholung in Rede Schröder am 11.5. vor NATO-Ministerrat).
- 21.4.-16.6. Tagung der UN-Abrüstungskommission aus allen Mitgliedstaaten der UNO. Vorschläge der verschiedenen Staaten vor allem zur Kernwaffenabrüstung; Resolutionen über die Einberufung einer Welt-Abrüstungs-Konferenz; Themen für das wiederzuberufende 18-Staaten-Abrüstungskomitee.
- 23.6. Vorschlag des amerikanischen Senators R. Kennedy, andere Formen der nuklearen Garantie für Westeuropa als MLF und ANF zu erwägen.
- 10.-15.7. Weltkongreß für Frieden, nationale Unabhängigkeit und allgemeine Abrüstung in Helsinki fordert u.a.:
- Schaffung eines europäischen kollektiven Sicherheitssystems und einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa durch eine europäische Sicherheitskonferenz auf der Ebene der Regierungschefs;
- Auflassung ausländischer Militärbasen und Abzug ausländischer Truppen aus fremden Territorien;
(In Denkschrift des DDR-Friedensrates vom 5.5.65 an den Kongreß wird auf die von der BRD ausgehende Kriegsgefahr verwiesen).
- 27.7. Wiederzusammentritt des 18-Staaten-Abrüstungskomitees in Genf. Vertreter der BRD-Regierung sprechen sich gegen eine "Diskriminierung Deutschlands" durch etwaige Abrüstungsmaßnahmen aus und verlangen Sicherheitsgarantien bei einem Atomwaffensperrvertrag z.B. in Form eines nuklearen Mitspracherechts (MLF, ANF) oder Mitarbeit in der nuklearen Planung, wie ein Regierungssprecher am 23.8. und Bundeskanzler Erhard am 6.9. im "Spiegel"-Interview erklären.

1965

- 10.8. DDR-Vorschläge in Erklärung an das 18-Staatenkomitee:
1. Kernwaffenverzicht beider deutscher Staaten, einschließlich Verfügungsgewalt in jeglicher Form.
 2. Rüstungsstopp in beiden deutschen Staaten.
 3. Kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.
- 38.8. "Vorschläge für demokratische Veränderungen in Westdeutschland" des DDR-Ausschusses für Deutsche Einheit u.a.:
- Verzicht auf Krieg zur Lösung von Streitfragen.
 - Anerkennung bestehender Realitäten (Grenzen, Staaten).
 - Kernwaffenverzicht (einschließlich Verfügungsgewalt).
 - Normale staatliche Beziehungen zur DDR und zwischen DDR-Westberlin.
- 1.-22.9. Indisch-Pakistanischer Krieg.
(Regelung in Deklaration von Taschkent am 10.1.1966).
- 13.9. Sowjetische Note an Großbritannien warnt vor Ausbildung von BRD-Truppen an Raketenwaffen in England.
(Britische Zurückweisung in Note am 17.9.).
- 21.9. Britisch-Polnisches Kommuniqué anlässlich des Staatsbesuches von Außenminister Stewart spricht sich für die Abhaltung einer gründlich vorbereiteten europäischen Sicherheitskonferenz unter günstigen Umständen aus.
- 19.11. Vorschlag des britischen Außenministers Stewart, anstelle von MLF und ANF den Nuklearausschuß der NATO zu ständigem Organ auszubauen. (Unter Beteiligung der BRD tritt der ständige Nuklearausschuß am 27.11. erstmals zusammen; sowjetische Kritik durch Außenminister Gromyko am 9.12. auf Plenartagung des ZK der KPdSU dazu, bei Beteiligung der BRD an Nuklearplanung werde das sozialistische Lager zu Gegenmaßnahmen gezwungen).
- 19.11. Rede des finnischen Präsidenten Kekkonen zur finnischen Sicherheitspolitik: Festhalten am finnisch-sowjetischen Beistandsvertrag von 1948 und der finnischen Neutralität; Unrealität des Gedankens einer nordischen Militärallianz; Vorschlag zu einem Abkommen mit Norwegen, daß an der norwegisch-finnisch-sowjetischen Grenze am Nordkap der Frieden auch im Falle eines europäischen Krieges gewahrt bleibe.
Wiederholung des Kekkonen-Plans (29.5.1963).
(Wiederholung beider Vorschläge im Interview am 29.9.1966 und in Rede in Vaasa am 6.1.1967).

1965

20.-21.12.

Besuch Bundeskanzler Erhards in Washington. Abschlußkommunique sichert der BRD "einen angemessenen Anteil an der nuklearen Verteidigung" zu. Wiederholung der Auffassung der USA und BRD, daß nukleare Abmachungen der NATO nicht gegen einen Atomwaffen-sperrvertrag verstoßen. Eine Entspannung in Europa setze die deutsche Wiedervereinigung voraus.

31.12.

Vorschläge Walter Ulbrichts an BRD-Bundestag in Neujahrsansprache:

1. Verzicht auf Atomrüstung und atomare Verfügungsgewalt in jeglicher Form.
2. Anerkennung der bestehenden europäischen Grenzen.
3. Aufnahme von diplomatischen Beziehungen beider deutscher Staaten mit allen Staaten der NATO und des Warschauer Vertrags.
4. Abrüstungsverhandlungen in Deutschland.
5. Verzicht auf Maßnahmen der weiteren Vertiefung der Spaltung.
6. Verhandlungen zur Normalisierung der Lage in Deutschland.

1966

22.1.

Vorschlag der DDR-Regierung an die Regierungen aller europäischen Staaten zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit durch Außenminister Winzer auf Pressekonferenz:
Verständigung über:

1. Schrittweise Entspannung in Europa durch vereinbarte Rüstungsbeschränkungen, insbesondere Kernwaffenverzicht aller europäischen Nichtkernmächte.
2. Respektierung der bestehenden Grenzen.
3. Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten einschließlich beider deutscher Staaten.

(Begrüßung der DDR-Initiative in jugoslawischer Note vom 4.5.).

7.2.

DDR-Erklärung an 18-Staaten- Abrüstungsausschuß über Bereitschaft zu einem feierlichen Kernwaffenverzicht, falls die BRD nicht dazu bereit ist.

(Wiederholung an UNO am 27.10. und an 18-Staaten-Ausschuß am 28.2.1967).

28.2.

Antrag des DDR-Staatsrats auf Mitgliedschaft der DDR in der UNO.

8.3.

UdSSR-Vorschläge zur Abrüstung im 18-Staaten-Abrüstungskomitee:

1. Abschaffung aller ausländischen Militärbasen und Truppenrückzug aus fremden Territorien.
2. Schaffung atomwaffenfreier Zonen.
3. Einstellung unterirdischer Kernwaffentests.
4. Anwendungsverbot von Kernwaffen.
5. Einstellung des Kernwaffenrüstens.
6. Reduzierung des Militärbudgets.

1966

12.3.

Französisches Memorandum in Noten an 14 NATO-Staaten schlägt NATO-Reform vor. (Ein weiteres Memorandum am 29.3. an die USA, Großbritannien, die BRD und Italien erklärt die französische Herauslösung aus der NATO).

14.3.

Der britische Premierminister Wilson spricht sich in Edinburgh gegen eine Verfügungsgewalt der BRD über Atomwaffen aus, dem kein verantwortungsbewußter westlicher Staatsmann zustimmen könne.

25.3.

"Friedensnote" der BRD an 100 Regierungen zu Fragen der Abrüstung und des Friedens. Gedanken und Vorschläge:

1. Anregung an Nichtnuklearstaaten wie die BRD 1954 auf eigene Kernwaffenproduktion zu verzichten, und an Nuklearmächte, keine Kernwaffen der nationalen Kontrolle anderer Länder zu übergeben.
2. Bereitschaft zu europäischem Abkommen der stufenweisen Atomwaffen-Verringerung in Ganzeuropa unter Wahrung des militärischen Kräfteverhältnisses, Kontrolle und entscheidenden Fortschritten bei der Lösung politischer Probleme in Mitteleuropa.
3. Bereitschaft zur Kontrolle der atomaren BRD-Wirtschaftsexporte durch die JAEQ. (Die Importe werden bereits durch EURATOM kontrolliert).
4. Vorschlag zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit osteuropäischen Staaten (ohne DDR).
5. Vorschlag zu bilateralen Vereinbarungen mit osteuropäischen Staaten (ohne DDR) über Austausch von militärischen Beobachtern bei Truppenmanövern.
6. Bereitschaft zur Mitarbeit bei Weltabrüstungskonferenz.
(Ablehnende Antworten in DDR-Erklärung vom 25.3., Noten Polens am 30.4., der CSSR am 7.5., der UdSSR am 17.5., Ungarns am 3.6., Jugoslawiens am 26.7., TASS bezeichnet die Note als Propagandamanöver.
Die schwedische Antwortnote vom 26.5. lehnt eine Lösung politischer Probleme als Voraussetzung für die atomare Abrüstung ab und wiederholt die schwedische Teilnahmebereitschaft an einer kernwaffenfreien Zone Nord- und Mitteleuropas und stufenweiser Reduktion der konventionellen Rüstung; letzteres wiederholt Außenminister Nilsson am 8.6. auf Pressekonferenz).

1966

9.-11.4.

Ostermarsch 1966 in der BRD.

Vorschläge der Campagne für Abrüstung (bereits Ende 1965 veröffentlicht).

1. Kernwaffenverzicht der BRD.
2. Rüstungsstopp für BRD, DDR, Polen, CSSR.
3. Herabsetzung der konventionellen Rüstung.
4. Atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa (Rapacki-Plan)
5. Europäische Sicherheitskonferenz unter Einbeziehung der USA.
6. Verbesserung der Beziehungen der BRD in Osteuropa.
7. Mitarbeit der BRD an Strategie des Friedens.

13.4. Bildung einer "Kommission für Abrüstungsfragen" beim Friedensrat der DDR.

27.4. Vorschlag des sowjetischen Außenministers Gromyko auf Pressekonferenz in Rom anlässlich seines Vatikan-Besuches zur Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz. (In Folgezeit verschiedenste Stellungnahmen dazu):

BRD-Außenminister Schröder auf NATO-Minister-
ratstagung am 7.6. in Brüssel: Zeit dafür
sei noch nicht reif, darum müsse NATO gestärkt
werden. Bundeskanzler Erhard lehnt am 10.6.
auf Pressekonferenz in Bonn eine Europäische
Sicherheitskonferenz ohne die USA und eine
Konferenz zwischen Staaten der NATO und des
Warschauer Vertrags ab, weil dabei Teildä-
rüstungsvorhaben wie Rapacki-Plan im Vorder-
grund ständen.

Befürworter des sowjetischen Vorschlags sind
dagegen außer den sozialistischen Staaten
Schweden, Finnland, Dänemark, Österreich und
bei guter Vorbereitung auch Italien, Belgien
und Großbritannien, wie es in Kommunikationen
anlässlich eines lebhaften Reiseverkehrs
von Staatspolitikern zum Ausdruck kommt.
Einige Staaten wie Schweden, Italien und vor
allem Frankreich befürworten dabei Erörterung
von Wirtschaftsfragen.

11.5. CSU-Vorsitzender Strauß tritt für die Einbe-
ziehung Österreichs in ein "wiedervereinigtes
deutsches Reich" in Fernsehdiskussionen ein.

13.-16.6.

Tagung des Weltfriedens-
rates in Genf.

A. Vorschläge von Prof. Norden im Referat zu
einer Magna Charta der europäischen
Sicherheit, die auf einer Europäischen
Sicherheitskonferenz zu erarbeiten wäre:

1. Atomwaffenverzicht beider deutscher
Staaten als Vorstufe einer weitergehenden
Regelung eines Atomwaffensperrvertrags.

1966

13.-16.6.

2. Anerkennung bestehender Grenzen.
3. Gleichberechtigung aller europäischen Staaten in Wirtschaft, Handel und in den gegenseitigen Beziehungen.
4. Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems als Alternative zu den bestehenden Militärbündnissen der NATO und des Warschauer Vertrags.
5. Deutsche Friedensregelung.

B. Memorandum zur europäischen Sicherheit fordert die Gewährleistung der europäischen Sicherheit als Alternative zum kalten Krieg und unterstützt die Vorschläge von europäischen Sicherheitskonferenzen auf Regierungsebene und der Ebene der europäischen Parlamente (entsprechend eines jugoslawischen Vorschlages).

Wichtige Elemente einer Magna Charta der Europäischen Sicherheit:

1. Entspannung auf der Grundlage der Anerkennung des status quo.
2. Verminderung der Ausbreitung von Kernwaffen (besonders für BRD) und feierliche Verzichtserklärung der Kernmächte, niemals Kernwaffen gegen kernwaffenlose Staaten einzusetzen.
3. Teilmaßnahmen der Abrüstung: Nichtangriffs-Vereinbarungen, Gewaltverzichtserklärungen, Sicherungen vor Überraschungsangriffen, gleichzeitige Auflösung von NATO und Warschauer Vertrag.
4. Normalisierung der staatlichen Beziehungen.
5. Deutsche Friedensregelung unter Achtung der territorialen status quo und Versachlichung der bestehenden Probleme.

15.6. Erklärung des CDU-Politikers Barzel auf Rede in New York (und im Interview mit "Rundschau am Sonntag" am 28.8.), daß zu einem Europäischen Sicherheitssystem die Anwesenheit der USA-Streitkräfte in Mitteleuropa (und Berlin) gehöre, sowjetische Streitkräfte könnten auch im wiedervereinigten Deutschland im Rahmen des Sicherheitsvertrages bleiben. Wiedervereinigung und Regelung der Grenzfragen sollen im Sinne einer status-quo-Änderung erfolgen.

20.6. Beginn der Herauslösung französischer Truppen aus dem NATO-Kommando Europa-Mitte.

29.6. Dokumentaion des Nationalrates der Nationalen Front "Wohin steuert die Bundesrepublik", worin die friedensgefährdende Politik der BRD dokumentiert und analysiert wird.

1966

30.6.

Abschluß des Staatsbesuches des französischen Präsidenten De Gaulle in Moskau. Übereinkunft zur Errichtung einer Direktleitung zwischen Paris und Moskau und zur Fortsetzung regelmäßiger politischer Konsultationen.

4.-6.7.

Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Länder des Warschauer Vertrags in Bukarest:

Deklaration über die Festigung des Friedens und die Sicherheit Europas. Hauptrichtungen für Maßnahmen der Europ. Sicherheit:

1. Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen.
2. Kollektives Europäisches Sicherheitssystem anstelle der beiden Militärpakte bzw. schon vorher Verständigung über Liquidierung dieser Pakte. Feierliche Bereitschaftserklärung zur Auflösung des Warschauer Vertrages, falls NATO aufgelöst wird.
3. Große Bedeutung haben Teilmaßnahmen: Truppenreduktionen in beiden deutschen Staaten, kernwaffenfreie Zonen, Auflösung von Stützpunkten und Abzug ausländischer Streitkräfte aus fremden Territorien.
4. Nichtzulassung der BRD zu Kernwaffen.
5. Anerkennung deutscher Grenzen (Oder-Neiße-Grenze, Elbe-Grenze).
6. Deutsche Friedensregelung, so daß Deutschland nie wieder Gefahr für Nachbarstaaten wird.
7. Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz zur gleichzeitigen Anbahnung einer Europäischen Zusammenarbeit.

(Der französische Außenminister Couve de Murville bezeichnet diese Deklaration auf Pressekonferenz in Prag am 27.7. als geeignete Grundlage für künftige Gespräche zur Europäischen Sicherheit).

21.7.

Fernseh-Erklärung des BRD-Kanzlers Erhard, daß die BRD niemals auf Wiedervereinigung verzichten werde und daß es ohne Wiedervereinigung keine wirkliche Ruhe in Europa gäbe.

28.8.

Interview des SPD-Politikers Wehner mit "Deutschlandfunk" betont Wunsch nach atomarer Mitsprache der BRD und Ablehnung des Rapacki-Planes (ähnlich in Bundestagsdebatte am 5.10.).

11.-16.9.

16. Pugwash-Konferenz in Sopot (Polen) betont in Dokument zur Europäischen Sicherheit, daß alle europäischen Länder (auch DDR) an dauerhaften Sicherheitssystemen und auch an Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Vertrag beteiligt sein müßten.

Vordringliche Sofortmaßnahmen:

Anerkennung der bestehenden Grenzen, Normalisierung der staatlichen Beziehungen, friedliche Lösung der deutschen Frage, Europäisches Sicherheitssystem, Befürwortung einer deutschen Zusammenarbeit und atomwaffenfreie Zonen.

1966

15.-17.9.

13. ZK-Tagung der SED in Berlin. Rede Walter Ulbrichts über "Die DDR, die europäische Sicherheit und die Entspannung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten".

23.9.

Angabe von USA-Verteidigungsminister Mc Namara, daß gegenwärtig 7000 Atomsprenghköpfe im NATO-Europa lagern.

7.10.

Programmatistische Rede des USA-Präsidenten Johnson in New York zur amerikanischen Europa-Politik, 3 Ziele:

1. Stärkung der NATO einschließlich eines nuklearen Planungsausschusses.
2. Einigung des Westens und Einbeziehung eines wiedervereinigten Deutschlands.
3. Heilung der europäischen Spaltung durch friedliches Engagement, Erleichterungen im Handel, beiderseitige ausgewogene Truppenverminderung der USA und UdSSR in Europa als möglich angedeutet (ohne die sonst immer genannten gleichzeitigen politischen Forderungen in Mitteleuropa).

10.10.

Vorschläge des stellvertretenden polnischen Außenministers Winiewicz vor der UNO-Vollversammlung für die Tagesordnung einer Europäischen Sicherheitskonferenz. Hauptaufgabe dieser Konferenz: Beschlußfassung über Zusammenarbeit bei Festigung der Europäischen Sicherheit. Wiederholung von Rapacki- und Gomulka-Plan.

28.-29.10.

Plenartagung des DDR - Friedensrates in Erfurt begrüßt

Vorschlag zu einer Europäischen Sicherheits- und Zusammenarbeits-Konferenz, die Bukarester Deklaration (6.7.66), den Ünden- und Kekkonen-Plan (16.2.62 bzw. 29.5.63) und nennt als Kernstücke einer europäischen Übereinkunft zur deutschen Sicherheitspolitik:

1. Anerkennung bestehender Grenzen in Europa.
2. Normalisierung der staatlichen Beziehungen zwischen der BRD und DDR.
3. Kernwaffenverzicht beider deutscher Staaten.

5.12.

Ostermarsch-Aufruf der "Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengeegner" Dringlichste Schritte für BRD für Europäische Sicherheit:

Atomwaffenverzicht, Zustimmung zum Atomwaffensperrvertrag, Mitarbeit an Europäischer Sicherheitskonferenz und an Rüstungsbeschränkungen, Initiative für atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.

7.-10.12.

Wissenschaftliche Konferenz der Ständigen Konferenz der Forschungseinrichtungen der CSSR, DDR, Polens, der UdSSR und Ungarns zur Untersuchung der Probleme der Europäischen

1966

7.-10.12.

Sicherheit zum Thema: "Die Sicherheit Europas und die gegenwärtigen politischen Konzeptionen des Westens" in Warschau mit Mitarbeitern aus 8 sozialistischen Staaten.
5 Vorträge zu den Europa-Konzeptionen der USA, Frankreichs, Großbritanniens, der BRD und der sozialistischen Staaten.

13.12.

Regierungserklärung der BRD durch Bundeskanzler Kiesinger: Nationale Verfügungsgewalt über Kernwaffen wird nicht angestrebt, Wiederholung des Angebots von Gewaltverzichtserklärungen mit osteuropäischen Staaten (s.: 25.3.66) unter Einbeziehung des "ungelösten Problems der deutschen Teilung (Umschreibung für DDR), Grenzregelung mit Polen erst durch gesamtdeutsche Regierung möglich, Münchner Abkommen als nicht mehr gültig betrachtet, jedoch Probleme des Staatsangehörigkeitsrechts der Sudetendeutschen, Lebenswichtigkeit der NATO für die BRD, Wunsch zur Verbesserung der Beziehungen zu osteuropäischen Staaten ("Neue Ostpolitik").

(In Außenministerstellungnahmen der CSSR, Polens und Ungarns dazu wird betont, daß eine Normalisierung der Beziehungen zur BRD erst bei deren Anerkennung der europäischen Realitäten, also der DDR und der Grenzen möglich sein wird).

15.-17.12.

Vorschläge Walter Ulbrichts auf der 14. ZK-Tagung der SED für ein Minimalprogramm an DDR (in Stellungnahme zur Kiesinger-Erklärung).

1. Förderung des Zustandekommens eines Vertrages über die Nichtweitergabe von Kernwaffen in jeglicher Form.
2. Förderung des Zustandekommens einer Europäischen Sicherheits-Konferenz.
3. Aufnahme normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.
4. Vereinbarungen über Rüstungshaushaltsverkürzungen.
5. Verständigung über eine von den Großmächten garantierte Neutralität der beiden deutschen Staaten.

31.12.

Vorschläge Walter Ulbrichts in Neujahrsbotschaft an die Bundesregierung:

1. Aufnahme normaler staatlicher Beziehungen BRD-DDR.
2. Gegenseitiges Gewaltverzichtsabkommen.
3. Anerkennung der bestehenden europäischen Grenzen.
4. Rüstungsreduktion um 50 %.
5. Kernwaffenverzicht (auch Verzicht auf Beteiligung an Verfügungsgewalt an Kernwaffen) und Bereitschaft zur Teilnahme an kernwaffenfreier Zone in Mitteleuropa.

- 1966 31.12. 6. Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zu allen europäischen Staaten.
7. Vertragliche Verpflichtung zur Neutralität beider deutscher Staaten bei Garantie durch die Großmächte.
8. Entwicklung Westberlins zu eigenständigem Territorium.
9. Paritätische Kommission zur Prüfung der Einhaltung des Potsdamer Abkommens in beiden deutschen Staaten.
(Wiederholung der Vorschläge in DDR-Erklärung an 18-Staaten-Abrüstungsausschuß am 8.3.1967).
- 1967 12.1. Brief des Präsidenten der Bundesversammlung Jugoslawiens Kardelj an die Parlamentspräsidenten aller europäischen Länder mit Stellungnahme zum jugoslawischen Vorschlag der Einberufung einer Konferenz europäischer Parlamente zur Europäischen Sicherheit.
- 31.1. Vereinbarung des Botschafteraustausches zwischen Rumänien und der BRD. In beiderseitigen Regierungserklärungen wird das als Beitrag zur Festigung der europäischen Sicherheit gewertet.
- 6.13.2. Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin in Großbritannien. Einrichtung einer direkten Fernschreibeinrichtung zwischen Moskau und London. Großbritannien würde den Abschluß eines sowjetisch-britischen Freundschaftsvertrages begrüßen.
- 8.10.2. Konferenz der Außenminister der Staaten des Warschauer Vertrags betont, daß Anerkennung der DDR Kernfrage des Friedens und der internationalen Entspannung ist.
- 13.2. Erklärung Walter Ulbrichts in Berlin, daß Verzicht auf Alleinvertretungsansprüche der BRD Voraussetzung der Europäischen Sicherheit ist.
- 21.2.23.3. Erneute Zusammenkunft des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses (wie immer ohne Frankreich). Thema ist Atomsperrvertrag, zu dem sich in Folgezeit verschiedene Regierungsvvertreter bekennen. Die BRD erhebt in Regierungserklärung am 20.2. Einwände gegen einen Vertrag.
- 1.3. Bilaterale Freundschafts- und Beistandsverträge
15.3. von CSSR-Polen,
17.3. DDR-Polen und DDR-CSSR.
- 3.4. Befürwortung einer atomwaffenfreien Zone in Skandinavien durch den schwedischen Ministerpräsidenten auf 15. Tagung des Nordischen Rats in Helsinki; wird von Norwegen nur bedingt unterstützt.
- 6.4. Bilateralen Freundschafts- und Beistandsvertrag Bulgarien-Polen.

- 1967
- 17.4. Erneute Vorschläge Walter Ulbrichts auf 7. Parteitag der SED für friedliches Nebeneinander der beiden deutschen Staaten.
(Vorschläge wie Punkte 1-7 der Neujahrsbotschaft vom 31.12.1966).
- 21.4. Militärputsch in Griechenland.
- 24.-26.4. Erklärung der Konferenz der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien zu Fragen der Europäischen Sicherheit auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz.
Voraussetzungen und Vorschläge: Anerkennung der bestehenden Grenzen und der Existenz zweier deutscher Staaten, Verhinderung des Kernwaffenzutritts der BRD, Ungültigkeitserklärung der BRD zum Münchner Abkommen.
Kampffziele: Gesamteuropäischer Vertrag über Gewaltverzicht, Normalisierung der Beziehungen zwischen BRD, DDR und Westberlin, Verteidigung der Demokratie in der BRD, Abschluß des Kernwaffensperrvertrages.
Respektierung der neutralen Staaten, die selbst aktiver werden müßten; Teilübereinkommen:
Liquidierung fremder Militärstützpunkte, Abzug fremder Truppen aus europäischen Staaten, atomwaffenfreie Zonen, Zonen verdünnter oder eingefrorener Rüstungen bzw. Zonen des Friedens und der Zusammenarbeit; Auflösung von NATO und Warschauer Vertrag anläßlich des Gültigkeitsablaufs der NATO 1969.
Europäische Sicherheitskonferenz und Konferenz der Vertreter aller europäischen Parlamente zur Europäischen Sicherheit.
- 12.-18.5. Bilaterale Freundschafts- und Beistandsverträge von Bulgarien-UdSSR und DDR-Ungarn.
- 5.-10.6. Krieg Israels gegen die arabischen Nachbarstaaten...
- 17.6. Erster Wasserstoffbombentest Chinas.
- 23.-25.6. Zusammenkunft der Staatsoberhäupter der UdSSR und der USA Kossygin und Johnson in Glassboro (USA).

Zur Frage der Oder-Neiße-Grenze

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Schaffung eines dauerhaften Friedens in Europa ist die Klärung der Haltung des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Dieses Problem stellt sich auf zwei Ebenen, die eng miteinander verbunden sind, auf der Ebene der staatlichen Erklärungen und Vereinbarungen und auf der Ebene der Einstellung einzelner Volksgruppen und Menschen. Da die Wurzel vieler Konflikte oft in falschen Zielsetzungen einzelner Menschen und Interessengruppen liegt, kann es eventuell wichtiger sein, diese Ebene zu beobachten und zu beeinflussen, als nur auf die offiziellen Äußerungen von Regierungen zu hören.

1. a) Auf der Ebene der regierungsamtlichen Äußerungen beider deutscher Staaten zur Oder-Neiße-Grenze gibt es zwar unterschiedliche Standpunkte. Aber für die DDR, die UdSSR sowie für die anderen sozialistischen Staaten ist diese Grenze die endgültige Grenze und kein möglicher Gegenstand von Verhandlungen. Auch Frankreich hat durch Staatspräsident De Gaulle diese Grenze als endgültig anerkannt.
- b) Die BRD hat erklärt, daß die Grenze mit Polen erst in einem Friedensvertrag mit einem wiedervereinigten Deutschland endgültig festgelegt werden könne. Die vielfachen Äußerungen westdeutscher Politiker zu dieser Frage lassen jedoch erkennen, daß die Verantwortlichen sich darüber klar sind, daß die Oder-Neiße-Grenze auf friedlichem Wege nicht verändert werden kann. Auf militärische Gewaltanwendung zur Regelung internationaler Streitfragen hat die Regierung der BRD wiederholt verzichtet (vgl. Note an die Regierungen der Welt vom 26.3.66, Abschn. V, Abs. 4). Sollte irgendwann einmal ein Friedensvertrag mit einem vereinigten Deutschland abgeschlossen werden, bedürften alle Grenzregelungen darin der Unterschrift der UdSSR und anderer sozialistischer Staaten. Also könnte auch solch ein Friedensvertrag die Oder-Neiße-Grenze nur bestätigen. Infolgedessen sind alle Spekulationen auf eine Änderung der polnischen Westgrenze Illusionen.
- c) Die gegenwärtige Rechtslage ist durch das Grenzabkommen zwischen der DDR und Polen vom 6. Juli 1950 gekennzeichnet, in dem die Regierung der DDR die Endgültigkeit und Unabänderlichkeit der Oder-Neiße-Grenze anerkannt und garantiert hat. Die BRD hat keine gemeinsame Grenze mit Polen und ist von daher nicht autorisiert, sich an einer Grenzregelung zwischen diesen Staaten zu beteiligen. Sie kann das Grenzabkommen zwischen der DDR und Polen zwar ablehnen, aber sie kann nichts an seiner Geltung ändern. Dieses Grenzabkommen ist insofern international anerkanntes Recht, als alle sozialistischen Staaten und auch Frankreich diese Grenze anerkennen oder sogar garantieren.

2. a) Sehr wesentlich ist die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Äußerungen der Bundesregierung. Der Gedanke an eine Wiedengewinnung der ehemals deutschen Gebiete in Polen wird dadurch künstlich verstärkt und unterstützt. Westdeutsche Politiker haben jedoch durchblicken lassen, daß die regierenden Parteien in der BRD diese Haltung zur Oder-Neiße-Grenze vielfach aus Angst vor Stimmenverlusten bei den Wahlen beibehalten.

Deswegen kommt es entscheidend darauf an, den Gedanken an die Möglichkeit einer Änderung der Oder-Neiße-Grenze auf der Ebene der Verbände und Gewerkschaften in der BRD zu entmythologisieren. Erst wenn ein Umschwung in der öffentlichen Meinung der wesentlichen Gruppierungen zustande kommt, ist mit einer Änderung der offiziellen Politik der BRD zu rechnen. Deswegen sind alle Anstrengungen von äußerster Wichtigkeit, die das Gespräch in der Bevölkerung der BRD über diese Grenze versachlichen und neutralisieren.

- b) Wirksame Ansätze dazu waren der Brief der polnischen Bischöfe vom 18.11.65 und die Denkschrift der EKID vom 1.10.65. Auch wenn man nicht mit allen Darlegungen übereinstimmt, muß man zugestehen, daß es in beiden Dokumenten um die Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk geht. Die Entscheidung, diese Aufgabe der Aussöhnung beider Völker anzupacken, beruht auf der Erkenntnis, daß die Wurzeln des Haß- und Vergeltungsdenkens beseitigt werden können, die bisher immer den Nährboden für neue Kriege bildeten.
- c) Im Brief der polnischen Bischöfe ist von Schuld auf Seiten beider Völker die Rede. Da man Schuld nicht gegen Schuld aufwiegen kann, ist dieses Denken ein erster Schritt heraus aus dem Teufelskreis, in dem einer dem anderen immer die größere Schuld zuschieben will. Aussöhnung kommt nur durch Vergebung, nicht durch Vergeltung und Schuldenaufrechnung zustande.

Der Brief der polnischen Bischöfe wird von uns als Brief von Christen an Christen verstanden. Es ist Aufgabe des Staates und nicht der Kirche, politische Entscheidungen zu treffen, aber die Kirchen können mit ihren Stellungnahmen oft wichtige Impulse geben. Deshalb ist es zu begrüßen, daß dieser Brief sich in bezug auf die politische Beurteilung der Situation zwischen beiden deutschen Staaten stark zurückhält. Es wurde nicht auf die Gegensätze und Spannungen zwischen der DDR und der BRD eingegangen. Dadurch wäre auch der Ruf zur Aussöhnung verdrängt worden. Aber auch die polnischen katholischen Bischöfe bestätigen in ihrem Brief die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze.

- d) Die Denkschrift der EKID leistete einen wichtigen Beitrag zur Schaffung eines Klimas der Verständigung unter den Umsiedlern. Intensiv wird um Verständnis für die Lage der

Polen geworben. Das sogenannte "Recht auf Heimat" wird seiner religiösen Begründung entkleidet. Das Aurrechnen von Schuld wird abgelehnt. Da sich auch die Denkschrift nicht auf die Ebene der politischen Entscheidungen begibt, ist in ihr die Forderung nach staatlicher Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die BRD nicht enthalten. Dem aufmerksamem Leser entgeht allerdings nicht, daß diese Anerkennung der Grenze die logische Schlußfolgerung aus den vorgebrachten Gesichtspunkten und Argumenten ist.

- e) Gerade weil immer noch Vertreter der Vertriebenen-Verbände in der BRD für die Wiedergewinnung der ehemaligen deutschen Gebiete in Polen eintreten, ist es von großer Bedeutung, wenn eine Denkschrift dazu beiträgt, die Situation der Menschen des anderen Volkes besser zu verstehen, eine sachliche Darstellung der geschichtlichen Hintergründe zu geben und somit den Boden zur Versöhnung zu bereiten.
- f) Sicherheit für die Völker Europas kann es nur geben, wenn die Vorurteile des kalten Krieges auf allen Seiten weiter abgebaut werden. An dieser Aufgabe der geistigen Abrüstung, die von beiden kirchlichen Dokumenten angepackt wurde, muß ernsthaft weitergearbeitet werden. Die Wurzeln zu einem dritten Weltkrieg können in Europa nur ausgerottet werden, wenn die ideologische Abrüstung weitergeht.

Initiativen der Regierung der DDR, der SED, der Volkskammer
und des Nationalrates der Nationalen Front in der Deutschen
Frage (1946-1967)

(Dokumentation)

- 1946 14.11. SED stellt Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik zur öffentlichen Diskussion (ND 15.11.46).
- Art.1: Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik, gegliedert in Länder.
- Art.2: Es gibt nur eine Staatsangehörigkeit der Deutschen Republik.
- 1947 1.3. SED: Aufruf zum Volksentscheid über ein einheitliches Deutschland
- "Nur die nationale Einheit kann unser Volk aus den Ruinen, aus der Armut und dem Elend herausführen."
- Vorschlag: Bildung des Einheitsstaates mit demokratischer Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden, sofortige Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch den alliierten Kontrollrat, Wegfall der Zonengrenzen, restlose Säuberung der Verwaltung und des Wirtschaftsapparates von Nazis, Bodenreform, Enteignung, Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte, Kontrolle der Produktion, Planwirtschaft.
- 20.-24.9. II. Parteitag der SED.
- Otto Grotewohl: Kampf um die nationale Einheit und die Demokratisierung Deutschlands.
- Bitte um Möglichkeit zur Durchführung einer Volksabstimmung.
- Sofortige Einstellung aller bizonalen Abmachungen.
- 6.-7.12. I. Deutscher Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden in Berlin.
- 1948 15.1. Parteivorstand der SED fordert Volksabstimmung über Friedensvertrag und Einheit Deutschlands.
- 10.7. Deutscher Volksrat unterbreitet Gesetz über einen Volksentscheid für die Einheit Deutschlands.
- 5.8. Deutscher Volksrat stellt Verfassungsentwurf für eine Deutsche Demokratische Republik zur öffentlichen Diskussion.
- Oberster Träger der Staatsgewalt ist die Volkskammer.

1949

- 7.5. Telegramm des Präsidenten des Deutschen Volksrates an den Parlamentarischen Rat in Bonn und an den Zweizonenwirtschaftsrat in Frankfurt a.M.

Aufforderung zu gemeinsamen Beratungen:

1. Maßnahmen zur Verwirklichung der Einheit Deutschlands auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.
2. Ausarbeitung eines gesamtdeutschen Memorandums über den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen (ND 8.5.).

- 29.-30.5. III. Deutscher Volkskongreß.

Tagungsordnungspunkt 6: Bestätigung des Beschlusses des Volksrates vom 19.3.49 über die Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik.

Manifest an das deutsche Volk: (Grundsätze für den Friedensvertrag).

1. Reparationsleistungen unter Wahrung eines mittleren Lebensstandards unter Anrechnung aller bisherigen Lieferungen.
2. Liquidierung des Kriegspotentials.
3. Entmilitarisierung und Demokratisierung.
4. Bestrafung aller Kriegsverbrecher.
5. Anerkennung einer befristeten sachlich begründeten Viermächtekontrolle.

Rechte des deutschen Volkes:

1. Schaffung einer Verfassung.
2. Freie Entwicklung der Produktion.

- 22.7. Deutscher Volksrat fordert gesamtdeutsche Besprechungen, wendet sich gegen Separatwahlen in Westdeutschland.

- 5.10. Präsidium des Deutschen Volksrates und Demokratischer Block fordern die gewählte Volksvertretung des gesamten deutschen Volkes, den Deutschen Volksrat, auf, sich zur provisorischen Volkskammer umzubilden - Einberufung des Volksrates zum 7. Oktober in Berlin.

- 7.10. Gründung der DDR.

- 26.10. Präsident Wilhelm Pieck fordert westdeutsche Bundesregierung auf, Verhandlungen über die Herstellung der Einheit Deutschlands aufzunehmen.

1950

- 22.9. Ministerrat der DDR wendet sich gegen die Beschlüsse der Konferenz der drei Westmächte vom 12. - 18.9. in New York, die die Remilitarisierung Westdeutschlands vorsehen:

- 1950 22.9. 1. Westdeutschland und Westberlin in Atlantikpakt einbezogen.
2. Verweigerung des Friedensvertrages.
3. Beibehaltung und Vermehrung der Besatzungstruppen.
4. Aufbau einer Söldnertruppe unter Kommando der Westmächte, Aufbau der Rüstungsindustrie.
- 30.11. Schreiben des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Bundeskanzler Adenauer zwecks Aufnahme von Verhandlungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates.
- 1951 14.3. Ministerpräsident Grotewohl gibt Regierungserklärung über den Kampf um einen Friedensvertrag und die Einheit Deutschlands ab; er wiederholt das Angebot an die Regierung Westdeutschlands, Verhandlungen über die zahlenmäßige Stärke, die Bewaffnung und Standortverteilung der Polizei in ganz Deutschland zu führen.
- 15.9. Aufruf an alle Deutschen! An alle demokratischen Parteien und Organisationen! Deutsche an einen Tisch! Fordert die Einberufung gesamtdeutscher Beratung! Kämpft für die Einheit Deutschlands und den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages!
Appell an den Bundestag: Gesamtdeutsche Beratungen über die Durchführung freier Wahlen, für eine Nationalversammlung und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und den darauffolgenden Abzug der Besatzungstruppen. (ND 16.9.)
- 2.11. 15. Plenartagung der Volkskammer.
Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl: Angesichts des Versuches Adenauers, gesamtdeutsche Wahlen zu verhindern, hat die Regierung der DDR sich entschlossen, eine Kommission zu bilden zur Ausarbeitung des Entwurfs eines Gesetzes über die Grundsätze für die freie Wahl einer verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. (ND 3.11.)
- Präsident Wilhelm Pieck schlägt Bundespräsident Theodor Heuss Zusammenkunft zur Erörterung der Fragen der deutschen Einheit vor.
- 11.12. Regierungsdelegation der DDR unter Leitung von Lothar Bolz und Friedrich Ebert in Paris, um auf Einladung des 2. Politischen Ausschusses der UN-Vollversammlung den Standpunkt der Regierung der DDR zu Fragen der Durchführung von Wahlen in Gesamtdeutschland darzulegen:

- 1951 11.12. Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung ist innere Angelegenheit des deutschen Volkes, ist Sache der Deutschen selbst. Überprüfungskommission der Vereinten Nationen ist Einmischung in innere Angelegenheit Deutschlands, ist Versuch der Verhinderung gesamtdeutscher Wahlen.
- 1952 9.1. Volkskammer billigt den Entwurf eines demokratischen Gesetzes über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung. Es wird eine gesamtdeutsche Beratung gefordert, um Vorbereitungen für Wahlen zu treffen.
(ND 10.2.)
- 13.2. Schreiben der Regierung der DDR an die vier Großmächte: Bitte um beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages.
(ND 14.2.)
- 17.4. Ministerrat der DDR fordert in einer Erklärung das deutsche Volk zum Kampf gegen den Generalkriegsvertrag, für einen Friedensvertrag und die Wiedervereinigung durch freie Wahlen auf:
gesamtdeutsche Regierung als Partner für die Beratungen und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.
- 28.8. Rundfunkansprache des Präsidenten Wilbalm Pieck an das deutsche Volk:
gegen Ratifizierung der Bonner und Pariser Verträge für freie gesamtdeutsche Wahlen.
(ND 29.8.)
- 19.9. Delegation der Volkskammer der DDR überreicht dem Präsidenten des westdeutschen Bundestages, Ehlers, Vorschläge für die Verständigung der beiden deutschen Parlamente:
1. Entsendung von Teilnehmern aus Ost- und Westdeutschland zu einer Viermächtekonferenz.
2. Bildung einer Prüfungskommission für freie gesamtdeutsche Wahlen.
- 1953 15.7. Ministerrat der DDR schlägt vor, eine Beratung der Vertreter beider Teile Deutschlands für die Vorbereitung der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands durch freie gesamtdeutsche Wahlen einzuberufen.
(ND 16.7.)
- 26.8. Volkskammer der DDR erklärt Bereitschaft, gemeinsam mit dem Bundestag eine provisorische gesamtdeutsche Regierung zu bilden, die sofort mit den Vorbereitungen für die Abhaltung allgemeiner freier Wahlen beginnen soll.
(ND 27.8.)

1954

- 49 -

30.1.

Regierung der DDR übergibt der Außenministerkonferenz in Berlin ein Memorandum zur Deutschlandfrage.

- I. Erfüllung des Potsdamer Abkommens auf dem Gebiet der DDR.
- II. Rechtsanspruch des deutschen Volkes auf Abschluß eines Friedensvertrages.
- III. Verletzung des Potsdamer Abkommens und Zerreißung Deutschlands durch die westlichen Besatzungsmächte und die deutschen Monopolisten.
- IV. Schritte der Regierung der DDR zur Herbeiführung der Verständigung zwischen Ost- und Westdeutschland und Verhinderung der Verständigung durch die Adenauer-Regierung.
- V. Verträge von Bonn und Paris sind mit Wiedervereinigung Deutschlands unvereinbar.
- VI. Das deutsche Volk fordert demokratischen Friedensvertrag.
- VII. Weg zur friedlichen Wiedervereinigung auf demokratischer Grundlage.
Deutsche ohne Bindung an Militärpakte.
Verständigung über die Bildung einer gesamtdeutschen provisorischen Regierung.
Hauptaufgabe:
Vorbereitung und Durchführung allgemeiner, freier, geheimer, demokratischer Wahlen
ohne ausländische Einmischung und Kontrolle.
- VIII. Vorschläge der Regierung der DDR:
 1. Noch 1954 Friedenskonferenz unter Teilnahme von Vertretern der Provisorischen Regierung.
Deutschland an keine Militärpakte gebunden; Annullierung der Verträge von Bonn und Paris.
 2. Provisorische Regierung - Wahlvorbereitungen.
 3. Spätestens ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages Abzug der Besatzungstruppen.
 4. Bis zum Abschluß des Vertrages keine deutschen Streitkräfte.
 5. Deutsche Staatsbürger dürfen keinen Dienst tun in ausländischen militärischen oder halb-militärischen Einrichtungen.
 6. In Deutschland dürfen keine Massenvernichtungswaffen entwickelt, hergestellt oder stationiert werden.
 7. Sofortige Erleichterung der wirtschaftlichen Lage (Senkung der Besatzungskosten)

(ND 31.1.)

1954 30.3.-6.4. IV. Parteitag der SED

Dokument: Der Weg zur Lösung der Lebensfrage
der deutschen Nation.

Walter Ulbricht - Rechenschaftsbericht des
ZK: Die Pläne des amerikanisch-englischen
Militärblocks sind Haupthindernis für Wie-
dervereinigung, deshalb Konzentrierung
aller Kräfte auf die Entfaltung des Volks-
kampfes gegen das Wiederaufstehen des
deutschen Militarismus.

27.6.-29.6. Volksbefragung in der DDR und im demokratischen
Sektor von Berlin: Friedensvertrag und Abzug
aller Besatzungstruppen.

18.9. Volksskammer der DDR macht Bundestag Vorschläge
für gesamtdeutsche Verhandlungen über kollektive
Sicherheit in Europa und Abschluß eines Frie-
densvertrages mit Deutschland.

Vertreter beider Parlamente sollen gemein-
samen Standpunkt zur Lösung der Lebensfragen
ausarbeiten.

- a) Gewährleistung des Friedens und der
Sicherheit des Friedens in Europa.
- b) Friedensvertrag mit Deutschland, Wieder-
herstellung der Souveränität.
- c) Unterstützung der Einberufung der Außen-
ministerkonferenz der vier Großmächte.
- d) Gemeinsame Verpflichtung, keinem Militär-
abkommen beizutreten.
- e) Schritte zur Unterstützung der Bemühungen
für ein Verbot der Atom- und anderer
Vernichtungswaffen, keine Herstellung,
keine Stationierung.
- f) Standpunkt zur Verhinderung der Wieder-
aufrüstung Deutschlands, Verhandlungen
über Stärke, Bewaffnung und Standorte
der Polizeikräfte.
Innerdeutsche Fragen: Handel, Kultur,
gemeinsame Währung.

(ND 19.9.)

1955 18.2. Volksskammer schlägt Bundestag den Austausch
von Delegationen zur Aussprache über die Vor-
bereitung gesamtdeutscher Wahlen vor.

(ND 20.2.)

2.3. Proklamation an das deutsche Volk:

Vorschlag: Volksbefragung: Sind Sie für
friedliche Wiedervereinigung Deutschlands
durch freie gesamtdeutsche Wahlen im Jahre
1955 und für das in der Fra kfurter Pauls-
kirche angenommene Deutsche Manifest oder
für die Pariser Verträge?

1955

5.11. Beobachterdelegation der DDR in Genf auf der Außenministerkonferenz betont, daß freie Wahlen in ganz Deutschland erst nach der Demokratisierung und Entmilitarisierung der Bundesrepublik durchgeführt werden können.

Ein von Außenministern der Westmächte am 4.11. unterbreiteter Vorschlag seitens der 4 Mächte, ein deutsches Wahlgesetz auszuarbeiten und gesamtdeutsche Wahlen unter Kontrolle der 4 Mächte durchzuführen, ist ein neuer Versuch, die Pariser Verträge auf ganz Deutschland auszudehnen. Vorschlag: Bildung eines Gesamtdeutschen Rates -, Annäherung -, Wiedervereinigung.

(ND 6.11.)

1956

29.5. 13. Sitzung der Volkskammer der DDR - Regierungs-
erklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl:
8 Vorschläge zur innerdeutschen Entspannung.

1. Beide Staaten verpflichten sich, die Wehrpflicht nicht einzuführen, Vereinbarung über Begrenzung der Streitmächte.
2. Beide Regierungen für Verbot der Stationierung von Atomkanonen u.a. Atomwaffen auf deutschem Boden.
3. Regierungen beider deutscher Staaten und Magistrat von Groß-Berlin sowie Westberliner Senat erheben Einspruch gegen die Einschränkung der Souveränität wie sie die Existenz von Spionagezentralen ausländischer Mächte auf Westberliner Boden ist.
4. Einstellung der Verfolgung antimilitaristischer demokratischer und der Völkerfreundschaft dienender Organisationen in Westdeutschland und Westberlin.
5. Verbot der Tätigkeit militaristischer Verbände und neofaschistischer Organisationen in der Bundesrepublik und Westberlin, Reinigung des administrativen und Gerichtsapparates von nazistischen und antisemitischen Elementen.
6. Regierungen in beiden Teilen Deutschlands, gleiche Gesetze zum Schutze der Anhänger des Friedens und Strafbestimmungen gegen Kriegshetze, Rassen- und Völkerhetze.
7. Beide Regierungen erklären Bereitschaft zu handelsökonomischer, kultureller und wissenschaftlicher Zusammenarbeit.
8. Förderung der persönlichen Kontakte der Mitglieder der Volksvertretungen, Austausch von Parlamentsdelegationen.

(ND 30.5.)

1957 30.1.-1.2. 30. Tagung des ZK der SED in Berlin, Walter Ulbricht schlägt Bildung einer Konföderation beider deutscher Staaten als einzigen realen Weg zur Wiedervereinigung vor.

Referat Ulbricht: Wiedervereinigung nicht real, wenn dadurch die Macht des westdeutschen Monopolkapitals und der Militaristen auf ganz Deutschland ausgedehnt würde.

Die Wiedervereinigung kann unter den gegenwärtigen Bedingungen nur ein Ergebnis des erfolgreichen Kampfes der friedliebenden demokratischen Kräfte gegen die reaktionären militärischen Kräfte und gegen das deutsche Monopolkapital erreicht werden.

Lösung nicht durch Verhandlungen der 4 Mächte, sondern Sache des deutschen Volkes.

Wenn in Westdeutschland durch die Niederlage der Adenauer CDU und der Stärkung des Aktionswillens der Arbeiterklasse eine neue Lage geschaffen würde, dann möglich, zu einer Vereinbarung beider deutscher Regierungen zu kommen über den feierlichen Verzicht auf gegenseitige Gewaltanwendung, Wahl eines Ständigen Ausschusses aus Vertretern beider deutscher Staaten, der über Maßnahmen zur innerdeutschen Entspannung berät. Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und anderer militärischer Gruppierungen, Teilnahme beider deutscher Staaten an europäischen Sicherheitssystemen (Zone der verminderten Rüstung). Liquidierung der Herrschaft der Monopole, Verzicht auf Politik der Remilitarisierung und Refaschisierung, Verzicht auf Teilnahme an aggressiven Militärbündnissen, Arbeiterklasse im Bündnis mit den Mittelschichten und Kreisen des Nationalen Bürgertums muß Fundament schaffen: Aufhebung des Betriebsverfassungsgesetzes, Beseitigung der Vorrechte der Großgrundbesitzer, Volksabstimmung über die Überführung der Schlüsselindustrie in Volkseigentum, demokratische Bodenreform (Besitz über 100 Hektar) und Schulreform. Gesamtdeutscher Rat - paritätisch aus Vertretern beider deutscher Staaten zusammengesetzt - Funktionen einer Regierung der Konföderation (Staatenbund aus beiden deutschen Staaten): Ausarbeitung von Maßnahmen zur Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung.

(ND 3.2.)

1957 30.4. Note der Regierung der DDR an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik gegen Stationierung von Atomwaffen in Westdeutschland und Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen, Bereitschafts-
erklärung der DDR, auf atomare Aufrüstung zu verzichten.

(ND 1.5.)

27.7. Grundsätzliche Erklärung der Regierung der DDR: der Weg der Deutschen Nation zur Sicherung des Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands.

Der Anfang einer deutschen Konföderation wäre ein Abkommen zwischen DDR und BRD über die Durchführung einer gemeinsamen Politik in bestimmten Fragen.

1. Verbot der Lagerung und Herstellung von Atombomben und Atomwaffen auf deutschem Boden.
2. Ausscheiden beider deutscher Staaten aus NATO und Warschauer Vertrag, Aufhebung der Wehrpflicht und Vereinbarung über die beiderseitige Truppenstärke.
3. Ersuchen an die 4 Mächte auf baldige schrittweise Zurückziehung ihrer Truppen aus Deutschland.

(ND 28.7.)

11.12. Volkskammerappell an Bundestag: Atom- und raketenwaffenfreie Zone in Europa.

1. Keine Stationierung und Lagerung von Atombomben und dazugehörigen Raketenwaffen dritter Mächte auf ihren Territorien zuzulassen.
2. Keine Atombomben oder Raketen selbst herzustellen oder zu erwerben.
3. Streitkräfte nicht mit Atomwaffen und Raketen auszurüsten.
4. Verhandlungen der Bundesrepublik mit den Stationierungsmächten wegen Abtransport der Massenvernichtungswaffen.

(ND 12.12.)

1958 10.-16.7. V. Parteitag der SED in Berlin. Walter Ulbricht unterbreitet Grundsätze für einen deutschen Friedensvertrag.

"Die Interessen des Friedens wie auch der deutschen Wiedervereinigung erfordern es insbesondere, daß sich SPD und DGB von den Bindungen an das Adenauer-Regime und der einseitigen Orientierung auf den kapitalistischen und imperialistischen Teil der Welt lösen und zur Herstellung normaler Beziehungen zur DDR und dem Lager des Sozialismus bereit sind."

1958 10.-16.7.

Vorschläge:

1. Öffentlicher Meinungsaustausch über die Annäherung.
2. Beratung der innerdeutschen Fragen auf Regierungsebene.
3. Beratungen zwischen Vertretern des ZK der SED und des Parteivorstandes der SPD über den Weg zur Konföderation beider deutscher Staaten.

- 4.9. Neue Initiative der Regierung der DDR zur Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland. Not an die 4 Mächte: Vorschlag: Bildung einer 4-Mächte-Kommission zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland. Vorschlag an Bonner Regierung: Kommission von Vertretern beider deutscher Staaten soll deutschen Standpunkt erarbeiten. (ND 6.9.)

- 1.12. Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland stimmt den konstruktiven Vorschlägen der UdSSR zur Beseitigung der anomalen Lage Westberlins zu. (Westberlin-Status einer entmilitarisierten Freien Stadt). Referat Bolz: "Der Kern der Deutschlandfrage ist nach wie vor die Sicherung des Friedens". "Wer die Berlinfrage friedlich löst, tut einen entscheidenden Schritt zur friedlichen Lösung der deutschen Frage." (ND 2.12.)

1959

- 21.1. Walter Ulbricht - Regierungserklärung: Regierung der DDR stimmt sowjetischem Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland (vom 10.1.59) grundsätzlich zu, ist bereit, an Friedenskonferenz mit evtl. vorherigen Beratungen teilzunehmen, ist bereit, mit Adenauer-Regierung über Friedensvertrag zu verhandeln. Aufruf zur Teilnahme der westdeutschen Bevölkerung an Aussprache über Friedensvertrag. (ND 22.1.)

- 9.4. Brief des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Bundeskanzler Konrad Adenauer im Namen der Regierung der DDR. Forderung nach Verhandlungen zwischen Vertretern beider deutscher Staaten, um einen gemeinsamen Standpunkt für Friedensverhandlungen noch vor der Genfer Außenministerkonferenz zu erarbeiten. (ND 10.4.)

- 22.-23.5. 5. Tagung des ZK der SED - Vorschlag Walter Ulbrichts: Nichtangriffspakt zwischen BRD und DDR. (Wiederholung durch Außenminister Bolz am 5.6. vor Genfer Konferenz).

1960

- 21.1. Brief Walter Ulbrichts an Konrad Adenauer als Vorsitzendem der CDU/CSU Die friedliche Lösung der deutschen Frage,

- 1960
- 21.1. das ist die größte nationale Aufgabe, die vor dem deutschen Volk steht.
Das Angebot eines Gewaltverzichtes wird erneuert und seine Dringlichkeit betont.
- 17.4. Offener Brief des ZK der SED mit dem "Deutschlandplan des Volkes" an die Arbeiterschaft Westdeutschlands.
Wiedervereinigung zu einem friedliebenden demokratischen Staat auf dem Wege der deutschen Konföderation.
- 15.9. Denkschrift der Regierung der DDR an die 15. Tagung der UNO-Vollversammlung für Abrüstungsfragen.
Vorschläge für eine allgemeine und vollständige Abrüstung beider deutscher Staaten in 3 Etappen.
- I. Etappe (1960/61):
1. Beide deutsche Staaten verzichten auf Gewaltanwendung gegeneinander und gegenüber dritten Staaten.
 2. Beide deutsche Staaten vereinbaren Rüstungsstopp.
 3. Beide deutsche Staaten verzichten auf Atomrüstung. Verpflichtung: keine Kern- und Raketenwaffen herzustellen. Die Stationierung weiterer ausländischer Atomwaffen wird sofort eingestellt.
 4. Beide deutsche Staaten verpflichten sich, keine biologischen und chemischen Waffen herzustellen.
 5. Beide deutsche Staaten unterbinden auf ihrem Territorium jede Kriegspropaganda.
 6. Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte freie Stadt.
- II. Etappe (1962):
1. Beide deutsche Staaten verringern Rüstung und Streitkräfte, Herabsetzung der Militärausgaben, Vereinbarung der Standorte der verbleibenden Streitkräfte.
 2. Verzicht auf die Wehrpflicht - Gesetz über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Westberlin wird aufgehoben.
 3. Abzug aller ausländischen Besatzungstruppen und Beseitigung ihrer Stützpunkte und Depots.
 4. Vernichtung der im Besitz der deutschen Streitkräfte befindlichen Raketenwaffen.
- III. Etappe (1963/64):
1. Auflösung der Streitkräfte beider deutscher Staaten.
 2. Polizeikräfte zur Gewährleistung der inneren Ordnung, deren Stärke, Ausrüstung und Standort muß vereinbart werden.
 3. Produktion für militärische Zwecke wird in beiden deutschen Staaten beendet.
 4. Auflösung der militärischen Institutionen.

1960 15.9.

5. Beide deutsche Staaten lösen Zugehörigkeit zu militärischen Pakten (NATO, Warschauer Vertrag). Beide deutsche Staaten erklären ihre Neutralität, die von den Hauptmächten der Anti-Hitler-Koalition oder von den Vereinten Nationen garantiert wird.

Beide deutsche Staaten verpflichten sich, nach Erzielung eines internationalen Abkommens über die allgemeine und vollständige Abrüstung, diesem Abkommen beizutreten.

"Die Wiedervereinigung Deutschlands ist Sache des deutschen Volkes selbst und seiner beiden Staaten. Aber die Wiedervereinigung setzt die Abrüstung und den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten voraus."

(ND 16.9.)

15.-17.12.

11. Tagung des ZK der SED

Walter Ulbricht - Vorschlag an Bonner Regierung:

1. Frieden für 10 Jahre und Verzicht auf gegenseitige Gewaltanwendung in dieser Zeit.
2. Einstellung jeder Kriegspropaganda und Rüstungsstopp.
3. Beide deutsche Staaten treten für Nichtangriffspakt zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO-Staaten ein.

(ND 18.1.2)

1961

- 6.7. Volkskammer verabschiedet Deutschen Friedensplan:
unterbreitet ihn Bonner Regierung, Bonner Bundestag und dem ganzen deutschen Volk.

Bildung einer deutschen Friedenskommission aus Vertretern der Parlamente und Regierungen beider deutscher Staaten zur Ausarbeitung:

1. Deutsche Vorschläge für einen Friedensvertrag (Abrüstung)
2. Abkommen des guten Willens zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen beiden Staaten.

Friedensvertrag regelt den Status Westberlins als neutrale Freie Stadt.

Deutsche Konföderation ist einziger realer Weg zur Wiedervereinigung auf der Grundlage friedlicher Koexistenz.

(ND 7.7.67)

20.9.

Memorandum der Regierung der DDR an die 16. UNO-Vollversammlung:

Bereitschaft der DDR, sich einem internationalen Abkommen über allgemeine und vollständige Abrüstung anzuschließen, fordert, sofort mit der allgemeinen vollständigen Abrüstung in Deutschland zu beginnen.

(ND 28.9.)

1961 23.-26.11. 14. Tagung des ZK der SED

ZK empfiehlt Regierung: Neue Vorschläge an Bonn für ein Minimum an Maßnahmen zur Sicherung des Friedens, der friedlichen Koexistenz und der Entwicklung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

1. Beide deutsche Staaten verpflichten sich gegenseitig, die Souveränität auf ihrem Hoheitsgebiet zu achten. Markierung der Grenzen.
2. Verhandlungen über Friedensvertrag zwischen beiden deutschen Staaten.
3. Verzicht auf atomare Ausrüstung und Produktion von Atomwaffen.
4. Beide deutsche Staaten unterstützen Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Staaten des Warschauer Paktes und der NATO.
Beide deutsche Staaten betreiben Aufnahme in die UNO.
5. Vertreter beider deutscher Staaten beginnen mit Verhandlungen über die Gestaltung ihrer Beziehungen im Sinne einer Konföderation (konkrete Beziehungen zwischen den Regierungen, Anerkennung der beiderseitigen Reisepässe, Handelsvertrag)

(ND 26.11.)

1962

24.3.

Kommunique der 15. Tagung des ZK der SED veröffentlicht (21.-22.3 Tag des ZK)
Punkt IV des Referates von W. Ulbricht: Westberlinfrage.

Das Dokument "Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands" wurde als Entwurf für die Beratung des Nationalrates der Nationalen Front einstimmig bestätigt.

25.3.

11. Tagung des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland übergibt nach Referat Walter Ulbrichts der Bevölkerung der DDR das Dokument: "Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands".

28.3.

Regierung der DDR unterbreitet 18 Staaten-Ab-rüstungsausschuß der UNO Memorandum:

Unterstützung der Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen, den Kreis der Atomwaffen besitzenden Staaten nicht zu erweitern, Einverständnis mit den Vorschlägen der Regierung der Volksrepublik Polen über die Bildung einer kernwaffenfreien Zone (Polen, CSSR, DDR, BRD). "Im Interesse des deutschen Volkes an der Sicherung des Friedens würde es die Regierung der DDR außerordentlich begrüßen, wenn eine kernwaffenfreie Zone nicht nur aus Staaten Mitteleuropas, sondern auch Nordeuropas gebildet würde."

1962 28.3.

Allgemeine und vollständige Abrüstung in beiden deutschen Staaten und ihre militärische Neutralität ist erstrebenswerte Lösung. Zusätzlich zur kernwaffenfreien Zone Rüstungsstopp und Verminderung der Streitkräfte und ihrer Bewaffnung. Kontrolle der Abrüstung auf Gebiet der Kernwaffen und konventionellen Streitkräfte durch paritätisch zusammengesetzte Kommissionen aus Vertretern der Staaten des Warschauer Vertrages und der Staaten der Nordamerikanischen Verteidigungsorganisation, Kontrollausschüsse in jedem der beiden deutschen Staaten (Vertreter des Parlamentes und der gesellschaftlichen Organisationen - Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen).

(ND 29.3.)

16.-17.6. Nationalkongreß in Berlin beschließt das nationale Dokument.

(ND 18.6.)

1963 15.-21.1. VI. Parteitag der SED in Berlin. Walter Ulbricht unterbreitet der Regierung Westdeutschlands ein 7-Punkte-Programm der Vernunft und des guten Willens.

1. Respektierung der Existenz des anderen deutschen Staates, Verzicht auf Gewaltanwendung.
2. Anerkennung der Grenzen und Verzicht auf Revision.
3. Verzicht auf Erwerb, Herstellung und Erprobung von Kernwaffen.
4. Gegenseitige Anerkennung der Reisepässe zur Normalisierung des Reiseverkehrs.
5. Rüstungsstopp in beiden deutschen Staaten und Abrüstung.
6. Herstellung normaler sportlicher und kultureller Beziehungen, Verzicht auf jegliche Diskriminierung von Bürgern des anderen Staates.
7. Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den Regierungen.

Ziel: Koexistenz, Herstellung normaler Verhältnisse zwischen beiden deutschen Staaten, Friedensvertrag, Konföderation.
Zurückdrängung des Militarismus.

(ND 24.1.)

17.12. Pausierscheinabkommen wird als Erfolg der Vernunft und des guten Willens gewertet. Besuche ab 20.12.

(ND 18.12.)

1964 6.1. Walter Ulbricht unterbreitet Bundeskanzler Ludwig Erhard den Entwurf eines Vertrages zwischen den Regierungen der DDR und BRD über den umfassenden Verzicht auf Kernwaffen.

(ND 16.1.)

3.2. Delegation unter Leitung des stellvertretenden Außenministers der DDR, Georg Stibi, übergibt

1964

3.2.

dem Kopräsidenten des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses in Genf Erklärung der DDR mit Vertragsentwurf zwischen DDR und BRD (vom 6.1.) über umfassenden Verzicht auf Kernwaffen. Bitte der Vollversammlung der Vereinten Nationen den Vorschlag zu unterbreiten, allen kernwaffenbesitzenden Staaten zu empfehlen, ihre Kernwaffen schrittweise von deutschem Boden zurückzuziehen und Verpflichtung zu übernehmen, beide deutsche Staaten als dauernd kernwaffenfreie Gebiete zu achten.

(ND 4.2.)

26.5. Brief Walter Ulbrichts an Ludwig Erhard - Vorschlag ähnlich wie vom Januar.

31.7. Brief Albert Nordens (vom Präsidium des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland) an die Bevölkerung der BRD.

24.9. Passierschein-Übereinkunft unterzeichnet.

1965

Erklärung der Regierung der DDR zu Fragen der allgemeinen und vollständigen Abrüstung an die Mitgliedstaaten der UNO (XIX. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen).

(ND 31.1.)

5.5. Manifest an das Deutsche Volk und an die Völker der Regierungen der Welt.

... "Denn ganz Berlin gehört seit seiner Eroberung und Befreiung durch die Armee der Sowjetunion und auf Grund der Vereinbarungen der 4 Mächte zur Sowjetischen Besatzungszone, so daß heute auch Westberlin rechtens auf dem Territorium der DDR liegt. Und die Bereitschaft der DDR, Westberlin als besonderes Territorium anzusehen und seine eigenständige Entwicklung zu respektieren, ist eine große Konzession."

Die nationale Mission der DDR und der Friedenskräfte in Westdeutschland ist Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, W. Ulbricht, auf der 13. Sitzung der Volkskammer der DDR am 5.5.

Inhalt: Manifest.

Denkschrift des Friedensrates der DDR über die von Westdeutschland ausgehende Kriegsgefahr von der Delegation der DDR den Teilnehmern des Weltkongresses für Frieden, nationale Unabhängigkeit und allgemeine Abrüstung in Helsinki überreicht.

(Dokumentation der Zeit H.340,46)

Erklärung der Regierung der DDR an den 18-Staaten-Abrüstungsausschuß in Genf.

DDR-Vorschlag:

1. Beide deutsche Staaten verzichten auf die Produktion, den Erwerb und die Anwendung von Kernwaffen sowie auf Erlangung der Verfügungsgewalt über sie in jedweder Form.
 2. Rüstungsstopp vereinbaren
- DDR ab sofort zu Verhandlungen bereit

1965

- 70 -

Vorschlag: Beide deutsche Staaten treten einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa bei.
(PD 11.8.)

Ausschuß für deutsche Einheit übergab der internationalen Presse am 30.8.65 Dokumente

"Vorschläge für demokratische Veränderungen in Westdeutschland"

Aufgabe der Revanchepolitik.

Verzicht auf Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen.

Anerkennung der bestehenden Realitäten - Verzicht auf Herausforderungen, Achtung der Gleichberechtigung aller Staaten.

Abrüstung und Entspannung (vgl.):

Verzicht auf Kernwaffenproduktion, kein Erwerb von Kernwaffen oder diesbezüglichen Produktions- und Forschungsunterlagen.

Verzicht auf Verfügungsgewalt über Kernwaffen, keine Beteiligung an Versuchen mit Kernwaffen, keine Kernwaffen zum Einsatz zu bringen (selbst oder durch Dritte).

Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten:

Verhandlungen über die Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und zwischen DDR und Westberlin.

Beseitigung der Diskriminierung im Handel - Abschluß eines Vertrages über gegenseitige Errichtung von Handelsvertretungen.

Bildung gemeinsamer Kommissionen zur Einleitung und Entwicklung einer sachlichen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels, der Kultur, der Wissenschaft und der Technik, des Bildungswesens, der Rechtshilfe, des Personen-, Güter- und Geldverkehrs sowie des Sports.

Bildung eines Deutschen Rates, der sich paritätisch aus Vertretern der Parlamente zusammensetzt, gemeinsame Beratungen der Regierungen beider deutscher Staaten über einen Vorschlag zur Vorbereitung eines Friedensvertrages, über Konföderation - Weg zur Wiedervereinigung.

Wirtschaft

Demokratisierung besonders dringlich, weil die unumschränkte Herrschaft der Monopole die ökonomische Grundlage für die zunehmende Aggressivität des westdeutschen Imperialismus für Revanchismus und hektisches Streben nach Atomwaffen ist. Mitbestimmung im Betrieb.

Staatseigene Unternehmen und Unternehmen der kommunalen Wirtschaft müßten zu Instrumenten für die Demokratisierung des westdeutschen Wirtschaftslebens werden, gerechtere Vermögensverteilung.

Neuordnung des westdeutschen Bergbaus.

Veränderungen in Sozialversicherung, Gesundheitswesen und Arbeitsschutz.

Bäuerliche Gemeinschaften.

- 71 -

1965

5.5.

Staat und Recht

- 71 -

Zulassung von Volksbefragungen und Volksentscheiden als Formen der politischen Willensäußerung des Volkes. Streichung der 5-Prozent-Klausel aus dem Wahlgesetz - Einführung des Verhältniswahlrechtes, gegenwärtiges Vereins- und Versammlungsgesetz muß außer Kraft gesetzt werden, Streik- und Koalitionsrecht, volle Bestätigungsfreiheit der Gewerkschaften u.a. Organisationen zu gewährleisten. Nazi-Juristen müssen aus Gesetzgebung und Justiz entfernt werden.

(Dokumentation der Zeit 343/19 ff)

1966

- 22.1. Vorschlag der Regierung der DDR an die Regierung aller europäischen Staaten über die Gewährleistung der europäischen Sicherheit.

(ND 23.1.)

- 7.2. Offener Brief des ZK der SED an die Delegation des Dortmunder Parteitages der SPD

Welche Vorstellungen hat SPD von Vorbereitung und vom Inhalt des Friedensvertrages?

Vorschlag 1966 Gremium für die offene Aussprache, zuvor Zusammenkunft von Vertretern der SED und der SPD

(Dokumentation der Zeit
353/20-22)

- 20.2. Offener Brief des ZK der SED an die Delegation des SPD-Parteitages.

- 28.2. Schreiben des Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht an Generalsekretär U Thant:

Antrag der DDR auf Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen.

Erklärung der Regierung der DDR an den 18-Staaten-Abrüstungsausschuß in Genf.

(ND 9.2.)

- 7.3. 4. Passierscheinabkommen zwischen Regierung der DDR und Senat von Westberlin unterzeichnet. Antwort des ZK der SED auf die "Offene Antwort" des Parteivorstandes der SPD vom 19.3.

- 19.3. Westberlin ist besonderes Gebiet unter Besatzungsg. auf dem Territorium der DDR.

(ND 26.3.)

Der in der Antwort des Parteivorstandes der SPD noch vertretene Alleinvertretungsanspruch der westdeutschen Bundesrepublik ist ein Element der Versteinerung der deutschen Spaltung. Wenn es zu einer Vereinbarung der deutschen Staaten kommen soll, dann müssen die Arbeiterparteien und -organisationen die Initiative ergreifen.

Vorschlag des Parteivorstandes der SPD: Gemeinsame Versammlungen in beiden deutschen Staaten, auf denen die beiderseitigen Standpunkte offen dargelegt werden können.

- 72 -

- 1966
- 19.3. Protesterklärung der Regierung der DDR an die Regierung der BRD
gegen evtl. strafrechtliche Verfolgung der Redner aus der DDR
(ND 11.5.)
- 26.5. Offener Brief des ZK der SED (3. Brief)
Um Frieden in Deutschland, zur Frage der Demokratie
(ND 29.5.)
- 1967
- 1.1. Walter Ulbricht macht in Neujahrsbotschaft 1967
Vorschläge für die nächsten Schritte: Direkte
Verhandlungen mit dem Ziel ordnungsgemäßer
Vereinbarungen:
Aufnahme normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Verzicht beider deutscher Staaten auf Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen.
Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen in Europa und beider deutscher Staaten. Herabsetzung der Rüstungsausgaben beider deutscher Staaten um die Hälfte. Verzicht beider deutscher Staaten auf Besitz, Verfügungsgewalt oder Beteiligung an Verfügungsgewalt an Kernwaffen in jeglicher Form. Bereitschaft zur Teilnahme an atomwaffenfreier Zone in Mitteleuropa, normale Beziehungen beider deutscher Staaten zu den anderen europäischen Staaten, Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zu beiden deutschen Staaten.
"Notwendig ist, daß die Bundesregierung, ausgehend von den Realitäten, ihre ebenso rechtswidrige unfriedliche Alleinvertretungsannaßung aufgibt."
- 10.5. Brief des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Willi Stoph an Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger am 11.5. im Bundeskanzleramt übergeben.
"Immer stärker wird die Erkenntnis, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten wesentlich zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa beitragen und die Lösung auch anderer europäischer Probleme erleichtern würde."
(ND 12.5.)
- 18.9. 2. Brief des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, an Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger.
Der Brief enthält Vorschläge für das friedliche Nebeneinander der beiden deutschen Staaten. Es ist ein Entwurf eines Vertrages über die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen der DDR und der BRD beigelegt.
In Artikel 2 des Vertragsentwurfes wird vorgeschlagen:

1967

18.9.

Die Regierung der DDR und die Regierung der BRD verpflichten sich zur Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa einschließlich der Oder-Neiße-Grenze und der Grenze zwischen der DDR und der BRD, Anerkennung Westberlins als eine selbständige politische Einheit, Anerkennung der Nichtigkeit des Münchner Abkommens, Verzicht beider deutscher Staaten, in irgendeiner Form Zugang zu Kernwaffen zu erlangen oder Kernwaffen auf ihrem Territorium zu lagern.

Stellungnahmen der CFK zur Deutschlandfrage

- 1958 Juni I. CFK Berichtsheft
 "Die Verantwortung und die Aufgaben der Christen in der heutigen internationalen Situation" (H. Iwand) Vortrag
 Der Vortrag war getragen vom Bewußtsein der deutschen Schuld den Nachbarn gegenüber und von der Dankbarkeit für die Liebe und Versöhnungsbereitschaft, die den Deutschen in der CFK entgegengebracht wurden.
- 1959 April II. CFK Berichtsheft
"Situation in der BRD" (H. Iwand) Vortrag
 Iwand warnt vor drei Illusionen:
 1. Daß die Aufrüstung der Deutschen Bundesrepublik und ihre Aufnahme in die NATO zur Wiedervereinigung führen könnten,
 2. daß die sozialistische Gesellschaftsordnung durch das Berliner Schaufenster zugrunde gehen könnte,
 3. daß den Besatzungsmächten die Verantwortung für die deutsche Zukunft überlassen werden könnte. Frieden würde für Deutschland den Verzicht auf die Ostseegebiete enthalten, wobei Verständnis und Entgegenkommen in den menschlichen Problemen, die dabei entstehen, von Seiten der östlichen Nachbarn erbittenswert sind.
- 1961 März "Der Friede und Deutschland" (Dr. I. Kadár)
 6 Thesen f. Arb. Gruppe
 1. Von Jesus Christus her haben Christen besondere Verantwortung für Kirchen in der ganzen Welt.
 2. Besondere Verantwortung zur Zeit mit Deutschland, weil in 2 Staaten getrennt und sein Schicksal mit der Zukunft Europas und des Problems des Friedens zusammenhängt.
 3. Besorgnis wegen Erhärtung der Fronten in Deutschland und Weiterbestehen der Wurzeln der Nazis mit ihren Äußerungen bis zur Notwendigkeit einer Erklärung eines neuen Krieges.
 4. Auch der EKD ist es nicht gelungen, Versöhnung und Antimilitarismus zu verbreiten.
 5. In der DDR werden Voraussetzungen für totale Abkehr vom Faschismus geschaffen; aber nötig und heilsam für die ganze Welt wäre die Konföderation beider deutscher Staaten als atomwaffenfreie Zone im Herzen Europas.
 6. Seine Aufgabe für die Welt kann Deutschland nur unter Verzicht auf Aggression und Kalten Krieg erfüllen.
- Juni I. ACFV Berichtsheft
"Der Friede und das Deutschlandproblem" (Arbeitsbericht)

1961.

Juni

Der Bericht sondierte in 5 Punkten die Situation, um dann im letzten, 6. Punkt die Aufgabe der Kirche zu beschreiben. Bei der Situation sah man zuerst die Vergangenheit mit Schuld und Buße in Deutschland an. Durch die Zugehörigkeit zu zwei verschiedenen ideologischen Machtblöcken liegt Deutschland im Spannungsfeld von Angst und Mythos vor der jeweils anderen Seite. Durch einen Friedensvertrag könnten die Besorgnisse der unmittelbaren Nachbarn Deutschlands zum größten Teil beseitigt werden, da er zur Entspannung führt, sein Fehlen aber Revanchismus und Revisionismus begünstigt. Die Teilung Deutschlands beinhaltet die Aufgabe, die gegenseitige Verbindung auszubauen und der Vergiftung und Verteufelung zu wehren. Von dem Wissen um die Macht der Versöhnung durch Gott habe die Kirche die Aufgabe, auch Versöhnung zwischenstaatlich zu loben und durch Gespräche zwischen den Teilen Deutschlands Mut zu machen zu einem vertrauensvollen friedlichen Zusammenleben der Völker.

Juni I. ACFV

"CFK" 4, S. 90 f

Diskussion: Neben schon Gesagtem wurde betont. neuer Nachdruck auf den Rapacki-Plan in irgendeiner Form; neuer Nachdruck auf die Friedensinitiative der DDR; Forderung nach Friedensvertrag.

1963

März

"CFK" 4, S. 92f

Richtlinien auf Grund der Empfehlungen der Kommission "Friede und Deutschlandfrage" in ~~Memorandum~~ dem Arbeitsausschuß überreicht."

Die Deutschlandfrage ist unter drei Gesichtspunkten zu behandeln:

1. Theol. Voraussetzungen und Strukturen
2. Polit. Konkretisierung
3. Adresse der Prager Aussage

Zu 1) Es wurden die bekannten Begriffe von Schuld und Buße und von Angst angeführt. Neu hinzu kam die Natürliche Theologie mit ihren Aussagen über Kultur, Menschenrechte, Heimat ~~und~~ die Gefahren in sich bergen.

Zu 2) Neue Schritte sollen begangen werden im Verhältnis Deutschlands zu sich selber, zu seinen Nachbarn und zu den Großmächten.

Zu 3) Als Adressaten wurden die Kirchen mit Leitung und Gemeinden und verantwortliche Politiker genannt

März

"CFK" 4, 83 ff

"Memorandum zur Deutschlandfrage" (J.L. Hromádka)
AA. Dresden

Es sind betont eigene Ansichten des Verfassers. Daß die deutsche Frage immer schwieriger wird, beweisen viele Fakten auf kirchlicher und

1963

März

politischer Ebene. Hauptgründe dafür sind: Die Sieger von 1945 besetzten Deutschland in gegenseitigem tiefen Mißtrauen. Aus Westdeutschland wurde ein Brückenkopf im wirtschaftlichen, militärischen und diplomatischen Kampf gegen Osteuropa gemacht. Die gegenwärtige Situation ist nur aus der Geschichte zu verstehen, es muß aber auch positive Ansätze in der Geschichte geben. Auch die Bekennende Kirche muß nicht automatisch eine positive Ansatzmöglichkeit in der Gegenwart sein. Deutschland selber muß zu einem konstruktiven Mitgestalter der friedlichen Koexistenz zwischen den heutigen internationalen Lagern werden. Die Teilung und Verfestigung der Teile Deutschlands gehe auf Rechnung der BRD, wobei die Remilitarisierung die entscheidendste Rolle spiele. Was ist nun zu tun? Je länger die Spaltung besteht, umso größer werden die Spannungen. Ein Krieg ist keine Lösungsmöglichkeit, sondern nur das friedliche Zusammenleben wäre positiv. Dabei wäre nötig:

Gewaltverzicht

Anerkennung der Grenzen zwischen den beiden Staaten

Anerkennung der Grenzen nach außen

Kernwaffenverzicht

Abrüstungsvereinbarungen

normale Kultur-, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen

"Thesen der DDR-Studiengruppe "Friede und Deutschland"

1. Friede ist nicht unser Rechtsanspruch, sondern unsere Aufgabe.
2. Friede wird gehalten aus Einsicht in Fehler der Vergangenheit und durch Entwickeln neuer Konzeptionen unter Berücksichtigung von zwei deutschen Staaten.
3. Die politische Neutralität der Kirche muß mit politischer Verantwortung gekoppelt sein.

Mai 8.

"CFK" 4, S. 95 f

An die Leitungen der protestantischen Landeskirchen und Freikirchen in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik"

(AA. Dresden)

Es darf kein 3. Weltkrieg von deutschem Boden ausgehen. Die Kirchen sollen aufklären, daß durch Gewalt oder Drohung keine Wiedervereinigung erzwungen werden kann. Es sollen Wege des friedlichen Miteinanders gegangen werden. Zu den östlichen Nachbarn muß ein klares Verhältnis gefunden werden. Die Großmächte sollten die beiden Teile Deutschlands aus ihren gegenwärtigen Bündnissen freigeben.

1963

Mai 8.

- 77 -

"CFK" 4, 96 ff

"An die Präsidenten des Deutschen Bundestages und
der Volkskammer in der DDR" (AA. Dresden)
Inhalt siehe vorstehend.

Juni

"CFK" 5/6, S. 119 ff

"Leben heißt heute zusammenleben" (Resolution der
BAFA, Prag Juni 63)

Unter dem Stichwort "Internationale Spannungs-
herde" weist die Resolution auf die Gefährdung
der Sicherheit in der Welt durch Probleme in
Nahen Osten und in Europa. Hier ist es besonders
die immer noch ungelöste Frage des Friedensver-
trages mit den beiden deutschen Staaten und die
Frage des internationalen Status von Westberlin,
die dringend eine geduldige aber unaufschiebbare
Lösung auf dem Verhandlungswege sowohl zwischen
den Weltmächten als auch zwischen den Regie-
rungen der beiden deutschen Staaten bzw.
der Regierung der DDR und dem Senat von West-
berlin erfordern.

1964 Januar

"CFK" 8, S. 175 ff

"Die Deutschlandfrage in Prag" (W. Schweitzer)

Deutschland ist als europäisches Problem zu
sehen. Fehler aus der Vergangenheit dürfen nicht
wiederholt werden. Die Stellung des deutschen
Volkes zu seinen Nachbarn im Osten und das
Problem seiner Teilung hängen eng miteinander
zusammen. Wiedervereinigung ohne Willen der
östlichen Nachbarn wäre eine Bedrohung derselben.
Die Verantwortung für Deutschland tragen die
Alliierten und die Deutschen gemeinsam. Evtl.
Verzicht auf Wiedervereinigung wäre das Opfer,
das unser Volk für den Frieden in Europa
bringen muß. Die Nichtanerkennung der DDR
blockiert - neben anderem - auch die völlige Aus-
söhnung mit den Nachbarn im Osten, ohne die eine
Wiedervereinigung undenkbar ist. Aufgabe der
CFK ist die Bekämpfung der Angst voreinander
innerhalb Deutschlands.

Juli

II. ACFV

Berichtsheft

Bericht der Kommission "Friede und Deutschlandfrage"

Versöhnung nach Erkenntnis der Schuld und Buße. Der
Kalte Krieg ist abzubauen. Kaum bestände irgendwo
bei den Nachbarvölkern oder in der Welt die Neigung,
die Wiedervereinigung Deutschlands im politischen
Sinne zu fördern. Unterschiedlicher Meinung war
man über die Frage der Verantwortung für Deutsch-
land. Realer als Wiedervereinigung sei Mensch-
lichkeit. An Vorschlägen waren die wichtigsten:
Verbot von Atomwaffen und Verzicht auf dieselben
auf deutschem Gebiet, Anerkennung der Oder-Neiße-
Grenze, Abzug aller fremden Truppen sowie
Behandlung der deutschen Frage in der UNO.

Äußerungen evangelischer Kirchen in Deutschland zur
Deutschen Frage
1947 - 1961

- 27.3.1947 Kanzelerklärung des Rates der EKID zur Friedenskonferenz in Moskau.
Es wird die Hoffnung auf Rückerstattung des deutschen Landes, auf Beseitigung der Zonengrenzen und auf eine deutsche Obrigkeit ausgesprochen, die in eigener Verantwortung dem Chaos wehren und den Frieden erhalten soll.
- 8.8.1947 Wort des Bruderrates der EKID zum politischen Weg unseres Volkes.
Das Wort ist getragen von den theologischen Begriffen Buße und Versöhnung.
- 4.12.1947 Schreiben der Evangelischen Kirchenleitung Berlin-Brandenburg an den Kontrollrat für Deutschland.
Anlaß: Außenministerkonferenz in London
Ein dauerhafter Friede ist in der Welt nur möglich, wenn die deutsche Frage geregelt wird. Es wird vor einer unerträglichen Grenzziehung im Osten und im Westen, vor der Zerreißung Deutschlands und vor einem Weg, der verhindert, daß die Deutschen wieder ein freies Volk werden, gewarnt. Man sieht die Gefahr der wirtschaftlichen Verblendung und der gegenseitigen politischen Diffamierung heraufziehen.
- 10.3.1948 Wort christlicher Kirchen in Deutschland für einen gerechten Frieden und gegen die Zerreißung des deutschen Volkes.
"Friede kann nur dort sein, wo die Völker die Verhältnisse, unter denen sie leben, als gerecht und gesund oder wenigstens als erträglich empfinden."
Es wird gegen eine willkürliche Grenze durch das Diktat ausländischer Mächte Stellung genommen. Als Begründung für die Notwendigkeit der Einheit Deutschlands werden angeführt:
1. natürliche und geschichtliche Bindungen (Verwandtschaft, Sprache, Geschichte, Kultur)
2. Erhaltung der Sittlichkeit
3. Wirtschaftliche Gesundung.
- 20.5.1948 Wort der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg an die Pfarrer und Gemeinden.
Anlaß: Volksbegehren.
Es wird befürchtet, daß ein klares Ja zur Fragestellung für eine Politik, die hinter der Frage steht, mißbraucht wird.
- 13.7.1948 Wort der Kirchenversammlung der EKID zum Frieden.
Vor gewaltsamen Lösungen wird gewarnt.
- 13.7.1948 Wort der Kirchenversammlung der EKID zur deutschen Not. Das Wort wendet sich gegen eine endgültige Aufspaltung Deutschlands.

- 12.10.1949 Wort des Rates der EKID an die evangelische Christenheit.
"Die Bildung einer Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland im Westen und einer provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Osten haben aufs neue die Zerrissenheit Deutschlands in zwei Teile sichtbar gemacht, die aus der Uneinigkeit der Besatzungsmächte entstanden ist."
Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierungen alles daransetzen, dem deutschen Volk eine neue Einheit seiner staatlichen Ordnung wiederzugeben.
- 13.10.1949 Schreiben des Evangelischen Bischofs von Berlin an den Präsidenten der DDR.
Der Bischof zweifelt die Echtheit der Wahlen vom 15.5.49 an und hält es für eine Beschwernis, daß die Regierung ihre Legitimität aus diesen Wahlen herleitet.
- 17.1.1950 Erklärung des Rates der EKID.
1. Die Einheit des deutschen Volkes darf nicht mit der Preisgabe der Würde und Freiheit des Menschen erkaufte werden.
2. Der "Eiserne Vorhang" darf nicht anerkannt werden, weil er den Frieden und die Freiheit des Menschen bedroht.
- 27.4.1950 Botschaft der Synode der EKID
1. Der "Eiserne Vorhang" zerschneidet den Leib unseres Volkes und stellt die Gefahr eines Konfliktes dar.
2. Forderung nach einem Friedensvertrag.
3. Forderung nach Beseitigung der "Zonengrenzen" und nach der Möglichkeit für das deutsche Volk, sich in Freiheit eine neue Rechtsordnung zu geben und sich in ihr zu vereinigen.
- 27.8.1950 Wort des Rates der EKID zur Wiederaufrüstung
Es ist eine Frage des Friedens, ob die gewaltsame Aufspaltung Deutschlands beendet oder beibehalten wird.
Es geht der Aufruf an die Christen: "Redet Gutes voneinander, auch über den Eisernen Vorhang hinweg! Vertraut einander und haltet Gemeinschaft miteinander! Daß Deutsche jemals auf Deutsche schießen, muß undenkbar bleiben!"
Stellungnahme gegen die Wiederaufrüstung in Deutschland.
- 17.11.1950 Erklärung des Rates der EKID zu Fragen des öffentlichen Lebens.
Der Rat wendet sich gegen das scharfe Auftreten Niemöllers bei der Rüstungsfrage.
- 6.12.1950 Wort des Rates der EKID an die christlichen Kirchen der Welt.
Die Aufteilung Deutschlands durch den "Eisernen Vorhang" ist eine Gefahrenquelle für Europa, die durch die Rüstung verschärft wird.

- 7.2.1951 EntschlieÙung der Synode Berlin-Brandenburg
- 10.8.1952 Ruf der Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg an die Regierungen in Ost und West.
Aufruf zum Wagnis für den Frieden und gegen die Rüstung.
- 10.10.1952 Kundgebung der Synode der EKID.
- 10.10.1952 Telegramm der Synode der EKID an die Regierenden der vier Besatzungsmächte.
Durch Vier-Mächte-Besprechungen möge der Weg zur Wiedervereinigung freigegeben werden.
- 24.6.1953 Schreiben der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen im Gebiet der DDR an den Hohen Kommissar der UdSSR, Herrn Botschafter Semjonow zu den Ereignissen vom 17. Juni 1953.
- 26.6.1953 Schreiben des Evangelischen Bischofs von Berlin an die vier Alliierten Hohen Kommissare in Deutschland.
- 12.2.1954 Telegramm der Kirchenkonferenz der EKID an die vier Außenminister.
Anlaß: Außenministerkonferenz in Berlin
1. Es wird der Wunsch nach Wiedervereinigung mit dem Hinweis wiederholt, daß die ungelöste deutsche Frage eine Gefahr für den Frieden darstellt.
 2. Die Wiedervereinigung ist auf Grundlage freier Wahlen gedacht.
 3. Es wird der Zusammenhang mit konstruktiven Lösungen für das Sicherheitsbedürfnis der Nachbarvölker betont.
- 18.3.1954 EntschlieÙung der Synode der EKID zu der Not der immer noch andauernden Zerspaltung unseres Volkes.
- 3.2.1955 EntschlieÙung des Rates der EKID zur Wiedervereinigung des deutschen Volkes.
- 11.3.1955 Wort der Synode der EKID an die Gemeinden in Ost und West.
- 6.5.1955 Erklärung der Generalsynode der EKV zur Wiedervereinigung.
Sie enthält die Forderung, die Lage und Aufgabe unseres Volkes offen darzulegen und durchzusprechen, damit eine freie Willensbestimmung möglich wird.
"Besatzungsmächte, die ein halbes Land wie ein Faustpfand und ein halbes Volk wie Geiseln in der Hand halten, tun Unrecht, vor dessen Folgen die Kirche warnen muß."
- 29.6.1956 EntschlieÙung der Synode der EKID
Auf der Synode besteht in folgenden Punkten Einigkeit:
1. Die politische Ordnung im geteilten Deutschland ist ein Provisorium.
 2. Es wird vor jeder Verfestigung gewarnt.
 3. Es werden freie Wahlen gefordert.
- Als Sofortmaßnahmen werden vorgeschlagen:
Beendigung der Haßpropaganda, Ablass von Spionage und Sabotage, eine Amnestie, Aufhebung der Beschränkungen im Reiseverkehr und im Literatur-
austausch und gegenseitige Hilfe aller Glieder der Kirche.

13.2.1959

Notwort der Synode der EKU

1. Gegen die Ausnutzung von Militärbündnissen - gegen Gewaltpolitik.
2. Für eine kontrollierte Begrenzung des militärischen Potentials.
3. Verzicht auf Atomwaffen.
4. Jede deutsche Regierung soll das Nebeneinander verschiedener Weltanschauungen und Lebensformen in Freiheit ermöglichen.
5. Beendigung des Kalten Krieges.

Die Verantwortung liegt bei den Weltmächten.
Der staatspolitischen Wiedervereinigung soll die menschliche Wiedervereinigung vorausgehen. Das Selbstbestimmungsrecht als Menschenrecht wird für die Deutschen und die Wiederherstellung der uneingeschränkten Kommunikation werden gefordert.

26.2.1960

EntschlieÙung der Synode der EKiD zur Atomfrage und zur Abrüstung.

15.12.1961

Handreichung des theologischen Ausschusses des Rates der EKiD zur Friedensfrage.

Es wird die Sorge zum Ausdruck gebracht, daß ein Friedensvertrag zur politischen Waffe wird und damit Unfrieden stiftet.

"Beispielsweise könnte ein Friedensvertrag, der die Teilung Deutschlands verfestigt, kein Beitrag zum Frieden sein.

Die Handreichung enthält auch Thesen zur Koexistenz. Dort heißt es u.a. zum "deutschen Bereich":

"Wer Koexistenz sagt, vergißt nicht, daß die beiden zur Zeit bestehenden deutschen Staaten Provisorien sind und keinesfalls als staatsrechtlich angemessener Ausdruck für die Einheit unseres Volkes gelten können."

Einzelstimmen zur Deutschen Frage

- a) Professor Reumann, USA
- b) Dr. Müller-Gangloff, Westberlin
- c) Hans Enzensberger und andere, BRD

Dez. 1965

Prof. Robert Reumann, USA Vorschläge zur deutschen Wiedervereinigung

Ausgangspunkt: Eine deutsche Wiedervereinigung als Konföderation ist auf dem Wege einer versöhnlichen Annäherung möglich. Dazu ist eine Politik nötig, die das Klima zwischen beiden deutschen Staaten verbessert. Diese Politik dient der Vorbereitung auf einen Zeitpunkt, zu dem sich beide Staaten gegenseitig als Gesprächspartner akzeptieren. Der Begriff der Gegenseitigkeit nimmt eine zentrale Position ein. Bestandteile solcher Politik sind:

- 1. Absage an den Krieg
- 2. keine gegenseitige Einschüchterung
- 3. Absage an die Politik der Stärke
- 4. Regierungsverhandlungen

Es ist dann nötig, daß die gegenseitigen Befürchtungen abgebaut werden, von westlicher Seite durch:

- 1. Verzichtserklärungen
- 2. Abstellen furchterregender Maßnahmen
- 3. keine nukleare Beteiligung
- 4. Erklärung zur Grenzfrage
- 5. Einstellen der Propaganda
- 6. Positive Beziehungen zu Osteuropa

Von östlicher Seite:

- 1. Glaubhafte Koexistenzpolitik
- 2. Reduzierung des militärischen Potentials
- 3. keine aggressiven Töne
- 4. keine Kopplung der Kontakte mit dem Anerkennungsstreben
- 5. Anerkennung eines Zwischenstadiums
- 6. Förderung der Selbständigkeit der Parteien und Modifizierung der Wahlen.

Es ist weiter notwendig, daß die gegenseitige moralische Verurteilung beendet wird.

1965

Dr. Erich Müller-Gangloff, Westberlin "Mit der Teilung leben"
List-Verlag, München

Der Verfasser legt sieben Thesen für ein neues Bewußtsein des Deutschen vor:

- 1. Die Wiedervereinigung ist verspielt
- 2. Wir müssen mit der Teilung leben
- 3. Wir sind kein Volk im Sinne einer Nation
- 4. Wir waren immer mehr oder weniger als eine Nation
- 5. Unsere Aufgabe heißt: Reich als Friedensordnung
- 6. Wir haben die Geschichte auf Zukunft zu befragen
- 7. Wir brauchen ein politisches Konzept

1966

Hans Magnus Enzensberger, Walter Euchner, Gert Schäfer,
Dieter Senghaas, BRD

"Katechismus zur deutschen Frage"

Kursbuch 4

Eine Lösung muß sich auf die Darstellung der Voraussetzungen einer künftigen Deutschlandpolitik gründen, die die Interessen der verschiedenen Staaten berücksichtigt. Diese Interessen sprechen überwiegend für eine friedliche Stabilisierung Europas.

Die Verfasser fordern eine Politik der Kooperation oder der aktiven Koexistenz, deren Ziel eine Konföderation ist, die durch einen Deutschen Rat repräsentiert wird. Bedingungen wären auf der Seite der BRD:

1. Aufgabe von politischen, juristischen und militärischen Doktrinen
2. Respektierung der DDR
3. Verzicht auf territoriale Forderungen

auf der Seite der DDR:

1. Respektierung des Status von Berlin
2. Verzicht auf förmliche diplomatische Anerkennung.

Als konkrete Schritte werden eine Reihe von Maßnahmen aufgeführt: Finanzielle Hilfe der BRD für die DDR, Ausbau Westberlins zu einem Knotenpunkt zwischen Ost und West. Bildung paritätisch zusammengesetzter Kommissionen aus den Parlamenten, gemeinsame Projekte der Entwicklungshilfe, Einstellung der Propaganda, freie Verzugsmöglichkeiten.

Voraussetzung für solche Politik ist eine internationale Entspannung

Der deutsche Beitrag kann in folgenden Punkten bestehen:

1. Entmilitarisierung
2. Gegenseitige militärische Kontrolle der DDR, BRD, Polens und der CSSR
3. Nichtangriffspakt
4. Abzug der Besatzungstruppen.

Versuch einer inhaltlichen Zusammenfassung der Äußerungen
zur Deutschen Frage
(Schülzgen)

1. Die Initiativen der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der DDR können in drei Perioden zusammengefaßt werden.

In der ersten Periode von 1946-1949 sind die Bemühungen zur Schaffung einer Deutschen Demokratischen Republik auf dem Wege über eine Volksabstimmung in ganz Deutschland klar erkennbar.

Dieses Vorhaben richtet sich besonders gegen alle bizonalen Abmachungen der Westmächte. Es findet seinen Abschluß mit der Gründung der DDR 1949. Dieses Datum zeigt an, daß die Bemühungen erfolglos waren. Da die Bildung einer Deutschen Demokratischen Republik für ganz Deutschland nicht möglich war, wird diese Republik in einem Teil Deutschlands gegründet und als Vorbild für einen zukünftigen gesamtdeutschen Staat angesehen.

Die zweite Periode von 1949-1955 ist durch die Formel "Deutsche an einen Tisch" gekennzeichnet. Die Vorschläge können in dem Satz zusammengefaßt werden: Es sollen Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Regierungen mit dem Ziel geführt werden, freie Wahlen in ganz Deutschland durchzuführen. Diese Initiative ist mit dem Drängen auf Abschluß eines Friedensvertrages verbunden und richtet sich besonders gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und die damit gekoppelten Bindungen in das westliche Paktsystem. Ihren Abschluß findet diese Periode mit der Außenministerkonferenz 1955. Jetzt wird von der Regierung der DDR eine Demokratisierung Westdeutschlands vor der Durchführung freier Wahlen gefordert.

Die dritte Periode umfaßt die Jahre 1955-1967. In dieser Zeit steht der Gedanke einer Annäherung beider deutscher Staaten im Vordergrund, der sich 1957 im Begriff einer Konföderation verdichtet. Dieser Gedanke ist mit der Sicherung des Friedens (hierher gehören die Vorschläge: Abschluß eines Nichtangriffspaktes, Verzicht auf Grenzrevisionen, friedliche Koexistenz, Verzicht auf nukleare Rüstung) und mit dem Ringen um internationale Anerkennung der DDR (hierher gehören die Vorschläge zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten) verbunden. Seit 1967 wird der Gedanke an eine Konföderation fallengelassen.

2. Evangelische Kirchen in Deutschland haben in verschiedenen Äußerungen immer wieder betont, daß die Wiedervereinigung im Sinne einer Regierung für ganz Deutschland notwendig ist. Sie haben ständig über die Teilung Deutschlands geklagt. Aus den Adressen ihrer Erklärungen und Bitten geht hervor, daß sie die Siegermächte für die Lösung der Deutschen Frage verantwortlich machen. Die Evangelischen Kirchen haben die Deutsche Frage durchweg in den Zusammenhang mit dem Frieden in der Welt gestellt. Vor Wiederaufrüstung und gewaltsamen Lösungen haben sie gewarnt.

Sie haben weiter auch ständig vor dem Kalten Krieg gewarnt, wenn auch ihre eigenen Äußerungen nicht immer frei von Tönen des Kalten Krieges waren. Obwohl sie es betontermaßen nicht für ihre Aufgabe halten, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, ist die Basis für eine politische Lösung erkennbar, und es kommt gelegentlich doch zu politischen Vorschlägen. Eine Wiedervereinigung ist auf Grundlage freier Wahlen gedacht. Bis dahin werden die Regierungen in Deutschland als Provisorium angesehen, und es wird vor einer Verfestigung des gegenwärtigen Zustandes gewarnt.

3. Die Christliche Friedenskonferenz setzt mit ihren Gedanken zur Deutschen Frage bei den theologischen Begriffen Schuld und Versöhnung ein. Politisch heißt das, daß die Deutsche Frage den Aspekten des Friedens in Europa und der Beendigung des Kalten Krieges zugeordnet wird. Einen Höhepunkt bildet der Vortrag W. Schweitzers im Januar 1964, in dem er erklärte, daß der Verzicht auf Wiedervereinigung eventuell das Opfer sein könnte, das unser Volk für den Frieden Europas bringen muß. Dem Ansatz entsprechend wird die Deutsche Frage in das Problem der Abrüstung eingebettet, und es wird vor der Bindung an Militärblöcke gewarnt. Es wird die Forderung nach einem Friedensvertrag erhoben und eine Wiedervereinigung als Konföderation für möglich gehalten.
4. Die aufgeführten Einzelstimmen gehen von dem gegenwärtigen Zustand in Deutschland aus, besonders betont von Müller-Gangloff: Wir müssen mit der Teilung leben und sollten einmal über Nicht-Wiedervereinigung sprechen. Dabei behandeln alle drei die Deutsche Frage im Rahmen einer weltweiten Entspannung und fragen nach einem deutschen Beitrag zur Entspannungspolitik. Eine solche deutsche Politik wird mit den Begriffen Kooperation, aktive Koexistenz gekennzeichnet und als Vorbereitung für eine deutsche Konföderation verstanden. Besonders hervorgehoben sei der Aufruf Müller-Gangloffs, nach der Aufgabe Deutschlands in Europa zu suchen.

Alle Äußerungen stellen die Deutsche Frage in den Zusammenhang mit dem Frieden in der Welt und der Sicherheit Europas. Jedermann sollte sich fragen, welche Bedeutung die Deutsche Frage und ihre Lösung für die Weltprobleme Frieden, Hunger und weltweite Zusammenarbeit hat.

55x
Ingeborg Schultze
Christel Wenzke
Joachim Kiekbusch
Bruno Schottstädt

1058 Berlin, am 3.4.68
Göhrener Str. 11
Ruf: 44 40 50

Liebe Freunde,

auf Grund eines Beschlusses während unserer letzten Zusammenkunft am 3. Pfingstfeiertag 1967 haben wir uns am 27.3. hier in Berlin getroffen und gemeinsam beraten, wie es wohl mit dem Treffen der sogenannten Ehemaligen weitergehen könnte.

Wir wollen in diesem Jahr auf jeden Fall beim 3. Pfingstfeiertag bleiben und laden hiermit ein für

Dienstag, den 4.6.1968 um 10.00 Uhr

bei der Gossner-Mission in Berlin, Göhrener Straße 11. Die Gossner-Mission wird - wie in den letzten Jahren - Räume und Essen kostenlos zur Verfügung stellen.

Im Blick auf unser Treffen hatten wir unterschiedliche Auffassungen und haben uns jetzt auf folgende Tagesordnung geeinigt:

Beginn 10.00 Uhr mit Andacht von Pastor Dr. Günther Schultz
Anschließend Referat von Pastorin Maria Trute:

"Zum katechetischen Dienst in unserer heutigen Welt"

Anschließend Aussprache

13.00 Uhr Mittagessen

Anschließend Gespräch: Sinn und Ziel unserer Zusammenkünfte

Gegen 15.00 Uhr Aufbruch zu einem Spaziergang am Müggelsee oder in Schmöckwitz

Abends evtl. Theaterbesuch.

Wir haben sehr lange darüber geredet, wie wir uns diesen Tag so gestalten können, daß er für die Ehemaligen "Auf-tanken", Begegnung mit den ehemaligen Dozenten, Gespräch über die heutige katechetische Arbeit, Möglichkeiten der Seelsorge mit einschließt.

Wir denken, daß wir einen relativ guten Kompromiß gefunden haben. Wir müssen uns klar darüber werden, ob wir wirklich zusammen etwas wollen und ob wir gemeinsam einen Auftrag haben. Wenn wir beide Fragen mit ja beantworten können, werden unsere Zusammenkünfte wichtig bleiben.

Alle Ehemaligen des Seminars für Kirchlichen Dienst werden darum gebeten, sich auf eine klare Meinungsäußerung vorzubereiten.

Bitte benutzen Sie anhängenden Anmeldezettel und schicken Sie ihn an Pastor Bruno Schottstädt, damit sich die Küche der Gossner-Mission entsprechend einrichten kann.

In der Hoffnung, daß sich nicht viele von den 50 entschuldigen müssen, grüßen wir Sie sehr herzlich

Ihre

gez. Christel Wenzko

gez. Ingeborg Schultze

gez. Joachim Kickbusch

gez. Bruno Schottstädt

Anmeldezettel

Hiermit melde ich mich zum Treffen der Ehemaligen am
4.6.1968 an.

Name:

Anschrift:

3002

Gossner-Mission in der DDR

1058 Berlin, am 15.3.68
Göhrener Str. 11
Ruf: 44 40 50

Liebe Freunde,

der nächste Kellergottesdienst findet am

23.3.1968 um 19.00 Uhr

statt. Die Auslegung des Bibeltextes hat die Pastorin
Lehtiö übernommen, die ja den meisten von Ihnen bekannt ist.

Wir hoffen, daß sich wieder recht viele am Tisch des Herrn
versammeln und mit uns in der Form diese Gottesdienst-
gemeinschaft haben.

Auf Wiedersehen am 23.3. und viele gute Wünsche

Ihr
gez. Bruno Schottstädt

40 X

Zusammenfassung der Seminartagung
"Ansätze und Anfragen der Theologie Hromadkas"

Das Folgende stellt den Versuch einer Zusammenfassung dar, wie es ein Teilnehmer des Seminars notwendigerweise subjektiv und verkürzt tun kann.

Ein Problem unseres Seminars vom 29.1. - 1.2.68 ergab sich daraus, daß uns Schriften Hromadkas nur aus der Zeit nach 1944 in deutscher Sprache zugänglich sind. In ihnen überwiegen die Stellungnahmen Hromadkas zu den Ereignissen und Tendenzen der neueren Geschichte und die Aufgabenstellung für den Christen in der heutigen Welt. Der theologische Ausgangspunkt hierfür ist kaum erkennbar. Zuweilen entsteht der Eindruck, als sei die Verbindungslinie zwischen dem systematischen Theologen und dem weltzugewandten Ökumeniker nicht vorhanden.

Vorwegnehmend sei gesagt:

1. Wir sollten lernen, daß Christen die Weltwirklichkeit in Natur und Geschichte ernstzunehmen und sich vor individueller Verengung der Herrschaft Gottes zu hüten haben.
2. Wir sollten die Anfrage hören, ob Christen die ganze Welt mit ihren geschichtlichen Bewegungen als Ort der Herrschaft Gottes begreifen und sich dem Ruf zur Mitgestaltung der Weltwirklichkeit stellen.

Die Aufgabe des Seminars bestand darin, die Linie zwischen dem theologischen Denken und der weltzugewandten Haltung Hromadkas aufzuzeigen. Da Hromadka dies nicht ausdrücklich tut, mußte es bei einem Versuch seiner Interpreten, Prof. Dr. Smolik und Dr. Hejdánek, bleiben. Dabei wurde deutlich, daß Hromadka, oftmals bestimmt durch sein Gegenüber, die Positionen wechselt und daß sein theologisches Denken durch eine Polarität gekennzeichnet ist, so daß immer eine Spannung deutlich wurde. Es wurde aber der theologische Hintergrund herausgearbeitet, auf dem Hromadka verstanden werden muß, und der nur über die in tschechischer Sprache erschienenen Vorkriegsschriften zugänglich ist. Dafür danken wir unseren tschechischen Brüdern besonders.

I. Ansätze des theologischen Denkens Hromadkas

1. Die Wahrheit ist der zentrale philosophische Begriff, den Hromadka in Anknüpfung an Masaryk und Radl benutzt. Es gibt nur eine Wahrheit, die den Angelpunkt der Geschichte und der menschlichen Ordnungen bildet und die den Bestand der Welt sichert. Zwar ist die Wahrheit mit der Geschichte und ihren Bewegungen nicht identisch, aber sie wirkt in der Geschichte und ist auch nur in Beziehung zur Welt, die den Menschen umgibt, aber zu der der Mensch selbst gehört, zu begreifen. Es bedeutet eine Verengung der Wahrheit, wenn sie nur in anthropologischen Kategorien begriffen wird. Die Wahrheit ist überhaupt nicht faßbar, weder durch die Sprache (nicht dogmatisierbar) noch durch eine Institution (nicht institutionalisierbar, weder kirchlich noch weltlich). Wie aber ist dann das Verhältnis der Wahrheit zur Weltwirklichkeit zu beschreiben? Hier setzt die Polarität ein, die die Theologie Hromadkas durchzieht.

Die Wahrheit hat eine doppelte Funktion:

- a) Eine kritische Funktion an der Weltwirklichkeit.
Sie ruft den Menschen zur kritischen Entscheidung gegenüber den geschichtlichen Bewegungen und den bestehenden Ordnungen.
 - b) Eine bestätigende Funktion in der Weltwirklichkeit.
Sie setzt sich in der Geschichte durch und ruft den Menschen, die Spuren der Wahrheit in den geschichtlichen Bewegungen und den bestehenden Ordnungen zu suchen.
2. Das Wort des Herrn, das prophetische Wort, tritt im Bereich der Theologie an die Stelle der Wahrheit. Das Wort des Herrn ergreift an den Menschen in seiner konkreten geschichtlichen Situation und stellt Ansprüche an den Menschen, die er nicht aufschieben darf, sondern denen er sich augenblicklich zu stellen hat.
Hier taucht die Polarität wieder auf. Das Wort des Herrn ruft einmal zur Buße (Kritik) und zur Veränderung der Weltwirklichkeit; es ruft aber auch zur Solidarität und bestätigt geschichtliche Bewegung und bestehende Ordnung.

3. Der Schöpfungsglaube gewinnt für Hromadka als theologischer Ausgangspunkt eine besondere Bedeutung. Durch die Schöpfung erhält die Weltwirklichkeit eine Autonomie mit eigener Gesetzmäßigkeit, in der Gott durch die Geschichte hindurch wirkt. Hromadka spricht vom "Gang der Geschichte" und vom "Rad der Geschichte". Zwar ist die Heilsgeschichte mit der Weltgeschichte nicht zu identifizieren, aber Heilsgeschichte gibt es nur als das "Sinnvolle" in der Weltgeschichte. Unter dem Aspekt der Schöpfung, neben der Inkarnation, ist die Weltgeschichte geheiligt und qualifiziert, und wir haben sie ernst zu nehmen.
4. Aus der Spannung zwischen der Geschichte als Erneuerung (kritische Funktion des Wortes) und der Geschichte als Kontinuum (bestätigende Funktion des Wortes) ergibt sich die Frage nach dem Absolutheitsanspruch des Wortes. Hier wird der Begriff des Augenblicks, der Situation, angeführt.
In einem Augenblick gibt es nur eine Wahrheit und nur eine wahre Entscheidung für den Menschen. Es wird immer mehrere Standpunkte in einer Situation geben, aber nur einer ist wahr. Unter dem Wort der Wahrheit ändert sich die Situation zur Eindeutigkeit. Alles kommt darauf an, daß der Mensch sicher wird in bezug auf die Wahrheit in einer Situation und die wahre Entscheidung trifft.
Diese Entscheidung ist im dialogischen Kampf der Standpunkte zu ermitteln. Weitere Kriterien werden nicht angeführt.
5. Die Solidarität mit der Welt, die Hromadka aus der Solidarität Gottes mit der Welt in Jesus Christus herleitet, wird von ihm in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg hervorgehoben. Auch hier tritt uns die genannte Polarität entgegen.
 1. Zur Weltwirklichkeit gehört die Tatsache der Sünde. Die Welt ist verletzt. In der Schöpfung ist eine Dissonanz. Gott aber erneuert diese Welt. Sein Wort ruft uns zur permanenten Kritik am Menschen, zur Buße, zum Kampf um Leib und Seele des Menschen. Hromadka spricht von Solidarität mit den Unterdrückten und Leidenden und von der Solidarität mit denen, die sich für die Unterdrückten einsetzen (etwa den Marxisten). Für ihn bedeutet es gleichzeitig den Ruf zur Teilnahme am Ringen um eine neue Gesellschaft. Der Glaube fordert den Menschen

ständig heraus, neue Ziele zu formen und neue Aufgaben anzupacken. In diesem Kampf wird die Spannung zwischen Gottes Verheißung und der verletzten Welt bis zum Ende erhalten bleiben.

2. Jesus Christus, das Wort Gottes, wirkt auch außerhalb der Kirche und ihrer Verkündigung. Durch die Schöpfung ist die Welt gesichert und qualifiziert. Durch die Inkarnation Gottes wird das positive Vorzeichen, das die Welt von der Schöpfung her trägt, bestätigt. Diese Welt ist der Ort der Königsherrschaft Christi. Er wirkt in dieser Welt. Es gibt in der Geschichte eine Dynamik auf die Parusie zu. Die Weltwirklichkeit ist nicht nur eine Tatsache, die man hinzunehmen hat, sondern sie ist eine sinnvolle Geschichte. Durch die Inkarnation wird den Menschen die Hoffnung wiedergegeben, daß die Welt nicht verloren gehen kann. Weltwirklichkeit mit ihrer Geschichte und ihren Ordnungen stehen unter Gottes Herrschaft, und wir haben sie zu hüten.

6. Die Schöpfung geht in der Geschichte weiter. Das Rad der Geschichte dreht sich. Die Menschen drehen sich mit. Die Schöpfung umgreift uns, die Geschichte zieht uns in sie hinein. Wir stehen mitten in der bewegten Weltwirklichkeit. Auch die Vergangenheit verändert sich durch neue Interpretationen. Die Tradition tritt uns entgegen und ruft uns nach vorn in die Zukunft, in ein neues Land. Das Neue entsteht nur durch Anknüpfung an das Bestehende und das Alte. So werden Menschen einbezogen in die Weltwirklichkeit und nur in der Welt, in der Geschichte, ist die Wahrheit zu begreifen. Der begrenzte verletzte Mensch wird durch die Wahrheit in eine unbegrenzte Perspektive gestellt.

II. Anfragen der Theologie Hromadkas

Hromadka fragt nach unserem Verhältnis zur Weltwirklichkeit mit den bestehenden Ordnungen und geschichtlichen Bewegungen unserer Tage.

1. Nehmen wir Geschichte und Gesellschaft in unseren Glauben hinein oder verkürzen wir den Glauben, so daß er nur für den einzelnen Menschen etwas bedeutet?
2. Begrüßen wir Geschichte und Gesellschaft als den Ort der Königsherrschaft Christi, an dem er wirkt oder leben wir in einem Gegenüber von Kirche als Ort Christi und gottloser, sündiger Welt?

3. Begreifen wir, daß wir selbst in die Bewegung der Geschichte einbezogen sind und mitbewegt werden oder distanzieren wir uns und fällen aus der Distanz unsere Urteile über die Weltwirklichkeit?
4. Nehmen wir teil an dem Ringen um die neue Gesellschaft und an der dialogischen Auseinandersetzung um die Wahrheit in der konkreten Situation?

Diese Fragen werden ganz konkret:

1. Welche Stellen könnten wir benennen, an denen wir mit anderen Menschen zusammen für die neue Gestalt der Gesellschaft arbeiten?
2. Wo findet bei uns - in der Gemeinde und außerhalb der Gemeinde - die dialogische Auseinandersetzung um die Wahrheit statt? Oder haben wir solche Orte innerhalb und außerhalb der Gemeinde erst zu suchen oder gar zu schaffen?
3. Sind wir uns darüber klar, daß wir die Wahrheit nicht allein haben und nicht einfangen, weder in dogmatischen Formeln noch in einer Institution, sondern immer wieder neu suchen?
4. Haben alle unsere Predigten einen klaren Bezug auf die geschichtlich konkrete Situation und wird in unserer Verkündigung die Aufforderung zur Teilnahme am Ringen und die Hoffnung für die Welt hörbar?

Vielleicht könnte es hilfreich sein, wenn wir unsere Arbeit an diesen Fragen überprüfen. Machen wir - jeder für sich - den Test in seiner Gemeinde und in der Verkündigung!

III. Wo müssen wir weiterdenken (Kritisches zu Hromadka)?

1. Die Spannung zwischen den beiden Polen der kritischen, zur Buße und Erneuerung rufenden Funktion und der bestätigenden, zur Solidarität mit dem Bestehenden rufenden Funktion des Wortes ist bei Hromadka nicht gelöst. Manchmal scheint es in dem Ermessen des einzelnen Menschen zu stehen, welche Funktion des Wortes ihn bestimmt. Der dialogische Kampf ist an dieser Stelle zu wenig; denn diesen Kampf gewinnt sehr leicht der Demagoge oder er ist weitgehend vom Urteilvermögen und von der Informationsmöglichkeit der Partner abhängig. Manchmal scheint es aber auch, als bedürfe das prophetische Wort keiner Begründung oder Legitimation, als genüge es, daß

die Wahrheit einen Menschen treibt. Hier ist zu fragen, ob unsere Situation mit den Propheten des AT vergleichbar ist oder ob nicht durch das Auftreten Jesu Christi eine Veränderung eingetreten ist.

2. Es ist auffällig, daß die Verkündigung und die Tradition des biblischen Zeugnisses bei der Wahrheitsfindung kaum Bedeutung erlangt. Demgegenüber ist zu betonen, daß die Verkündigung einen Ort bietet, an dem die Wahrheit zu uns spricht. Hier ist ein Kriterium über den dialogischen Kampf hinaus vorhanden. Dieses Kriterium brauchen wir; denn es gibt in der Geschichte verschiedene Bewegungen, die uns alle herausfordern und rufen. Wir brauchen es zur Beurteilung der Situation, da wir sonst gänzlich unserem Ermessen oder der Spontanität überlassen und ausgeliefert sind. Wir benutzen dieses Kriterium aber auch ständig (auch Hromadka); denn wir leben als Christen, geprägt, beeinflusst von der Verkündigung des biblischen Zeugnisses in der Geschichte.
3. Damit ist auch die Frage beantwortet, woher uns die Stimme der Wahrheit entgegenkommt: aus dem biblischen Zeugnis oder aus der Situation (oder der Geschichte). Wir können uns nicht lösen von unserer Tradition und uns nicht spontan der Situation hingeben. Wir erfahren aus dem biblischen Zeugnis, was für den Menschen, auch gesellschaftlich, gut ist. Wir hören die Situation mit den Ohren und sehen sie mit den Augen der biblischen Botschaft. Gerade wir Deutschen sind sehr hellhörig, wenn es um Aussagen über die theologische Relevanz der Geschichte geht. Ob von daher Hromadkas Ansatz bei der Schöpfung mit einem eigenen geschichtlichen Gefälle legitim ist, ist zu bezweifeln. Wir sollten den Akzent auf den christologischen Ansatz und der daraus folgenden Aufforderung zur Buße und Erneuerung legen. Dabei dürfen wir das biblische Zeugnis von Jesus Christus auch als Kriterium für unser Verhältnis zur Weltwirklichkeit nicht aus dem Auge lassen.

Eckhard Schülzgen

Liebe Freunde!

Bei der letzten Tagung der Mitarbeiterkonferenz war die Versendung von Informationsbriefen zwischen den Tagungen angeregt und begrüßt worden. Dieser Anregung komme ich mit diesem Brief nach. Nur wenige werden den "Monatlichen Informationsbrief über Evangelisation" des Ökumenischen Rates erhalten. Deshalb möchte ich Ihnen auszugsweise zugänglich machen, was Walter J. Hollenweger, der Referent unserer letzten Tagung, in der Nr. 2-3/1967 unter dem Titel "Der Regisseur als Liturg" geschrieben hat. Seine Ausführungen hängen eng mit unseren Themen "Gemeindeaufbau" - "Dienst des Pfarrers" - "Dienst des Laien" zusammen. Hollenweger schreibt:

"Wie arbeitet ein guter Regisseur?" fragte ich in einem Interview vor dem Chesterfelder Pfarrkonvent einen Regisseur und eine Schauspielerin. "Versammelt er die Schauspieler in der ersten Reihe seines Theaters und hält er ihnen einen Vortrag über sein Verständnis der verschiedenen Rollen?" Spöttischer Blick der Schauspielerin und Kopfschütteln des Regisseurs! - "Spielt er die schwierigen Stellen der Rollen vor?" - "Nein", rief die Schauspielerin, "er spricht mit uns, er stellt Fragen, er hat Zeit, er schaut uns zu. Er läßt mich meine Gestaltung einer Rolle entdecken, bis ich so spiele, wie nur ich sie spielen kann." Mit einem Seitenblick auf den Pfarrkonvent bemerkte ich: "Damit haben Sie genau die seelsorgerliche und liturgische Funktion eines Pfarrers beschrieben." Aber nun stieg die Temperatur im Pfarrkonvent auf den Siedepunkt: "Wir sind weder Theaterleute noch Regisseure. Wir verkündigen eine Botschaft, der wir uns durch Berufung verpflichtet fühlen." Damit riefen sie den Protest des Regisseurs heraus. "Auch wir Theaterleute haben eine Botschaft zu verkündigen. Auch wir haben nicht lediglich einen Beruf. Wir glauben an unsere Berufung. Nur haben wir herausgefunden, daß uns niemand unsere Berufung glaubt, wenn wir sie nicht mit dem besten technischen Berufskönnen erweisen. Wir könnten uns z.B. nie leisten, in einer kleinen Stadt von 20.000 Einwohnern in dreißig kleinen Theatern am gleichen Tag zur gleichen Zeit jahraus jahrein das gleiche Stück (es ist übrigens ein gutes Stück!) mit leicht unterdurchschnittlichen Schauspielern in schlecht geheizten und knapp beleuchteten Räumen zu zeigen. Und dann erst noch das Publikum zu beschimpfen, wenn es wegbleibt." Der die Gottesdienste regelmäßig besuchende Regisseur schloß mit den Worten: "Es wird zuviel gepusht in den Kirchen mit Berufung auf die göttliche Botschaft."

I

Auch wer diese Kritik für übertrieben hält, wird sich der Frage nicht entziehen können: "Wie können die Diener (die leitourgoi) der Kirche ihre Akteure so anleiten, daß diese ihre eigenen Rollen in Kirche und Welt klar, überzeugend und ihren Fähigkeiten entsprechend spielen können? Wie können sie wirkliche Liturgen, priesterliche Regisseure werden?" An verschiedenen Orten in Europa versuchte ich eine vorläufige Antwort auf diese Frage im Bereich des Gottesdienstes zu testen und erzähle hier zwei Beispiele aus dieser Testreihe.

Beispiel: Deutsch-Schweizerische Kirchgemeinde Genf.

Diese Gemeinde versuchte, das schöne Wort vom allgemeinen Priestertum so ernst zu nehmen, daß sie die Gemeinde verkündigen lassen wollte. Mir fiel die Aufgabe des Regisseurs zu. Eine Arbeitsbedingung mußte ich stellen: Die den Gottesdienst vorbereitende Gruppe sollte zur einen Hälfte aus aktiven Mitgliedern der Gemeinde und zur anderen Hälfte aus sog. Randsiedlern (Qualifikation: ein Jahr nicht mehr im Gottesdienst gewesen) bestehen. Diese sind nach 1.Kor.14.24 das Kriterium für die Verstehbarkeit der gottesdienstlichen Verkündigung.

1. Phase. In der ersten Sitzung mit der Gruppe wurde ^{ich} daraufhin getestet, ob ich die Gruppe als mündig und voll verantwortlich anzunehmen bereit war, oder ob es sich hier lediglich um einen besonders schlaun Trick der Kirche handelte, Menschen für ihre Ziele einzuspannen. Man machte darum allerhand extreme Vorschläge. Ich nahm sie an mit der Bemerkung: "Wenn Sie sie vom Wesen des von Ihnen konzipierten Gottesdienstes begründen können, ist alles gestattet."

Diese erste Phase ist sehr wichtig, weil sich hier die Spielregeln für den Arbeitsprozeß einschleifen. Äußerlich figurierte ich als Gesprächsleiter, d.h. ich ordnete das Gespräch nach den Regeln der Gesprächsleitung (nicht der Debatte) und stellte Querverbindungen her. Das Handwerk der Gesprächsleitung muß vom Leiter völlig beherrscht werden, denn die aggressive Kritik darf ihn weder zu Kurzreferaten, noch zu ex cathedra-Entscheidungen, noch zum passiven Erdulden des Gruppenprozesses verleiten. In der ersten Stunde eines solchen Gesprächs findet ein regelrechter Kampf statt, der natürlich den Gesprächsteilnehmern unbewußt ist. Umso wichtiger ist es, daß der Gesprächsleiter sich sowohl über die psychologischen Strömungen wie auch über seine eigenen Reaktionen, die nicht immer zu vermeiden sind, im klaren ist. Er muß z.B. merken, daß die Gruppe ihn ständig zu Urteilen provozieren will, weil sie dann dagegen sein kann, anstatt ihre eigene Trägheit zu überwinden und konstruktiv formulieren zu müssen. Dauer der 1. Phase: 1 Stunde.

2. Phase. Halbstündlich stellte ich in dieser Phase die Frage nach dem Kristallisationspunkt des Gottesdienstes. Die Gruppe wurde eingeladen, ihre emotionale Kritik in konstruktive Vorschläge zu verwandeln. Immer wieder brach sie aus in Gemeinplätze: "Die Kirche sollte ..." - "Die Pfarrer müßten ..." - "Es würden mehr Leute kommen, wenn ..." - "Aber die Kirchenleitung ..." etc. Ich ließ die Wichtigkeit der Einwände gelten, fragte aber nach der Konkretisation der emotionalen Reizworte in bezug auf die uns gestellte Aufgabe. Allmählich kristallisierten sich zwei Themen heraus: 1. Naturwissenschaft und Glaube; 2. Unsere kranke Sprache. Zu 1. bemerkte ich unvorsichtigerweise: "Dieses Problem scheint in der Theologie seit einiger Zeit gelöst zu sein." "Jawohl, nicht aber für uns", mußte ich hören. Dauer der 2. Phase: 2 Stunden.

Ich schlug vor, zwei skelettartige, formale Liturgien auf die nächste Sitzung zu entwerfen.

In der zweiten Sitzung legte ich die beiden Entwürfe vervielfältigt vor und bat um eine Entscheidung. "Unsere kranke Sprache" wurde gewählt.

Am Übergang zur 3. Phase mußte ich einige technische Einzelheiten erklären:

1. Mein Entwurf ist als Gesprächshilfe gemeint und kann jederzeit umgestoßen werden.
2. Das Wesen einer Liturgie besteht nicht in der Sandwich-Methode: Lied - Gebet - Lied - Lesung - Lied - Predigt - Lied - Gebet - etc., sondern der Ablauf des Gottesdienstes muß als Spannungskurve erlebt werden. Er beginnt mit einer klaren kurzen Formulierung des Themas, das dann entfaltet wird und im letzten Drittel des Gottesdienstes auf einen Höhepunkt geführt wird.
3. Aus Gründen der Arbeitsteilung wurde die Gruppe in Untergruppen aufgeteilt:
 - a) Vom Beginn bis zum Predigtteil (hauptsächlich Situationsanalyse und Sündenbekenntnis)
 - b) Predigtteil
 - c) Von der Predigt bis zum Segen (hauptsächlich Fürbitte)
 - d) Musikalische Spezialaufgaben.

Es würde sich lohnen, die Arbeit aller vier Gruppen in der 4. Phase ausführlich zu beschreiben. Ich greife als Beispiel den Predigtteil heraus. Die Gruppe a) hatte am Beispiel der Zeitung (Inserate), der Politik, der Familie und der Kirche "unsere kranke Sprache" gezeigt. (Zur Kirche: Der Gemeindepfarrer bestieg die Kanzel und hielt den Anfang einer traditionellen Predigt, deren Stichworte ihm von der Gruppe als die häufigsten, von ihr nicht verstandenen Ausdrücke gegeben worden waren; er wurde unterbrochen aus dem Publikum und mußte die Kanzel wieder verlassen.) Die Gruppe fragte sich, ob die Christen zu dieser Sprachverwirrung etwas zu sagen hätten. Sie antwortete: "Vorerst nicht. Vorerst sind wir mitschuldig. Darum dürfen und müssen wir beten: Vergib uns unsere Schulden, wie auch wir vergeben unseren Schuldner." Das schlichte Sündenbekenntnis hatte damit einen konkreten "Sitz im Leben" bekommen.

Nun aber erinnerte sich die Gruppe b) an eine Stelle im Neuen Testament, wo von dem fleischgewordenen Worte Gottes die Rede sei. Können wir nicht diesen Text auslegen? fragten sie. Sie studierten also Joh. 1, verstanden aber diesen Text nicht. Sie mußten die Hilfe des theologischen Experten - in diesem Falle war es ihr Gemeindepfarrer - in Anspruch nehmen. Dieser aber verwies sie auf die theologischen Kommentare. Sie arbeiteten die Kommentare durch. Aber auch das genügte nicht. In mehr-wöchiger Arbeit mit dem Gemeindepfarrer gelang es der Gruppe, den schwierigen Text von Joh. 1 auf schweizerdeutsch zu paraphrasieren, was beweist, daß sie ihn verstanden hatten. (Das Schweizerdeutsche kennt keine theologischen und abstrakten Wörter; weshalb die Theologie von Joh. 1 "wieder Fleisch werden mußte").

In der 5. Phase wurde der ganze Gottesdienst technisch geübt - ein äußerst wichtiger Vorgang da die meisten Teilnehmer zum ersten Mal öffentlich in einer Kirche sprachen und die Technik des Mikrophons, das langsame, innerlich mitgehende Sprechen eines vorbereiteten Textes (alles auf schweizerdeutsch) geübt werden will. Anfänger sprechen immer zu rasch. Ebenso

wurde die eigene für diesen Gottesdienst geschriebene festliche Bläsermusik eingepasst. Auch hier arbeitete ich als Regisseur, nachdem ich in der 4. Phase wegen Landesabwesenheit überhaupt nicht mitgearbeitet hatte.

Bei der Abhaltung des Gottesdienstes beschränkte sich meine Mitarbeit auf einige verbindende Worte und auf das Zuhören. Auch der Gemeindepfarrer hörte zu, (außer dem kurzen Predigtanfang), nachdem er in der Vorbereitung als theologischer Experte amtiert hatte. Dem Gottesdienst folgte ein gemeinsames Mittagessen, an dem ein Teil der Gemeinde und die vorbereitende Gruppe teilnahmen. In einem zweistündigen kritischen Gespräch wurde die Bilanz gezogen und das Thema vertieft; Ebenso wurden Anregungen für einen nächsten Versuch gesammelt. Das Thema des nächsten Gottesdienstes, das in diesem Gespräch entstand, hieß: Der programmierte Mensch der Zukunft. Ein guter Gesprächsleiter wird die prononciertesten Kritiker als Mitarbeiter für einen nächsten Gottesdienst zu gewinnen suchen.

.

III

Aus den beschriebenen beiden und weiteren, hier nicht aufgeführten Experimenten ergibt sich:

1. Die von der Gemeinde selber verantwortete Gestaltung eines Gottesdienstes ist eine echte Chance
 - a) für die theologische Ausbildung der Gemeinde (Beispiel: I,4)
 - b) für die gegenseitige Seelsorge der Gemeindeglieder (Beispiele I, 1-2)
 - c) zum Gespräch mit nichtkirchlichen Gemeindegliedern (Beispiel: I,1)
2. Voraussetzung ist:
 - a) Der Leiter muß das Handwerk der Gesprächsleitung gründlich erlernt haben. Er darf emotionale Spannungen nicht bekämpfen, sondern er muß sie für das Verkündigungsgeschehen wirksam machen.
 - b) Es ist wünschenswert, daß der Gesprächsleiter nicht gleichzeitig die Rolle des dringend benötigten theologischen Experten übernimmt (Beispiel: I,4)
3. Die Schwäche der beiden Experimente besteht darin, daß sie noch nicht bis zu jenen Fragestellungen vorgeedrungen sind, wo der Entscheidungscharakter des Evangeliums jedem evident wird. Aber die Gemeinde muß sich zuerst von der Überraschung erholen, daß sie theologisch und liturgisch ernst genommen wird. Die Artikulation unserer Sünde und des Zuspruchs Gottes ist ein Prozeß, der viel Zeit braucht: Man bekommt den Eindruck, daß nur ganz wenige Gemeindeglieder durch die Predigt in ihrem Vermögen, ihren Glauben auszusprechen, gefördert worden sind.

4. Eine Gruppe kann höchstens ein bis zwei Gottesdienste pro Jahr vorbereiten. Will man in einer Gemeinde mehr als einen Gottesdienst pro Jahr durchführen, so müssen weitere Gruppen gebildet werden. "

Das zweite Beispiel, das von der Gottesdienstgestaltung auf einer Akademikertagung berichtet, müssen wir aus Raumgründen weglassen. Doch werden wir schon durch dieses eine Beispiel deutlich genug auf einige wesentliche Gesichtspunkte für unseren Gemeindeaufbau hingewiesen. Ich hebe nur zwei noch einmal hervor:

1. Wenn wir im Gemeindeaufbau voran kommen wollen, müssen wir in einem konkreten begrenzten Bereich mit der Neugestaltung beginnen.
2. Für den Umdenkungsprozeß und das Wachsen neuer Formen der Zusammenarbeit zwischen Laien und Pfarrern müssen wir eine lange Zeit geduldiger Kleinarbeit ansetzen.

In der Hoffnung, daß das berichtete Beispiel Sie anregt, an einer Stelle Ihrer Gemeindearbeit Experimente zu wagen, grüße ich Sie herzlich

Ihr

gez. Martin Ziegler

Liebe Schwestern, liebe Brüder!

Die Terminkalender für das Jahr 1968 beginnen sich bei jedem zu füllen. So möchte ich Ihnen den Termin für die nächste Tagung der Mitarbeiterkonferenz rechtzeitig bekanntgeben. Wir planen, die Tagung vom 14. - 17. Oktober 1968 wieder in Berlin zu halten. Bitte merken Sie sich diesen Termin vor und halten Sie ihn bitte frei!

Da keine konkreten neuen Vorschläge eingegangen sind, wollen wir uns mit dem bei der letzten Tagung genannten Problem des rechten Gemeindeverständnisses befassen. Als vorläufiges Arbeitsthema haben wir formuliert "Gemeindeverständnis und Gemeindeaufbau". Referenten sind bereits angefragt. Die Arbeitsgruppe Nord haben wir gebeten, die liturgische Gestaltung des Tagungsrahmens zu übernehmen, da von ihr die Anregung zur besseren Gestaltung ausging. Auch sonst sollen möglichst alle kritischen Bemerkungen der letzten Tagung positiv verwertet werden. Das Tagungsprogramm geht allen rechtzeitig zu.

Doch aller Vorbereitung und Organisation der Tagung sind enge Grenzen gesetzt, wenn nicht auch die Teilnehmer sich vorbereiten und zwischen den Tagungen an den Problemen weiterarbeiten. Das zeigen einige Arbeitsgruppenberichte wieder sehr deutlich. Diese Berichte sollten Ihnen eigentlich allen zugehen. Doch abgesehen davon, daß ich sie immer noch nicht alle habe, läßt ihr Inhalt es in diesem Jahre nicht unbedingt notwendig erscheinen. Ich füge Ihnen statt dessen noch einmal den Fragespiegel für die Gruppengespräche bei und bitte Sie, die Fragen selbst oder besser in einer Gruppe noch einmal zu bedenken und eventuell ein paar Ergebnisse zu formulieren.

Der Vorbereitung der Tagungsthematik sollen weiterhin die angekündigten dreitägigen Kurztagungen auf regionaler Ebene dienen. Die ersten Termine für die Bereiche Merseburg, Karl-Marx-Stadt und Anhalt stehen fest. Die Initiative für weitere Zusammenkünfte sollte von Ihnen ausgehen. Auch die Organisation liegt in der Hand der Gastgeber der Kurztagung. Inhaltlich sollen die Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaften für Strukturfragen der missionarischen Gemeinde aufgearbeitet und möglichst in unsere örtlichen Gegebenheiten transponiert werden. Im einzelnen sollen uns an den drei Tagen die alten Themenkreise beschäftigen "Ziel unseres Gemeindeaufbaus" - "Gestalt unseres Gemeindeaufbaus" - "Gestalt des pfarramtlichen Dienstes". Vorgesehen ist auch genügend Zeit für eigene Lektüre, so daß keine Vorarbeit zur Bedingung gemacht werden muß. Bedingung ist nur die ununterbrochene Teilnahme an allen drei Tagen. Daß wir zu einigen konkreten brauchbaren praktischen Vorschlägen und Programmen kommen, können wir vorläufig nur hoffen. Wer an dieser Vorbereitungsarbeit Interesse hat, suche bitte einige Interessenten und einen möglichen Tagungsort und schreibe dann direkt an mich. Das notwendige Material zu beschaffen, soll dann meine Aufgabe sein.

Schließlich möchte ich anregen, es der Arbeitsgruppe Nord nachzutun, die bereits im November gemeinsam die Arbeit in der Gemeinde von Bruder Flade studiert hat und ein neues Treffen im Juni bei Bruder Martins plant. Sicher ist das der beste Weg, uns voran zu bringen.

Der beiliegende 1. Informationsbrief enthält ebenfalls einige Anregungen aus der Ökumene. Ein 2. Brief folgt, sobald wir es in der Dienststelle schaffen können.

Mit guten Wünschen für Ihre Arbeit grüße ich Sie alle

Ihr gez. Martin Ziegler

Vorschlag für Gruppengespräche
- Mitarbeiterkonferenz 1967 -

Die folgenden Fragen versuchen die offen gebliebenen Anfragen der bisherigen Referate und Diskussionen zu erfassen. Die Gruppen mögen sich selbst Schwerpunkte setzen.

I. Gesellschaftlich-politisches Engagement - Hobby oder christl. Gehorsamspflicht?

1. Was nötigt uns zu gesellschaftl.-polit. Engagement?
Wie ist es zu begründen?
2. Wie und wo finden wir den Ort unseres Engagements?
Was ist bei der Suche danach von der Zusammenarbeit zwischen Laien und Pfarrern zu erwarten?
3. Wo und auf welche Weise können wir uns, Laien und Pfarrer gemeinsam, für die Wahrnehmung gesellschaftl.-polit. Aufgaben zurüsten und üben? Wie können wir uns bei ihrer Wahrnehmung gegenseitig unterstützen?

II. Geistliche Sammlung und Weltoffenheit.

1. Wie können wir uns und unseren Gemeinden die Quellen für eine geistliche Sammlung und Lebensführung neu erschließen?
2. Was sind die Gründe für unsere Scheu auf diesem Gebiet?
Wie sind Scheu und Zurückhaltung zu überwinden?
3. Welche Formen geistlicher Sammlung und Lebensführung sind anzubieten oder zu entwickeln, die der Gefahr frommer Introversion möglichst wehren und eine gesunde Weltoffenheit und Weltbezogenheit sichern?
4. Welche Hilfen können Laien und Pfarrer einander für solche weltbezogene geistliche Sammlung und Lebensführung bieten?

III. Zielgerichtete verbindliche Gemeindegemeinschaft.

1. Was nötigt uns zu einer Entscheidung zwischen Breitenarbeit und Konzentration auf die Arbeit mit engagierten mittlenden Gruppen? Wie sind unsere Entscheidungen zu begründen?
2. Auf welche verbindliche Zielsetzung unserer Gemeindegemeinschaft können wir uns einigen? Wie ist sie zu begründen?
3. Welche allgemeinen Schwerpunkte sind einer zielgerichteten Gemeindegemeinschaft in der gegenwärtigen Situation zu setzen?
4. Was nötigt uns zu übergemeindlicher Zusammenarbeit?
Woran scheitert sie meist? Wie und auf welchen Gebieten können wir sie beginnen?

IV. Arbeitsprogramme

1. Aufstellung eines Arbeitsprogramms für Gemeindegemeinschaften und Ältestenschulung.
2. Aufstellung eines Arbeitsprogramms für übergemeindliche Dienstgruppen.
3. Aufstellung eines Rahmenprogramms für gesellschaftlichen Dienst in unserem Lebensbereich.

(Wenn möglich, Themenangabe für 1/2 Jahr bzw. 6 Abende und Materialangabe, bzw. Materialabforderungen).

600x

VIETNAM

Dokumentation

GESCHICHTLICHE ÜBERSICHT

UND STELLUNGNAHMEN ZUM VIETNAM-KONFLIKT

Erarbeitet von der Studiengruppe für Internationale Fragen der
Christlichen Friedenskonferenz in der DDR - Arbeitsgruppe Berlin

V o r w o r t

Der schmutzige Krieg in Vietnam dauert schon so lange, daß er keinem Menschen auf der Welt mehr unbekannt ist.

Die verschiedensten Weltorganisationen und viele einzelne Persönlichkeiten haben sich mit dem grausamen Geschehen in Vietnam -- einem Krieg gegen das vietnamesische Volk -- beschäftigt und eindeutig Stellung bezogen.

Die Christliche Friedenskonferenz hat mit ihrem Beratenden Ausschuss im Herbst 1966 in Sofia für alle Mitarbeiter gesprochen, wenn sie erklärt hat: "Die wachsenden Leiden des vietnamesischen Volkes und die zunehmende Bedrohung des Weltfriedens machen deutlich, daß unser Eintreten für den Frieden in Vietnam durch Beendigung der amerikanischen Aggression energischer werden muß. Darum rufen wir die Christen und Kirchen aller Länder auf zu konkreten Aktionen der Solidarität mit dem vietnamesischen Volk."

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat sich wiederholt gegen den Krieg in Vietnam ausgesprochen und Vorschläge für die Beilegung des Krieges erarbeitet. Von besonderem Gewicht waren und sind die Stellungnahmen des Nationalrates der Christlichen Kirchen in den USA und die Worte der leitenden Männer der Kirchen in Asien.

Die Studiengruppe für Internationale Fragen der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR - Arbeitsgruppe Berlin - will mit folgender Dokumentation dazu helfen, daß noch mehr Christen in der DDR deutlich wird, wie lange schon das vietnamesische Volk um seine Freiheit kämpft und wie unwichtig alle Parolen sind, die da lauten: In Vietnam wird die (christliche) Freiheit der Menschheit verteidigt! - Richtig ist: In Vietnam werden Menschen zu Unrecht ermordet! Richtig ist: In Vietnam wird ein Volk unterdrückt!

Die Arbeitsgruppe hat sich mit der Geschichte Vietnams beschäftigt und versucht, mit einer Übersicht die Geschichte dieses um seine Unabhängigkeit kämpfenden Volkes darzustellen, sie hat Schlußfolgerungen und Vorschläge zur Lösung des Konfliktes erarbeitet und in einem weiteren Teil Stellungnahmen von Kirchen, kirchlichen Organisationen und Einzelpersonen zusammengetragen.

Wir hoffen, daß diese Arbeit dazu hilft, daß Christen in der DDR mit Hilfe dieser Informationen sich zu eigenen Stellungnahmen und zum Einsatz für unsere leidenden Brüder und Schwestern in Vietnam herausfordern lassen.

Vietnam liegt für uns alle heute sehr nahe!

Bruno Schottstädt
Leiter der Studiengruppe

INHALTSVERZEICHNIS

Literatur - Hinweise	Seite	3
Übersicht zur Geschichte Vietnams	"	4
Schlußfolgerungen und Lösungsvorschlag	"	10
Erklärungen und Stellungnahmen zum Vietnam-Konflikt		
a) Erklärung des Beratenden Ausschusses der Christlichen Friedenskonferenz in Sofia im Herbst 1966	"	12
b) Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates vom 17.2.1966	"	14
c) Nationalrat der Kirchen Christi in den Vereinigten Staaten	"	17
d) Dr. D. T. Miles	"	21
e) Artsträger der Ostasiatischen Christlichen Konferenz und des Rates der Kirchen Christi in den USA	"	23
f) Aus Thesen zum Vietnam-Krieg +)	"	26
g) Die Botschaft der vietnamesischen Studentin Phan Thi Mai	"	27
+)		
erarbeitet auf einer Tagung katholischer und evangelischer Studentengemeinden, 18./19.2.1967 (gedruckt von Jugenddienst-Verlag, Wuppertal-Barmen)		

- 1) H. Meiwald: Vietnam, Dietz-Verlag 1966
- 2) Sara Lidman: "Gespräche in Hanoi", Verlag Volk und Welt 1967
- 3) Kurt und Jeanne Stern: Reisfelder - Schlachtfelder, Mitteldentscher Verlag Halle 1967
- 4) Harry Thürk: Der Tod und der Regen, Verlag Das Neue Berlin 1967
- 5) Frieden in Vietnam: Entspannung und Sicherheit in Europa - Referate, Diskussionsbeiträge und Materialien der Plenartagung des Friedensrates der DDR, herausgegeben vom Friedensrat der DDR - Berlin 1966
- 6) Wilfred G. Burchett: Partisanen contra Generale, Südvietsnam 1964, Verlag Volk und Welt 1966
- 7) Ein Krieg klagt an - Thesen zum Vietnam-Krieg, erarbeitet auf einer Tagung katholischer und evangelischer Studentengemeinden am 18./19.2.67, gedruckt vom Jugenddienst-Verlag in Wuppertal-Barmen
- 8) Martin Luther King: Über Vietnam hinaus - eine Ansprache
Sonderdruck der Zeitschrift "Junge Kirche"
- 9) Heinz Abosch: Der endlose Krieg - Bericht über Vietnam, Stimme-Verlag, Frankfurt/M., Sonderdruck aus Heft 1/2, 66 der Stimme der Gemeinde
- 10) Arnold Künzli: Vietnam wie es dazu kam, Polis-Reihe 22, Evangelische Zeitbuchreihe, EVZ Verlag, Zürich 1965
- 11) Peace in Vietnam: A new Approach in Southeast-Asia. A Report prepared for the American Friends - Service Committee.
New York 1966 (1)

I

Übersicht zur Geschichte Vietnams

- 1000 Das vietnamesische Volk erlangt nach tausendjähriger chinesischer Herrschaft seine Unabhängigkeit. Ständig muß es diese gegen den chinesischen Einfluß verteidigen. 1803 Gerät Vietnam wieder unter chinesische Oberhoheit.
- 1624 Der erste Franzose kommt nach Indochina. Er ist Missionar und gründet in der Nähe von Saigon die "Gesellschaft der ausländischen Mission". Ihm folgen Kaufleute.
- 1884 Vietnam wird zum franz. Protektorat erklärt und zum franz. Kolonialreich Indochina geschlagen.
- 1893 In Tonking führen Bauern einen 20-jährigen bewaffneten Partisanenkampf.
- 1930 Gründung der KP Indochinas durch Ho Chi Minh.
- 1940 Eindringen der Japaner in Vietnam. Sie besetzen Häfen und Flugplätze.
- 1941 Beschluß des ZK der KP Indochinas, eine "Front für die Unabhängigkeit Vietnams" zu gründen, des sogenannten Viet-Minh.
- 1944 Daraus entsteht unter General Giap eine regelrechte Befreiungsarmee, die teilweise mit amerikanischen Waffen ausgerüstet ist.
- März 1945 Durch eine von den Japanern eingesetzte Quisling-Regierung wird ein unabhängiger Staat Vietnam ausgerufen. Kaiser Bao Dai von Annam wird wenige Wochen später zum ersten Herrscher von Vietnam erklärt. Er muß jedoch zu Gunsten von Ho Chi Minh wieder abdanken und flieht. Bao Dai übergibt die Regierungsgewalt an die Viet-Minh.
- August 1945 Japan kapituliert. Die vietnamesische Armee besetzt kampflos große Gebiete des Landes. Ho Chi Minh bildet eine provisorische Regierung und ruft die Demokratische Republik Vietnam aus.
- Sept. 1945 Die provisorische vietnamesische Regierung führt allgemeine Wahlen durch. Die Viet-Minh erhält die überwältigende Mehrheit. Auf der Potsdamer Konferenz wird beschlossen, Vietnam in zwei Besatzungszonen aufzuteilen. Die Japaner sollen im Norden durch Nationalchinesen, im Süden durch die Engländer entwaffnet werden. Mit den Nationalchinesen kommen nationalistische vietnamesische Gruppen ins Land, die in einigen Provinzen eine eigene Administration aufbauen. Frankreich entsendet unter De Gaulles ein erstes Truppenkontingent nach Vietnam.
- Febr. 1946 Ablösung der chinesischen Truppen durch französische Einheiten.
- März 1946 Ho Chi Minh schließt mit einem Abgesandten De Gaulles ein provisorisches Abkommen, in dem die DR Vietnam als freier Staat mit eigener Regierung, eigenem Parlament, eigener Armee,

eigenen Finanzen und als Teil der Indochinesischen Föderation und der Französischen Union anerkannt wird. In einem weiteren Abkommen wird der Stationierung von 15 000 Mann französischer Truppen für 5 Jahre zugestimmt. Frankreich übernimmt die Bewaffnung und Ausbildung der vietnamesischen Armee.

Mai 1946 Ho Chi Minh reist nach Paris, um das provisorische Abkommen in ein endgültiges zu verwandeln. Währenddessen fördert der französische Hochkommissar in Saigon auf eigene Faust eine Republik Südvietnam. In Paris wird lediglich ein Modus Vivendi unterzeichnet. Bald darauf kommt es zu Zwischenfällen zwischen Viet-Minh-Leuten und französischen Truppen.

Nov. 1946 Als Vergeltung für Überfälle wird die Hafenstadt Haiphong bombardiert.

Dez. 1946 General Giap greift französische Garnisonen an. Ho Chi Minh räumt Hanoi und zieht sich in die Berge zurück. Der Indochina-Krieg beginnt.

Frankreich erhält von den USA eine ständig steigende Hilfe an Geld und Material. 1950 decken die USA 15 %, 1954 82 % der gesamten Kriegskosten. Der Einsatz amerikanischer Landtruppen wird in Erwägung gezogen. Außenminister Dulles bietet Frankreich zweimal den Einsatz von Atombomben an.

März 1949 Ex-Kaiser Bao Dai unterzeichnet mit französischen Präsidenten Auriol einen Staatsvertrag, der vorsieht, daß am 1. Juli 1949 unter Kaiser Bao Dai die erste Zentralregierung des Staates Vietnam gebildet wird. (Zum Regierungschef wird Ngo Dinh Diem ernannt.)

Mai 1954 Die letzte Festung der Franzosen Dien Bien Phu wird von den Viet-Minh erobert. Damit verliert Frankreich den Indochina-Krieg. Die Genfer Ostasienkonferenz wird einberufen. Teilnehmer: Frankreich, Großbritannien, USA, VR China, DR Vietnam, Laos, Kambodscha und Südvietnam.

Das Waffenstillstandsabkommen verbietet jedwede Einbringung von Truppen und militärischen Material nach Vietnam sowie die Schaffung neuer militärischer Stützpunkte. Vietnam wird entlang des 17. Breitengrades in zwei Umgruppierungszonen geteilt. Freie Wahlen werden für 1956 vorgesehen.

Die USA und Südvietnam unterschreiben nicht die Schlußerklärung.

Zwischen den USA und Frankreich wird ein Sonderabkommen getroffen. Danach ist es den USA gestattet im Rahmen der französischen Ausbildungsstöße für die Nationalarmee 683 Militärberater in Saigon zu stationieren.

Während der Genfer Indochina-Konferenz setzt das Staatsoberhaupt von Vietnam, Kaiser Bao Dai, als seinen Premierminister ein. Er entschließt sich zu diesem Schritt auf Empfehlung von Kardinal Spellmann und unter Druck von Außenminister Dulles.

Sept. 1954 Auf amerikanische Veranlassung wird die SEATO gegründet, der ostasiatische Verteidigungspakt. Nur 3 asiatische Staaten unterzeichnen: Thailand, Philippinen, Pakistan. Aus den westlichen Lager beteiligen sich USA, England, Frankreich, Australien, Neuseeland. Strategisch gesehen fehlten bisher Vietnam, Laos, Kambodscha in den militärischen Ring um die VR China. Dieser sollte von Korea bis nach Ost-Pakistan reichen, um die kommunistische Expansion aufzuhalten und später zurückzudrängen. Südvietnam wird in die zu verteidigende Zone einbezogen.

Erste Krise zwischen Regierung und Armee in Saigon. 9 der 14 Minister demissionieren. 2 Generale ziehen in das Kabinett ein.

- Okt. 1954 Hanoi wird zur Hauptstadt der DR Vietnam erklärt. Die restlichen französischen Truppen ziehen sich aus Nordvietnam zurück. Sie werden angewiesen, beim Rückzug alles zivile und militärische Material amerikanischer Herkunft zu zerstören. Gleichzeitig flüchten 928 000 Menschen aus dem Norden nach dem Süden. Es sind überwiegend Katholiken, die von ihren Bischöfen zum Exodus aufgerufen werden. Nur 126 000 Zivilisten übersiedeln nach Nordvietnam. Nach dieser Aktion gibt es in Nordvietnam lediglich 20 Ingenieure. Auf 130 000 Einwohner kommt 1 Arzt.
- Nov. 1954 Der amerikanische Sonderbotschafter General Collins erklärt die Bereitschaft der USA, das Training der südvietnamesischen Armee allein in die Hand zu nehmen.
- Febr. 1955 In Saigon trifft eine amerikanische Militärmission ein. Der amerikanische General O-Daniel erhält volle Verantwortung für Ausbildung und Organisation der südvietnamesischen Armee, die noch französischen Oberkommando untersteht. Hanoi schlägt die Aufnahme normaler Beziehungen zwischen Nord- und Südvietnam vor.
- Juli 1955 Dien beschließt, die Offiziere seiner Armee in den USA ausbilden zu lassen. Dien lehnt die in Genfer Abkommen vorgesehenen Verhandlungen zur Vorbereitung freier Wahlen ab. Für die Bevölkerung Süd-Vietnams bedeutet dies den Zusammenbruch aller nationalen Hoffnungen auf Wiedervereinigung. Gegen die Regierung Dien bildet sich eine oppositionelle Gruppe. Sie besteht aus Liberalen, Demokraten, Intellektuellen. Dien geht mit Gewalt gegen sie vor.
- Okt. 1955 Dien erklärt Kaiser Bao Dai als abgesetzt und ernannt sich selbst zum Staatschef. Gleichzeitig ruft er die Republik Südvietnam aus und verabschiedet eine neue Verfassung.
- 1957 - 1958 Steigender Terror in Südvietnam. 900 KZs werden eingerichtet. Präsident Eisenhower sieht massive militärische Unterstützung Südvietnams vor. Hanoi schlägt wiederum Aufnahme normaler Beziehungen vor.
- Dez. 1958 20 Viet-Cong werden in KZ Phu Loi hingerichtet. Die Widerstandsbewegung in Südvietnam beschließt nunmehr, Gewalt mit Gewalt zu vergelten. In Südvietnam entstehen bewaffnete Partisanengruppen.
- Okt. 1960 Hanoi schlägt Saigon zum wiederholten Mal die Aufnahme normaler Beziehungen vor.
- Dez. 1960 In Süd-Vietnam bildet sich die Nationale Befreiungsfront, der Bauern, Intellektuelle, Gewerkschaftler, Frauen, Studenten, kommunistische und andere politische Gruppen angehören. Diese organisiert in einem großen Gebiet Südvietnams eine eigene lokale Administration. In einem 10-Punkte-Programm fordert sie den Sturz der Dien-Regierung, die Entlassung der amerikanischen Berater, die Wiedervereinigung des Landes mit friedlichen Mitteln.

- Mai 1961 Vicepräsident Johnson besucht Südvietsnam. Er verspricht die Ausweitung wirtschaftlicher wie militärischer Hilfe an Südvietsnam. Die USA entsenden Spezialeinheiten für den Guerilla-Krieg. In Nordvietsnam wird eine 2 000 Mann starke amerikanisch-vietnamesische Partisaneneinheit abgesetzt. Sie wird völlig aufgerieben.
- Okt. 1961 Dien erklärt den Notstand für ein Jahr.
- Febr. 1962 5 000 amerikanische Soldaten und Offiziere befinden sich in Südvietsnam. Das Präsidentenpalais Diens wird durch rebellische Fliegeroffiziere aus der Luft bombardiert.
- Jan. 1963 12 000 amerikanische Berater befinden sich in Südvietsnam.
- Juni 1963 Selbstverbrennung eines buddhistischen Mönches auf der Straße in Saigon. Steigender Protest des Buddhismus gegen die Unterdrückung und den Terror des Dien-Regimes.
- Aug. 1963 In Saigon werden die Pagoden gestürzt, über 100 Geistliche, Mönche und Nonnen getötet, mehrere Tausend verhaftet. Über Saigon wird der Belagerungszustand verhängt. Ho Chi Minh bittet Präsident De Gaulles um Vermittlung im Vietnam-Konflikt.
- Sept. 1963 Präsident Kennedy kritisiert in amerikanischen Fernsehen Dien.
- Nov. 1963 Dien wird durch eine Militärjunta gestürzt und ermordet. Chef der Militärjunta ist General Duong Van Minh. In Saigon erfolgt ein neuer Militärputsch, nachdem die Militärjunta in ein Triumvirat von drei Generälen unter Van Minh umgebildet wurde.
- Jan. 1964 General Nguyen Khanh wird Ministerpräsident.
- Febr. 1964 Präsident Johnson schlägt De Gaulles Vorschlag einer Neutralisierung Südostasiens ab.
- Juli 1964 Die USA erhöhen ihr Berater-Kontingent auf 22 000 Mann. Diese benutzen Südvietsnam weithin als Kriegslaboratorium zum Testen neuer Waffen. U Thant fordert die Wiedereinberufung der Genfer Indochina-Konferenz. Die USA lehnen ab. Der südvietsnamesische Luftwaffengeneral KY erklärt, daß seit 1961 südvietsnamesische Kampf- und Sabotagegruppen in Nordvietsnam abgesetzt wurden. Beschuß von nordvietsnamesischen Inseln und Bombardierung nordvietsnamesischer Ortschaften.
- Aug. 1964 Zwischenfall in der Bucht von Tonking. Der amerikanische Zerstörer Maddox wird durch drei Patrouillenboote angegriffen. Präsident Johnson ordnet als Gegenmaßnahmen Luftangriffe auf Kriegsschiffe und Versorgungslager in Nordvietsnam an. Der amerikanische Kongreß verabschiedet eine Ermächtigungsresolution, die vorsieht, jeden bewaffneten Angriff auf die Streitkräfte der USA gewaltsam zurückzuschlagen. Ministerpräsident Khanh wird Staatsschef, gleichzeitig bleibt er Regierungschef. Nach Straßenschlachten

in Saigon tritt er als Staatschef wieder zurück. Es wird ein militärisches Triumvirat aus den Generälen Khanh, Duong Van Minh und Tran Thien Khien gebildet. Khanh übernimmt die Regierungsgeschäfte. Durch einen neuen Umsturz wird Khanh in ein Sanatorium eingeliefert und Nguyen Xuan Canh Ministerpräsident.

- Sept. 1964 Khanh kehrt auf amerikanisches Drängen nach Saigon zurück und übernimmt erneut die Funktion des Ministerpräsidenten.
- Okt. 1964 Khanh tritt zurück. Tran Van Huong bildet aus Zivilisten ein neues Kabinett.
- Dez. 1964 In Saigon erfolgt ein neuer Putsch. Es wird ein Rat der Streitkräfte gebildet, der die bisherige Regierung in Amt beläßt.
- Jan. 1965 Neuer Militärputsch in Saigon. Die Regierung wird durch die Armee abgesetzt. General Khanh übernimmt als Oberbefehlshaber der Armee erneut die Macht. Der Rat der Streitkräfte wird zum höchsten Staatsorgan erklärt. Nguyen Xuan Canh übernimmt die Ministerpräsidentenschaft.
- Febr. 1965 Indien, Frankreich und U Thant fordern erneut die Einberufung einer Indochina-Konferenz. Washington lehnt ab. Neuer Wechsel in Saigon. Der Rat der Streitkräfte setzt Canh ab und ernennt Dr. Phan Huy Quat zum Ministerpräsidenten. Nach erneutem Putschversuch wird General Khanh als Oberbefehlshaber der Armee und Vorsitzender des Rates der Streitkräfte abgesetzt.
- Mai 1965 Die USA stellen die Bombardierung Nordvietnams für 5 Tage ein. Die amerikanischen Truppen in Südvietnam werden auf 100 000 Mann erhöht.
In Saigon kommt es zum 8. Regierungswechsel. Die Regierung Quat's wird durch das Militär gestürzt. 10 Generäle bilden eine Militärjunta.
- Juni 1965 Das zehnköpfige militärische Führungskomitee ernennt den 34-jährigen Luftwaffenmarschall Nguyen Cao Ky zum Ministerpräsidenten. Saigon bricht die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich ab. Über das Land wird der Kriegszustand verhängt.
- Juli 1965 General Taylor wird durch Henry Lodge ersetzt. Die Regierung Ky's veröffentlicht ein Dekret, das für das Außern von Sympathie für den Kommunismus und Neutralismus die Todesstrafe vorsieht. Amerikanische Bomber greifen Raketenstände zur Fliegerabwehr in der Nähe von Hanoi an.
- Aug. 1965 Das Dorf Canne wird durch amerikanische Marionenfüsiliere total eingeschert und die Bevölkerung getötet.
- Dez. 1965 Das amerikanische Expeditionskorps erreicht eine Höhe von 200 000 Mann. Es soll auf eine Stärke von 500 000 erhöht werden.
- Mai 1966 Erneute Unruhen der Buddhisten. Selbstverbrennungen von Priestern und Nonnen. Die Buddhisten fordern den Rücktritt der Militärregierung Ky, die Einsetzung einer Zivilregierung, sowie die Abhaltung freier Wahlen.

Einsatz von Militär gegen Pagoden, besonders gegen die Hochburg des Buddhismus Hue. Der Widerstand der Buddhisten wird gewaltsam niedergeschlagen.

April 1966 Die Regierung sichert schriftlich die Abhaltung allgemeiner Wahlen innerhalb von 5 Monaten. Ky kündigt an, daß er auch nach der Wahl in Amt bleiben werde.

Die Buddhisten wie die Nationale Befreiungsfront rufen zu einem Boykott der Wahlen auf. Durch einzelne Terrorakte versuchen sie, die Bevölkerung einzuschüchtern.

Sept. 1966 530 Kandidaten stellen sich zur Wahl. Kommunisten und Nationalisten sind von der Wahl ausgeschlossen. Die 117 gewählten Kandidaten gliedern sich in 97 Zivilisten, 20 Militärs.

Von den 8,5 Mill. Wahlberechtigten konnten nur 5 Mill. registriert werden. Von diesen beteiligten sich 75 - 80 % an der Wahl.

Der Luftkrieg über Nordvietnam wird erheblich verschärft. Auffällig ist das zunehmende Engagement der amerikanischen Alliierten in Südvietnam. Australien und Südkorea verstärken ihre Truppenkontingente. Die ersten philippinischen Truppen treffen in Südvietnam ein.

Nach amerikanischen Schätzungen stehen als Gegner in Südvietnam neben den Angehörigen der Befreiungsfront 75 000 nordvietnamesische Soldaten. Nach englischen Schätzungen sind es nur 25 000.

Okt. 1966 In Manila findet eine asiatische Friedenskonferenz statt. An ihr beteiligen sich nur die Regierungschefs der USA und ihrer Verbündeten.

Im Schlußkommuniqué wird der Plan eines Abzuges aller ausländischen Truppen bekanntgegeben. Daneben wird aber zugleich die Entschlossenheit bekräftigt, die Freiheit Südvietnams sicherzustellen. Die Regierung von Hanoi lehnt die Friedensvorschläge als Verhandlungsgrundlage ab. Nach ihrer Begründung stellen diese Vorschläge eine Aufforderung zur Kapitulation dar.

Zusammengestellt aus: Künzli - Vietnam wie es dazu kam.
Polis-Reihe, Heft 22
EVZ Verlag Zürich

Schlußfolgerungen und Lösungsvorschlag

1. Die Wurzeln des Vietnam-Krieges reichen bis in die Zeit des von Hitler ausgelösten 2. Weltkrieges zurück und sind eng mit der europäischen und amerikanischen Politik verknüpft.
2. Das Entstehen eines souveränen Staates Vietnam wurde durch fremde Einmischung bewußt verhindert.
1946 durch Frankreich - 1954 durch die USA.

Die USA brachen das Genfer Indochina-Abkommen, indem sie Südvietnam 1954 in die SEATO einbezogen.

- sie kurz darauf in Südvietnam eine amerikanische Militärmission einrichteten und militärische Berater entsandten,
- sie die für 1956 vorgesehenen Wahlen verhinderten,
- sie laufend ihr Truppenkontingent erhöhten.

3. Folgende Motive scheinen für das Verhalten der USA maßgebend zu sein:
Zu verhindern, daß Vietnam ein souveräner Staat unter kommunistischer Führung wird,
zu sichern, daß die USA die Kontrolle über Ostasien behalten,
zu verhindern, daß die VR China ihren Machtbereich erweitert,
zu garantieren, daß die USA in diesem Gebiet militärische Stützpunkte behält,
zu zeigen, daß die USA die politische Stabilität der asiatischen Staaten garantieren kann.
4. Der bisherige Verlauf des Vietnam-Krieges zeigt, daß der Konflikt militärisch nicht entschieden werden kann und daß die Gefahr eines 3. Weltkrieges durch die Eskalation ständig größer wird.

5. Der Vietnam-Krieg kann nur durch eine politische Lösung beendet werden, in der die USA die FLN als Verhandlungspartner anerkennen.

Die politische Lösung muß mit einem Waffenstillstand beginnen. Die Einstellung der Kampfhandlungen sollte ohne Rücksicht auf die derzeitige militärische Position der kämpfenden Parteien erfolgen. An die Stelle des Krieges muß die Verhandlung treten.

Wir halten folgende Schritte zum Frieden in Südvietnam für erforderlich:

1. Waffenstillstand
2. Verhandlungen zwischen den kämpfenden Parteien
(USA, Saigoner Regierung, Südvietnamesische Befreiungsfront)
3. Vorbereitung von Wahlen in Südvietnam unter internationaler Kontrolle.
Die Kontrolle könnten die Garantienächte des Genfer Abkommens (Großbritannien, Polen, Indien) ausüben.
4. Aus diesen Wahlen geht eine neue Regierung Südvietnams hervor, die von allen Partnern anerkannt wird.
5. Abzug der amerikanischen Truppen und nordvietnamesischer Truppen, soweit solche in Südvietnam zur Zeit sind.
6. Südvietnam wird gemäß dem Programm des 1. Kongresses der Befreiungsfront im Jahre 1962 ein unabhängiger, neutraler Staat.

7. Die USA, die Sowjetunion und die VR China übernehmen Garantien für das unabhängige und neutrale Südvietnam.
8. Die USA stehen zu ihrem Angebot, 1 Milliarde Dollar Wirtschaftshilfe für Südostasien zu geben; die anderen Großmächte werden aufgefordert, sich an dem Projekt zu beteiligen, dessen Realisierung die UNO übernimmt.
9. Nord- und Südvietnam nehmen wirtschaftliche Beziehungen auf.
10. Das Endziel sind gemeinsame Wahlen in ganz Vietnam. (Siehe Genfer Abkommen)

Parallel zu diesen Schritten müßte die Anerkennung der VR China durch die USA geschehen und die VR China in die UNO aufgenommen werden.

RESOLUTION ZUM VIETNAM-KRIEG
des Beratenden Ausschusses der Christlichen Friedens-
konferenz in Oktober 1968 in S o f i a

1. Die Christliche Friedenskonferenz steht seit Beginn des Vietnamkrieges an der Seite des schwer leidenden vietnamesischen Volkes und hat mit Genugtuung die Stellungnahmen von Kirchen und Christen und vielen anderen in den USA begrüßt, die sich gegen die gegenwärtige Süd-Ost-Asien-Politik ihrer Regierung gewandt haben.
2. Die Intervention der USA in Vietnam muß als Bruch der Charta der UNO angesehen werden. Der Krieg, der sich daraus entwickelt hat, wird mit Methoden geführt, die internationales Recht und Menschenrecht verletzen. Der Krieg in Vietnam ist ein Aggressionskrieg, mit dem eine militärische Machtpolitik die Menschheit an den Rand der Atomkatastrophe heranzuführt. Diese militärische Machtpolitik ist ein Teil einer antikommunistischen Politik der USA, die sich gegen China wendet. Die verschiedenen "Friedensinitiativen" der Regierung Johnsons, die in jedem einzelnen Fall von einer erneuten Steigerung militärischer Aktionen begleitet werden, ermutigen nicht, künftigen Friedensvorschlägen, wenn sie gemacht werden, Vertrauen entgegenzubringen.
3. Die unaufhörlichen Bombardierungen in Süd- und Nordvietnam, die Anwendung von Napalm, Gas und chemischen Vernichtungsmitteln, die unzählige Opfer unter der Bevölkerung fordern, sind ein schreckliches Verbrechen an dem vietnamesischen Volk. Die Zerstörung von Industrieanlagen, Bewässerungs- und Wirtschaftseinrichtungen hat - besonders in Nordvietnam - zu schweren ökonomischen Schäden geführt. Das geschieht einem Volk, das nach einem opfervollen Befreiungskrieg in Lauf von zehn Jahren seine Wirtschaft unter härtesten Bedingungen zum Wohl seiner Brüder zu entwickeln begonnen hat.
4. Anstelle der Befreiung des Volkes von menschenunwürdigen Verhältnissen, von Unterdrückung und Ausbeutung wurde der Bevölkerung Südvietnams ein feudales Gewaltregime nach dem andern aufgenötigt - bis hin zur Militärdiktatur Kys. Dabei hat die amerikanische Regierung den Willen des Volkes ignoriert, wie dieser in der Nationalen Befreiungsfront und in der Opposition der Buddhisten und anderer Bürger in Saigon und in anderen südvietnamesischen Städten zum Ausdruck kommt.
5. Die wachsenden Leiden des vietnamesischen Volkes und die zunehmende Bedrohung des Weltfriedens machen deutlich, daß unser Eintreten für den Frieden in Vietnam durch Beendigung der amerikanischen Aggression energischer werden muß. Darum rufen wir die Christen und Kirchen aller Länder auf zu konkreten Aktionen der Solidarität mit dem vietnamesischen Volk.
6. Wir appellieren an alle Regierungen, an die Weltöffentlichkeit, an die verantwortlichen Persönlichkeiten in Kirchen und Religionsgemeinschaften, mit aller Intensität und gebotenen Eile folgende Forderungen zu unterstützen, um den Blutvergießen in Vietnam und der damit verbundenen Bedrohung des Weltfriedens ein Ende zu machen:
 - a) die sofortige und bedingungslose Einstellung der Bombenangriffe auf die Demokratische Republik Vietnam und die Beendigung aller militärischen Aktionen der USA und ihrer Verbündeten;

- b) die Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront als legitimen Vertreter der südvietnamesischen Bevölkerung;
- c) die Erfüllung des Genfer Abkommens von 1954, damit die südvietnamesische Bevölkerung ihre Angelegenheiten ohne fremde Einnischung selbstständig entscheiden kann, und das ganze vietnamesische Volk garantierte Gelegenheit erhält, über seine staatliche Einheit selbst zu entscheiden;
- d) die Zurückziehung aller amerikanischen und mit ihnen verbündeten Truppen aus Vietnam;
- e) die Auflösung aller militärischen Stützpunkte der USA in Süd-Vietnam;
- f) ökonomische Hilfe für Vietnam und zwar durch Entschädigung seitens der USA und internationale Hilfe für den Wiederaufbau Vietnams. Außerdem müssen dem leidenden Volk in Vietnam sofort Medikamente und andere Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates von 17.2.1966

Als Mitglieder des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen, der zur Zeit in Genf (Schweiz) tagt, drücken wir unsere tiefe Teilnahme an der Tragödie von Vietnam aus. Diese Teilnahme wurde von vielen Mitgliedskirchen und beigeordneten Räten in der ganzen Welt ausgesprochen. Wir wissen um die Sehnsucht der Menschen nicht nur Südasiens, sondern in der ganzen Welt nach Frieden. Hierin sind wir Teil der gesamten Menschen. Aber wir glauben, daß wir als Vertreter christlicher Kirchen einen noch tieferen Grund haben, für den Frieden zu sprechen und zu handeln. Wir glauben, daß wir den Frieden auf Grund des Evangeliums suchen müssen, wie er durch unseren Herrn gebracht und verkündet wurde. Als Vertreter einer weltweiten Gemeinschaft des Glaubens gedenken wir daran, daß wir als Kinder Gottes gesegnet werden, wenn wir als Friedensstifter handeln. Wir beten für den Frieden.

Gemeinsam mit allen Menschen guten Willens gedenken wir; an das Leiden eines Volkes, das bereits allzulange gelitten hat, an die Verkehrung der menschlichen Möglichkeiten des Aufbaues zur Zerstörung, an die Gefahr der Steigerung zu einem weltweiten Konflikt, an die Feststellung, daß es keine internationale, von Recht bestimmte Gemeinschaft oder auch nur eine ausreichende Verständigung darüber gibt. Diese unglücklichen Realitäten tragen zur Verstärkung des christlichen Auftrages bei. Darüber hinaus muß in diesem nuklearen Raumzeitalter das Streben nach Gerechtigkeit das Risiko eines katastrophalen Konfliktes in Rechnung stellen. Wir können jedoch nicht vergessen, daß Frieden die Frucht der Gerechtigkeit ist und in demselben Maß dauerhaft oder unerträglich wird, wie er auf Gerechtigkeit und Freiheit gegründet ist. Die Frucht aber der Gerechtigkeit wird gesät in Frieden denen, die Frieden halten."

"In dieser Zeit zu schweigen, wäre nicht zu verantworten."

Wir sprechen auf den Hintergrund einer Gemeinschaft von Christen, die von Jahr zu Jahr ihren weltweiten Charakter vertieft. Das Ziel unserer Worte ist jedoch nicht, ein Urteil zu fällen über das, was unsere gegenwärtige beschwörende Stellungnahme verursacht hat, denn alle sind in gleicher Weise unausweichlich beteiligt. Sondern wir wollen mit aller Objektivität die Lage betrachten, wie sie jetzt ist, den Tatsachen aufrichtig ins Auge sehen und alles in unserer Macht Stehende tun, um dazu zu helfen, die Menschheit auf den Weg der Vernunft und der internationalen Weisheit zu bringen.

Die Leiter der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten (KIKIA) haben uns über ihre fortlaufende Tätigkeit, besonders seit der letzten Sitzung des Zentralausschusses in Emugu im Januar 1965, unterrichtet. Zahlreiche Nationale Räte haben gesprochen, ihre Ansichten miteinander ausgetauscht und Eingaben an ihre Regierungen gemacht. Wir stellen vor allen die fortlaufende Behandlung des Vietnamproblems durch den Nationalrat der Kirchen Christi in den Vereinigten Staaten von Amerika fest, die eine weitverbreitete Infragestellung der Vernünftigkeit und Richtigkeit der gegenwärtigen Politik der Vereinigten Staaten widerspiegelt und die neue und glücklichere Wege sichtbar macht.

Die Konsultation in Bangkok Anfang Dezember 1965 offenbarte einen weiten Bereich der möglichen Haltung von Christen. Delegierte der Ostasiatischen Christlichen Konferenz und des Nationalrates der Kirchen Christi in den Vereinigten Staaten diskutierten miteinander die Punkte, in denen sich ihre Meinung unterschied und in denen sie auf der Grundlage eines besseren

gegenseitigen Verständens übereinstimmen. Im Verlauf der vergangenen zwölf Monate haben die Leiter der KKLA direkt mit bestimmten Regierungen und mit den Vereinten Nationen Verbindung aufgenommen, um ihnen die Ansicht nationaler Kommissionen, regionaler Vertretungen und der Organe des Ökumenischen Rates der Kirchen vorzutragen. Sie drängten besonders die Regierungen jenes Bereichs, ihre Dienste zu benutzen, um die beteiligten Parteien in Verhandlungen miteinander zu bringen. Die in den letzten Monaten von Papst Paul VI. herausgegebenen Aufrufe zum Frieden unterscheiden sich nicht wesentlich von denen, die der ÖRK in vergangenen Jahr veröffentlicht hat. Mögliche Wege der Zusammenarbeit und des gemeinsamen Vorgehens von Vatikan und Ökumenischen Rat sollen ermundet werden.

Das eigentliche Ziel muß sein, die Kämpfe zu beenden. Dies ist der wirkungsvollste Schritt, um Diskussionen und Verhandlungen zu beginnen. Dabei handelt es sich um keine leichte Aufgabe. Wir übersehen nicht die tiefgreifenden Hindernisse, die bisher den Fortschritt der Bewegung von Schlachtfeld weg und an den Verhandlungstisch verhindert haben. Dies drängt um so mehr, da beide Seiten durch die Fortdauer des Konfliktes vor ernste Probleme gestellt werden - die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Alliierten einerseits erwarten eine Steigerung der tiefen massischen Voreingenommenheit gegen die Vereinigten Staaten und den Westen, die Vietnamesen andererseits erwarten ein ungeheurer Verlust an Menschen und Material. Der am Ende des Konfliktes in Aussicht stehende Sieg rechtfertigt nicht die unumgänglichen Kosten.

Die Leiter der KKLA haben uns ihre Ansicht berichtet, daß die beste Möglichkeit, zu einer Übereinstimmung zu kommen, jetzt in dem Rückbezug auf die Teilnehmer und Ergebnisse der Genfer 14-Mächte-Konferenz von 1954 in dieser oder jener Form zu liegen scheint. Diese Möglichkeit wurde schon seit dem März 1965 vertreten, zusammen mit folgenden anderen: Rückbezug auf die Vereinten Nationen, wenn das auch den Nachteil hat, daß die Volksrepublik China hier keinen Sitz hat; Reaktionen auf die Initiativen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen; der Gebrauch der ad-hoc-Repräsentation durch die Großmächte, insbesondere die UdSSR und Großbritannien, als ständige zweite Vorsitzende der Genfer Konferenz. Wir ermutigen sehr zum Handeln in dieser Richtung.

Der Zentralausschuß hält daran fest, daß die Suche nach einer friedlichen Lösung unermüdlich verstärkt wird. Zu gleicher Zeit können wir die menschliche Tragödie in Vietnam nicht übersehen, die sich täglich neu ereignet, solange die Kämpfe andauern.

Wir stellen die folgenden Zielpunkte heraus, die nach unserer Meinung so schnell wie möglich verwirklicht werden sollten, um das Leiden der Menschen auf einen Mindestmaß zu halten und um beizutragen zu der Schaffung eines besonderen Klimas zur Aufnahme von Verhandlungen.

1. Die Vereinigten Staaten und Südvietnam beenden die Bombardierung des Nordens, und Nordvietnam beendet die militärische Infiltration in den Süden.
2. Die Vereinigten Staaten geben sofort ihre Bereitschaft zum Rückzug ihrer Truppen bekannt, der stufenweise in Verbindung mit unter internationaler Aufsicht stehenden Vorkehrungen zur Erhaltung des Friedens stattfindet und nach dem Urteil einer internationalen Autorität als angemessen betrachtet wird.

3. Alle Parteien erkennen die Notwendigkeit an, daß sowohl der Regierung von Südvietnam als auch der Nationalen Befreiungsfront (Vietcong) in einem noch zu bestimmenden Verhältnis zueinander ein Platz in den Verhandlungen zukommt. Vorbereitungen für eine Verhandlung zwischen der Regierung von Südvietnam und der Nationalen Befreiungsfront werden in der Hoffnung gefordert, daß sich ein Verhandlungspartner, der ganz Südvietnam betrifft, finden läßt.
4. Nord- und Südvietnam entwickeln eine größere Beweglichkeit in der Initiative für und Reaktion auf Verhandlungsangebote.
5. Alle Parteien geben Zivilisten jeden möglichen Schutz und erleichtern das Los derer, die unter den Kämpfen leiden.
6. Alle Parteien anerkennen die Bedeutung dessen, daß das, was in Vietnam geschieht, Teil einer sozialen Revolution ist. Sowohl Nord- als auch Südvietnam sollten ohne fremde Intervention in der Lage sein, ihre Zukunft selber zu bestimmen unter angemessener Beachtung des Gebotes, Frieden und Sicherheit in Südostasien zu erhalten.
7. Alle Parteien sollten die Sinnlosigkeit militärischer Handlungen zur Lösung der dahinterliegenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme Vietnams erkennen. Massive und großzügige Entwicklungsprogramme sind notwendig.
8. Um die gegenwärtige internationale Spannung zu erleichtern, überprüfen und modifizieren die Vereinigten Staaten ihre Politik der "Eindämmung" des Kommunismus, und kommunistische Länder überprüfen und modifizieren ihre Politik der "Befreiungskriege."
9. Jede Anstrengung wird unternommen, um das 700-Millionen-Volk der Chinesen, vertreten durch die an der Macht befindliche Regierung, als Volksrepublik China in die weltweite Gemeinschaft der Nationen aufzunehmen, damit es die ihm angemessene Verantwortung übernimmt und die legitime Möglichkeit benutzt, um einen wesentlichen Beitrag für den Frieden und die Sicherheit nicht nur Südostasiens, sondern der ganzen Welt zu leisten.
10. Es wird sofort von beiden Seiten die Übereinstimmung über eine weitere sofortige Feuereinstellung von angemessener Dauer erzielt, um als Zeit der Abkühlung und der Erprobung von Verhandlungsmöglichkeiten zu dienen. Eine beachtlich zu vergrößernde Gruppe der Internationalen Kontrollkommission (Indien, Kanada und Polen) sieht darauf, daß das Übereinkommen zur Feuereinstellung eingehalten wird.

Nationalrat der Kirchen Christi in den Vereinigten
Staaten

Stellungnahme zur Vietnam-Frage

Angenommen in der Sitzung des Allgemeinen Vorstandes
(General Board) vom 8. Dezember 1965

Voller Sorgen und Schmerz stehen wir dem tiefen Leid gegenüber, das der Krieg über das vietnamesische Volk in Nord- und Südvietnam und über andere gebracht hat, die von dem Konflikt betroffen worden sind, einschließlich derjenigen, die im Militärdienst oder anderen Diensten stehen, und über die Familien unseres eigenen Volkes und anderer Völker.

Die Probleme dieses Krieges und ihre möglichen Lösungen sind sehr komplex, und auch unter uns herrschen darüber aufrichtige Meinungsverschiedenheiten.

Einige sind der Meinung, daß die militärischen Bemühungen fortgesetzt werden müssen und daß, falls die Ausbreitung des Kommunismus durch gewaltsame Infiltration nicht durch weitere militärische Mittel unter Kontrolle gebracht wird, die Freiheit nicht nur Südvietnams, sondern ganz Südostasiens auf dem Spiele steht. Nach dieser Ansicht muß der Krieg weitergehen, bis militärische Ergebnisse die Vietkongs und die Nordvietnamesen an den Konferenztisch bringen.

Andere vertreten folgende Ansicht:

Eine Fortsetzung des Kampfes wird Verhandlungen nicht erleichtern und der Sache des Friedens, der Gerechtigkeit und der Freiheit nicht dienen. Sie wird in Gegenteil nur bedeuten, daß das vietnamesische Volk mit noch mehr Blut und Tränen bezahlen müssen wird und daß auf allen Seiten die Desillusionierung und die Spaltung zunehmen werden. Es besteht die ernste Möglichkeit, daß ein verlängerter Krieg eine weitere Eskalation mit sich bringt und damit die ganze Menschheit bedroht.

Der Kampf, und ganz besonders die Bombardierung Nordvietnams, kann den Fortschritt in der Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion und in der Übereinkunft für eine Rüstungskontrolle und Abrüstung nur verlangsamen. Innerhalb der Vereinigten Staaten sehen wir auch, wie das in Verbindung mit allen Kriegen zu geschehen pflegt, eine Entpersönlichung des Lebens und eine zunehmende Verrohung der Sitten.

Wir sind der Überzeugung, daß Christen innerhalb dieses weiten Bereiches ihrer Anteilnahme die eine oder andere dieser Ansichten - oder auch ganz andere Meinungen - vertreten können und auch vertreten, und daß man deswegen die Integrität ihres Gewissens nicht in Zweifel ziehen sollte.

Mit Zustimmung stellen wir fest:

1. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat am 7. April 1965 und seither bei anderen Gelegenheiten öffentlich erklärt, daß die Regierung sich bedingungslos dem Grundsatz von Gesprächen verpflichtet weiß, die auf Verhandlungen über die Einstellung der Feindseligkeiten und eine Friedensregelung abzielen. Er hat die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, die Vermittlungsbemühungen von Mitgliedern der Vereinten Nationen, U Thant, und hat die Errichtung eines Entwicklungsfonds für Südostasien in Höhe von 1 Milliarde Dollar vorgeschlagen.

2. Die Luftwaffe der Vereinigten Staaten hat sich bemüht, die Bombardierung der Wohnzentren Nordvietnams zu vermeiden.
3. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat seine Bereitschaft zu verstehen gegeben, sich für eine Beendigung der Feindseligkeiten einzusetzen.

Wir sind der Meinung, daß eine Lösung des Vietnamproblems nur dann wesentlich vorangetrieben werden kann, wenn sich die Handlung von Schlachtfeld an den Konferenztisch verlagert. Wir beten darum, daß dies schnell erreicht werden möge. Wir möchten unser Volk auch daran erinnern, daß wir bei unseren Bemühungen, eine Lösung für diese Probleme zu finden, ständig vor Augen halten müssen, daß wir die grundlegende christliche Ethik der Liebe und der Versöhnung anwenden müssen. Wir empfehlen darum den Vereinigten Staaten, in Interesse ihrer Bemühungen Frieden und zunehmende Gerechtigkeit und Freiheit für das Gebiet von Vietnam herbeizuführen, folgende Vorschläge zu erörtern:

1. Die Vereinigten Staaten bekräftigen und zeigen weiterhin die Bereitschaft für Gespräche und Verhandlungen ohne irgendwelche Vorbedingungen in solcher Weise, daß damit jeglicher Zweifel an der offiziellen Politik hinsichtlich der Beendigung der militärischen Maßnahmen beseitigt wird. Solche Bekräftigung könnte strategisch dadurch zum Ausdruck gebracht werden, daß man für einen ausreichenden Zeitabschnitt alle Bombardierungen von Zielen in Nordvietnam einstellt, um ein günstiges Klima für einen Verhandlungsbeginn zu schaffen, und sich darum bemüht, daß gleichzeitig die nordvietnamesische Regierung die Entsendung von Streitkräften und Kriegsmaterial nach Südvietnam einstellt.
2. Das Prinzip, Bombenabwürfe auf Wohnzentren in Nordvietnam zu vermeiden, muß strikt eingehalten werden.
3. Die Vereinigten Staaten bemühen sich in verstärktem Maße darum, das verweirte Los der nicht kämpfenden Zivilisten in Südvietnam zu erleichtern, um zu verhindern, daß sie die Opfer der Feindseligkeiten werden.
4. Die Vereinigten Staaten bitten die Vereinten Nationen, Waffenstillstandsverhandlungen (auch über die Einstellung der Terroristentätigkeit) wo und wann immer möglich zu beginnen, und zwar unter Aufsicht der Vereinten Nationen mit den Regierungen der Vereinigten Staaten, Nord- und Südvietnams und anderer beteiligter Parteien, einschließlich der Vertreter der Nationalen Befreiungsfront. Solche Verhandlungen sind unerlässlich und könnten auf Grund des beiderseitigen Interesses, der Bevölkerung weiteres furchtbares Leid zu ersparen, zustande kommen.

Die Vereinigten Staaten bitten die Vereinten Nationen ferner, sobald wie möglich eine Friedenskonferenz über die Vietnam-Frage einzuberufen, an der alle interessierten Regierungen und auch Vertreter der Nationalen Befreiungsfront teilnehmen. Dieses sollte die Basis für eine Regelung grundlegender Fragen und die Mittel, solch eine Regelung mit wirksamen internationalen Garantien zu versehen, erforschen.

5. Die Vereinigten Staaten machen deutlich, daß das Hauptziel einer Beilegung des Vietnam-Konfliktes in der Unabhängigkeit Südvietnams von jeder äußeren Einmischung besteht und die völlige Freiheit des Landes mit einschließt, den Charakter seiner zukünftigen Regierung durch eine friedliche, freie und kontrollierte Wahl seines Volkes zu bestimmen. Durch

eine solche Wahl könnte beispielsweise entschieden werden, ob Südvietnam eine Koalition von Nationalisten und Nationaler Befreiungsfront oder eine Vereinigung mit Nordvietnam (vielleicht durch Volksentscheid) wünscht, ob es einen unabhängigen, neutralen und bündnisfreien Staat bilden oder auch mit Kambodscha und Laos eine Pufferzone zwischen der kommunistischen und der nicht-kommunistischen Einflusssphäre schaffen will, dabei völlig frei mit beiden Handel treibt, oder ob es schließlich beabsichtigt, den Südostasien-Pakt der freien Staaten Südostasiens oder anderswo beizutreten.

6. Die Vereinigten Staaten sollten erklären, daß sie einen abgestuften Rückzug aller ihrer Truppen und Stützpunkte aus Vietnam befürworten, falls und sobald diese Truppen durch eine angemessene internationale Friedensstreitmacht ersetzt werden können, die aus militärischen Kontingenten zusammengesetzt ist, die in der Lage sind, Ordnung zu halten, während die Friedensbestimmungen durchgeführt werden.
7. Zur Erfüllung des Vorschlages des Präsidenten stellen die Vereinigten Staaten durch den Kongreß Fonds für eine Wiederaufbauhilfe und eine langfristige Wirtschaftsentwicklungshilfe für Südostasien bereit, einschließlich der Indochina angeschlossenen Staaten. Diese Hilfe sollte vorzugsweise durch eine wirksame internationale Organisation verteilt werden, in der die Empfängerstaaten voll und ganz mitarbeiten. Der Nationalrat der Kirchen Christi in den Vereinigten Staaten bittet die Regierung der Vereinigten Staaten ganz besonders, durch weitere entsprechende Maßnahmen des Kongresses und der Exekutive den Beitritt der Vereinigten Staaten zur Asiatischen Entwicklungsbank zu ermöglichen und ihren vollen Kapitalbeitrag hier zu leisten.

In einer Welt der Revolution, des raschen Umbruchs und des scharfen Konflikts der Ideologien haben Christen die Möglichkeit und die Pflicht, eine Versöhnende und heilende Kraft zwischen Staaten, Völkern und Rassen zu bilden.

Die Kirchen und die freiwilligen Hilfsorganisationen in den Vereinigten Staaten sollten eine umfassende Erweiterung ihres Flüchtlingsdienstes und ihrer Hilfe für die Opfer des Krieges vorbereiten und damit ihren vollen Beitrag zu der gigantischen Aufgabe des Wiederaufbaus und der Versöhnung leisten.

Der Allgemeine Vorstand genehmigt hiernit die folgenden Empfehlungen der "Division of Christian Life and Mission" (Abteilung für christliches Leben und Mission) von 3. Oktober 1965 zur Beschlußfassung durch den Nationalrat der Kirchen.

1. Das wichtigste Gespräch auf höchster Ebene zwischen Christen und Asien und den Vereinigten Staaten in Zusammenarbeit mit der Ostasiatischen Christlichen Konferenz über die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen dieser Länder fortzusetzen und zu verstärken.
2. In das Kriegsgebiet Asiens einen Vertreter zu entsenden, der sowohl politische Fachkenntnisse besitzt als auch christliches Verständnis, um als Vertreter der Christen der Vereinigten Staaten in diesem Gebiet zu dienen und den Kirchen in den Vereinigten Staaten die asiatischen Gesichtspunkte zu erläutern.

3. Direkt und durch den Ökumenischen Rat der Kirchen über die Grenzen des politischen und gesellschaftlichen Konflikts hinweg, sinnvollere und fortlaufende Verbindungen zu anderen Kirchen anzustreben.
Im Blick auf die Zukunft fordert der Wiederaufbau Vietnams ein Programm und eine Zielsetzung, die umfangreich genug sind, um die Unterstützung der gesamten Bevölkerung Vietnams zu gewinnen. Die Aufgabe der Versöhnung und der Aufrechterhaltung des Friedens fordert von den Kirchen und den Regierungen größte staatsmännische Weisheit.

Der Allgemeine Vorstand billigt die Absendung der folgenden Botschaft an die Kirchen:

Dafür: 93

Dagegen: 10

Enthaltungen: 6

Auszug aus:

J u n g e K i r c h e

Protestantisches Monatsheft 1/66

Erklärung von Dr. D. T. Niles (Ceylon), Generalsekretär der
Ostasiatischen Christlichen Konferenz

Was möchte die Regierung der Vereinigten Staaten durch ihre gegenwärtige Politik in Vietnam erreichen?

1. Sie sagt, sie möchte Nord-Vietnam dazu bringen, Süd-Vietnam unbehelligt zu lassen.

Die Hauptschwierigkeit ist dabei die, daß Nord-Vietnam und Süd-Vietnam zusammen ein Land bilden, und daß das Volk in beiden Teilen das Land wiedervereinigt sehen will. Die Situation in Vietnam ist durchaus verschieden von der in Korea oder Deutschland. Es ist grundsätzlich falsch zu denken, daß eine ausländische Macht sich gegen den Willen des Volkes, die Vereinigung seines Landes herbeizuführen, durchsetzen kann. Sie kann auch nicht darüber entscheiden, wie die Bevölkerung dieses Landes ihren Wunsch verwirklicht.

2. Sie sagt, sie suche den Einfluß der Volksrepublik China in Asien in Schranken zu halten.

Diese Feststellung beruht auf einem doppelten Fehlurteil. Erstens können die USA nicht ewig in Asien bleiben. Die Völker Asiens müssen ihre Angelegenheiten untereinander beglichen. Zweitens verbieten die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in den Ländern Asiens die Formulierung einer Politik, die auf einer ausschließlich negativen Haltung gegenüber dem Kommunismus beruht. Bevor sich in Westen die großen Linien der parlamentarischen Demokratie abzeichneten, hatten die West-Länder die Probleme des Feudalismus, der Klassengesellschaft, der nationalen Selbstregierung, usw. bereits behandelt. Um es kraß zu sagen, gewisse Dinge, die Heinrich VIII. in England tat, geschehen in Asien erst heute. All dies bedeutet, daß die Regierung der USA von Seiten der Völker Asiens nicht mit sympathisierendem Verständnis für das rechnen kann, was sie in Vietnam zu tun versucht. Zu sagen, daß die Regierung Süd-Vietnam die Politik der Vereinigten Staaten billigt, besagt nichts. Denn es ist noch nicht deutlich geworden, wen diese Regierung vertritt. Soweit es sich beurteilen läßt, vertritt sie lediglich diejenigen, in deren Händen augenblicklich die militärische Macht ruht.

3. Sie sagt, sie suche den Weg zu Verhandlungen über ein Vietnam-Abkommen, das kein Ausverkauf an den Kommunisten darstellt.

Wenn man von der Tatsache ausgeht, daß der Führer Nord-Vietnams in Asien heute überwiegend als Nationalheld betrachtet und sein Ziel, in Vietnam einen kommunistischen Staat außerhalb des chinesischen Machtbereiches aufzubauen, allgemein gebilligt wird, wenn man von dieser Tatsache ausgeht, so beginnt man sich zu fragen, was für eine Art von Abkommen den Vereinigten Staaten vorschwebt. Durch ihre gegenwärtige Politik und ihr Vorgehen haben sie Nord-Vietnams Chancen, seine Unabhängigkeit von China zu wahren, fast völlig zerstört.

Sie haben ebenfalls der Sowjetunion jede, oder fast jede Möglichkeit genommen, in Asien eine bewegliche Politik zu treiben. Alles, was geschehen ist, hat die Position Chinas ganz erheblich gestärkt. Wenn durch die Verhandlungen ein Abkommen zustande kommen soll, das keinen Anverkauf an den Kommunismus darstellt, kann das nur geschehen, wenn Süd-Vietnam in koloniale Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten gebracht wird. Diese Abhängigkeit müßte jedoch vertraglich gesichert und von einer ausländischen Macht garantiert werden. Von den Ländern Asiens kann nicht erwartet werden, daß sie solch eine Situation auf die Dauer akzeptieren.

4. Sie sagt, daß die Vereinigten Staaten, wenn sie sich jetzt aus Vietnam zurückzögen, andere Länder in Asien verrieteten, die ihre Gegenwart im Interesse der eigenen Stabilität wünschen.

Dieser Gesichtspunkt ist wichtig. Aber wie können die Länder Asiens, die von den USA sowohl wirtschaftliche Hilfe als auch politische Stabilität erhoffen, sich wirklich auf die USA verlassen, wenn diese den Eindruck entstehen lassen, daß sie letzten Ende ihre überwältigende militärische Macht zum Schutz vorwiegend eigener unmittelbarer Interessen gebrauchen werden?

Die Geschichte amerikanischer Hilfe in den Ländern Asiens ist eine bunt gescheckte. Es ist von höchster Bedeutung, daß von den Vereinigten Staaten in Asien das Bild eines mächtigen Landes mit reifen politischem Urteil entsteht.

Ein Land wie die USA hat es nicht nötig, auch nur daran zu denken, auf die Herausforderung zu antworten, es sei nur ein Papiertiger.

5. Sie sagt, daß es früher oder später zu einer Konfrontation zwischen der Volksrepublik China und den USA kommen muß, und daß Vietnam Zeit und Ort dafür sind.

Hierauf können wir nur fragen:

Ist das menschliche Leben in Asien so billig?

Jungo Kirche
Protestantisches Monatsheft 4/65

B e r a t u n g ü b e r V i e t n a m

einberufen von den Amtsträgern der Ostasiatischen Christlichen Konferenz
und des Rates der Kirchen Christi in den USA

(National Council of Churches in the USA)

Auf Einladung der Ostasiatischen Christlichen Konferenz (EACC) fand in Bangkok vom 1. bis 4. Dezember 1965 eine Konsultation statt, die sich in erster Linie mit den Problemen Vietnam beschäftigte. 18 Delegierte des Nationalrates der Kirchen Christi in den USA (NCCC), der Ostasiatischen Christlichen Konferenz, und, in beratender Eigenschaft für beide Delegationen, der Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten, nahmen daran teil.

Als Kirchennänner verschiedener Herkunft, jedoch verbunden in unseren gemeinsamen Glauben, sind wir dankbar für die Bereicherung, Klärung und Erneuerung der Gemeinschaft, die diese Begegnung ermöglichte. Über Monate und Jahre standen wir in Verbindung miteinander - sei es durch Korrespondenz, den Austausch von Dokumenten oder auch persönlich - und so waren wir einander nicht unbekannt.

Wir erkannten, und zwar immer deutlicher, daß jeder von uns tief in seinem eigenen Milieu verwurzelt ist und daß wir folglich gelegentlich von verschiedenen Voraussetzungen ausgehen, die für unsere Interpretation der Tatsachen in der Welt von heute und unsere Beurteilung ihrer Probleme ausschlaggebend sind. Beispielsweise wurden wesentliche Meinungsunterschiede in der Diskussion über die Macht und ihren verantwortlichen Gebrauch deutlich. Manch einer war der Ansicht, daß in Abwesenheit internationaler Vorkehrungen zur wirklichen Abwehr von Kräften, die von außen her Frieden, Ordnung und Sicherheit eines Landes gefährden, die USA verpflichtet sind, die Bitte einer bestehenden Regierung um Hilfe zu erfüllen; diejenigen, die diese Ansicht vertraten, übersahen nicht, daß dabei auch Eigeninteressen der U.S. in Spiel sind und daß ihr Vorgehen in gewissen Ausmaß gegen das allgemeine Gerechtigkeitsempfinden verstoßen mag und mit den gegenwärtigen Vorstellungen von der Selbstbestimmung und der Nicht-Einnischung in Widerstreit steht. Andere betonten, daß den Völkern Asiens die Freiheit zustehe, ihre Beziehungen und ihr Schicksal selbst zu gestalten; sie äußerten daher die Ansicht, daß die gegenwärtige Politik der Vereinigten Staaten in Vietnam eine unberechtigte Einnischung darstellt - eine Ansicht, die sie auch in soweit vertreten, als die Volksrepublik China und die UdSSR betroffen sind. Sie übersahen nicht die Gefahr, die ein interner Konflikt für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit darstellt, noch die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit zur Stärkung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Entwicklungsländern.

Wir möchten die aufgetauchten Differenzen weder übersehen noch überbetonen. Wir hatten einen offenen und gesunden Meinungsaustausch, der gelegentlich zu Änderungen einer Meinung führte.

Wir danken Gott dem Allmächtigen für die ökumenische Gemeinschaft, der wir nicht nur die Erfahrung unserer Solidarität im christlichen Glauben verdanken, sondern auch die Möglichkeit, uns gemeinsam kritischen Weltfragen

zuzuwenden, in diesen Fall besonders den Problemen Vietnams.

Wir können nicht für die Kirche und Räte sprechen, in deren Namen wir gekommen sind, und beanspruchen dies auch nicht. Nichtsdestoweniger fühlen wir uns verpflichtet, von unserer Diskussion zu berichten.

Das Volk Vietnams besitzt das Recht auf Selbstbestimmung, und dieses Recht sollte anerkannt und beachtet werden. Wir alle stimmen darin überein, daß die von der Genfer Indochina-Konferenz im Jahre 1954 festgelegte Demarkationslinie als provisorisch galt und in keiner Weise als eine politische oder territoriale Grenze betrachtet werden sollte. Eine Meinungs-differenz - obwohl nicht stets folgerichtig ausgeführt - tauchte darüber auf, ob das Recht der Selbstbestimmung nur auf Vietnam als ganzes oder getrennt auf Süd- und Nord-Vietnam zutreffe. Diese Differenz verlor jedoch an Schärfe durch unsere gemeinsame Erkenntnis, daß der Kriegszustand in Vietnam die unmittelbare Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes unmöglich macht.

In der Zeit, in der die Voraussetzungen für eine freie Wahl geschaffen werden - und wir betonen eindringlich, daß diese Zwischenzeit nach unserer Meinung so kurz wie möglich sein sollte -, wird sich unter Umständen klären, auf welche Art das Selbstbestimmungsrecht des ganzen vietnamesischen Volkes auszuüben ist. Wir sind dessen sicher, daß eine freie Wahl erst möglich sein wird, wenn die fremden Militärstreitkräfte zurückgezogen sind und ungebührlichen Zwang jeder Art der Riegel vorgeschoben ist. Darüber hinaus wird die Freiheit der Wahl erleichtert, wenn während dieser Zeit die internationale Gemeinschaft erfinderisch und großzügig zur Rehabilitation und wirtschaftlichen Entwicklung ganz Vietnams beiträgt.

Da die tragische Not in Vietnam das Ergebnis sowohl langer Ungerechtigkeit als auch militärischer Aktion ist, müssen Bemühungen zur Linderung der Not von der Suche nach lebensfähigen politischen Lösungen begleitet werden; dabei ist zu beachten, daß die Einstellung militärischer Handlungen eine politische Regelung erleichtern mag. Es kann sich für uns nicht darum handeln, diese Probleme in ihrer ganzen Tragweite zu behandeln oder ihre technischen Aspekte zu erörtern. Wir waren uns jedoch über gewisse Maßnahmen einig, die wir hier, ungeachtet gewisser Meinungsunterschiede in Fragen des Details, darlegen, damit Christen, Kirchen und Räte sie erwägen und, wo immer dies wünschenswert scheint, staatlichen und zwischenstaatlichen Organismen unterbreiten.

1. Wir ermutigen alle Parteien, jede nur mögliche Initiative zu ergreifen und jede Gelegenheit zu nutzen, um die Aktion vom Schlachtfeld an den Verhandlungstisch zu verlagern.
2. Wir fordern die Streitkräfte der U.S. und Südvietnams auf, die Bombenangriffe auf Nordvietnam einzustellen, um dadurch eine Schranke zu entfernen und bessere Voraussetzungen für eine Verhandlung zu schaffen.
3. Wir fordern die streitenden Parteien dringend auf, bei militärischen Operationen Maß zu halten, damit (a) eine Erweiterung des Konflikts vermieden wird, (b) Verhandlungen durch Beweis des guten Willens erleichtert werden und (c) Leid und der Verlust an Menschenleben in Schranken gehalten werden.

4. Wir fordern die Behörden in Hanoi und Saigon auf, eine beweglichere Haltung gegenüber den Verhältnissen von Verhandlungen und Zurückziehung der Truppen einzunehmen.
5. Wir treten dafür ein, daß, wo immer eine Gelegenheit zum Gespräch oder zu Verhandlungen sich auftut, alle streitenden Parteien im Verlaufe der Diskussion oder Verhandlung und nicht bereits durch im voraus gefaßtes Urteil den Ernst des Gesprächspartners auf die Probe zu stellen.
6. Wir unterstützen die andauernden Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, der auch weiterhin auf allen Ebenen nach den möglichen Bedingungen und Voraussetzungen für den Verhandlungsprozeß Ausschau hält.
7. Wir ermutigen zu einer erneuten Prüfung der Genfer Konferenz im Jahre 1954, mit dem Ziel, ein Mittel zu finden, die an der gegenwärtigen Situation interessierten Parteien zusammenzubringen.
8. Wir anerkennen als wichtig, daß asiatische Länder, die nicht direkt in den Konflikt verwickelt sind, ihre Vermittlungsdienste denen anbieten, die den Weg einer Lösung suchen und ebnen wollen.
9. Wir machen Regierungen, Kirchen und freiwillige Hilfsorganisationen eindringlich auf die dringende Notwendigkeit aufmerksam, umfassendere Schritte zur Milderung der menschlichen Not, die der Konflikt verursacht hat, zu unternehmen.

Wir sehen die Unzulänglichkeit dessen, was wir gemeinsam haben tun können. Unserer Kompetenz und unserer Fähigkeit, die milieubedingte Parteilichkeit zu überwinden, waren enge Grenzen gesetzt.

Wir danken noch einmal für die unzerbrechlichen Bande, die uns in Jesus Christus, unserem Herrn, zusammenhalten und daher untereinander verbinden. Wir freuen uns über die gegenseitige Bereicherung und Korrektur offener Diskussionen. Und wir sind in der tiefen Überzeugung vereint, daß wir als Nachfolger Jesu Christi auch weiterhin stets in Wort und Tat für die Versöhnung und Gerechtigkeit eintreten müssen, wie gering auch die Aussicht auf Erfolg sein mag, die die Welt uns zu bieten scheint.

Wir werden füreinander beten. Wir rufen die Christen in aller Welt auf, unermüdlich mit uns für das leidende und sich abmühende Volk Vietnams zu beten, für unsere christlichen Brüder dort und für alle jene, die sich mit ihnen in Geiste der Barmherzigkeit für den kommenden Frieden dieser Nation vereinigen, für die Weisheit der Führer der Nationen, die in den gegenwärtigen Konflikt verwickelt sind.

Wenn wir auch fast versucht sind, angesichts der Ungerechtigkeit, des Leides und der Enttäuschungen zu verzweifeln, so wissen wir doch auch, daß Jesus Christus der Herr der Geschichte ist, daß Gott seinen Plan auch heute verwirklicht und daß sein Wille in Erfüllung gehen wird.

Auszug aus:

J u n g e K i r c h e

Protestantische Monatshefte 1/66

Aus Thesen zum Vietnam-Krieg

erarbeitet auf einer Tagung katholischer und evangelischer Studentengemeinden am 18./19.2.1967

Katholische und evangelische Studentengemeinden an verschiedenen Universitäten in der Bundesrepublik haben sich im Wintersemester 66/67 über Ursachen und Tatsachen des Krieges in Vietnam informiert. Auf einer gemeinsamen Tagung im Februar 67 haben sie versucht, Schlußfolgerungen aus ihrer Studienarbeit zu ziehen. Daran waren Asiaten und Europäer, Christen und Menschen anderer Religionen und Kulturen beteiligt. Die folgenden Thesen wurden von einer dafür eingesetzten Arbeitsgemeinschaft formuliert. Die Tagung wurde von Auslandsamt der Katholischen Deutschen Studenten-Einigung veranstaltet.

Nach eingehendem Studium des Vietnamproblems halten wir es daher für unabdingbar, darauf hinzuweisen, daß dieser Krieg nicht zu rechtfertigen ist.

Lösungsmöglichkeiten des Konflikts

Die USA können den Krieg weder militärisch verlieren noch politisch gewinnen. Eine Lösung auf Grund von Verhandlungen ist notwendig. Da nach den bisherigen Erfahrungen in Vietnam ein konstruktives Zusammenwirken von Vietnamesen und Amerikanern vorläufig ausgeschlossen erscheint, und niemand von den Vietnamesen erwarten kann, um einer friedlichen Lösung willen ihr Land zu verlassen, ist ein amerikanischer Rückzug unabdingbar. In einzelnen muß der Modus des amerikanischen Disengagements in Verhandlungen festgelegt werden.

Notwendige Voraussetzungen, um Verhandlungen zu ermöglichen, sind:

Beendigung der Bombardierung Nordvietnams. (Es ist illusionär anzunehmen, man könne Nordvietnam an den Verhandlungstisch bomben.)

Anerkennung der FNL durch die USA als Verhandlungspartner.

Garantie der USA, die FNL bei einer provisorischen südvietnamesischen Koalitionsregierung nicht auszuschließen.

Grundsätzliche Bereitschaft der USA, Vereinbarungen über einen Truppenabzug zuzustimmen.

Grundsätzliche Bereitschaft Nordvietnams und der FNL, nach einer amerikanischen Zusicherung dieser Punkte in Verhandlungen einzutreten.

Die Botschaft der vietnamesischen Studentin Phan Thi Mai

An 16. Mai 1967 vollzog die Studentin Phan Thi Mai das Opfer der Selbstverbrennung. Der Mönch Thich Nhat Hanh sagt in einer Einleitung zu ihren hinterlassenen Briefen und Versen:

"Sie verwandelte sich in eine Fackel, um uns den Weg zur Bruderschaft und zum Mit-Leiden zu zeigen. Sie schrieb:

Ihr Menschenbrüder hört mich:
Weil ich die Menschen liebe,
möchte ich zum Licht werden,
und wenn es nur schwach leuchtet
in dieser dunklen Nacht,
so zeigt es doch an:
Nicht tot ist der Mensch -
Er ist da und will leben.

Mai war Studentin und Lehrerin. Sie liebte Kinder. Sie liebte es, in den Dorfgemeinschaften der Jugendschule für soziale Dienste zu arbeiten, und war eng mit vielen jungen Nonnen im Kloster Tu Nghien befreundet.

In den Briefen, die sie uns hinterlassen hat, finden wir keine Spur von Haß oder Zorn. Alles, was sie schrieb, war Ausdruck eines einzigen Gefühls: der Liebe zu ihrem Land, zu ihrem Volk, zur Menschheit. Ihr Mitgefühl umfaßte selbst die Soldaten des Feindes, die ihre Landsleute töten.

Als ich im vorigen Jahr noch in den Vereinigten Staaten war und für die Beendigung des Krieges in Vietnam eintrat, verabredeten zehn Studenten, ihr Leben der Sache des Friedens zu opfern und dadurch meinen Worten mehr Gewicht zu geben. Mai gehörte zu dieser Gruppe. Als sie mir ihre Absicht mitteilte, antwortete ich sofort, daß ich dagegen sei. Ich sagte: Wir haben so viele Freunde! Wir werden zum Ziel kommen, ohne daß es eures Opfers bedarf. - Aber jetzt, fast ein Jahr später, hat Mai ihr Leben hingegeben. Sie sprach weder zu mir noch zu ihren Freunden davon. Sie hinterließ nur Briefe für uns. Sie sagte einigen Zeitungsleuten, sie sollten am 16. Mai zur Tu Nghien Pagode kommen, aber sie deutete nicht an, was dort geschehen würde. Sie kaufte drei Gallonen Benzin. Alle Vorbereitungen traf sie selbst. Sie stellte zwei Bilder auf: Die Jungfrau Maria und Quan Yin. Sie wollte damit sagen: Wir Buddhisten wollen Gemeinschaft und keine Trennung. In einem ihrer Briefe erklärte sie: daß sie niederknien, ihre Hände im Gebet falten und flüstern wolle: Vietnam - Vietnam - während die Flammen ihren Körper verzehrten.

Die Briefe, die Mai hinterließ, wurden von der Polizei beschlagnahmt. Aber sie hatte Abschriften gemacht und an einige Freunde geschickt. Ihren Besitz vermachte sie der Jugendschule für soziale Dienste - auch ihren wertvollen Schmuck."

AN MEINE MUTTER UND MEINEN VATER

Ich knie vor euch, Mutter und Vater,
als euer undankbares Kind und bitte um eure Vergebung.
Nichts habe ich getan, um euch meine Kindesliebe zu zeigen,
ich häufe Schmerzen und Leid auf die, die mich lieben.

Ich weiß nun, ich habe mein Leben zu opfern,
nicht weil ich die Welt verachte und hasse,
sondern weil ich sie liebe.
Ich liebe das Land, seine Menschen und alle.

Ich gebe mein Leben, damit man mich höre.
Ich muß es doch sagen. Schweigen ist Schuld.
Es fordert das Morden.

Hier, mir zur Linken, steht ihr, meine Eltern,
und mir zur Rechten die Menschheit,
und mein Weg ist klar: ihr muß ich mich opfern,
das Gelöbnis der Hilfe erfüllen
den großen Erleuchteten.

Wohl weiß ich, daß ich nichts vollende,
doch ich glaube, daß Buddha und alle Heiligen
mein Tun erkennen als ein Opfer der Liebe.

O Mutter und Vater,
betet, daß meine Seele befreit sei.
Seid nicht so traurig.
Geburt und Tod sind alltäglich -
Weisheit und Glaube sind das Tor zur Genesung.

W A S I C H W I L L

Ich möchte, daß mein Leib eine Fackel sei,
die das Dunkel zerteilt,
die Liebe erweckt unter den Menschen,
die Frieden bringt dem Land Vietnam.
(Diese Zeilen standen auf einem Schriftband, das Tha Mai während ihres
Sterbens vor Augen hatte.)

LETZTE WORTE DER LIEBE ZU VIETNAM

O Vietnam, mein Land,
höre auf die letzten Worte einer, die Vietnam liebt!

Ich stehe auf der Seite meiner Ahnen,
auf der Seite der Revolution, der jungen Menschen,
aller derer, die leiden, der Witwen und Waisen,
der Verwundeten und Verbannten.

Ich liebe mein Land
und ich weine über dem Blutvergießen,
über dem Töten der Unschuldigen und der Bösen.

O Vietnam,
warum dieser Haß zwischen Menschen?
Warum dies Morden gegeneinander?
Wer wird Verlierer sein, und wer gewinnt?

Tut ab die Namen, die euch trennen.
Alle sind wir Vietnamesen.
Alle sind wir Vietnamesen.
Laßt uns einander die Hände reichen,
um unser Land zu schützen.
O Vietnam, Vietnam!

ICH KINIE NIEDELM UND BETE

Warum verbrennen sich Amerikaner als Opfer?
Warum demonstrieren Menschen, die nicht aus Vietnam sind,
überall in der Welt?
Warum schweigt Vietnam und wagt nicht, das Wort zu sagen,
das Friede heißt?

Ich bin hilflos und leide;
weil ich nicht sagen kann, was ich sagen muß, während ich lebe,
will ich mein Leben opfern, damit ihr erkennt, was ich meine.

Nach Frieden rufen, gilt als Verbrechen.
Für Frieden wirken, heißt Kommunist sein.
Ich rufe nach Frieden
im Namen des Menschen!

Ich falte meine Hände und knie nieder.
Ich nehme ihn an, diesen grausamen Schmerz des verbrennenden Leibes,
weil ich hoffe und glaube,
daß das Wort meines Herzens gehört wird:
O endet den Krieg, ihr Menschen, ihr Brüder!
Mehr als zwanzig Jahre sind vergangen,
mehr als zwanzig Jahre strömenden Blutes.
Rettet mein Volk nicht aus!
Rettet mein Volk nicht aus!

Ich falte die Hände und knie nieder und bete.

Vor ihrem Sterben schrieb Phan Thi Mai Briefe an ihre Landsleute, an die
Leiter der Buddhistischen Gemeinschaft, an die Regierungen in Nord- und
Südvietnam, an die Regierungen der USA durch Präsident Johnson, an die-
jenigen, die den Mordüberfall auf die Jugendschule für soziale Dienste
verübten, und an Thich Nhat Hanh. Dieser schrieb folgende Verse:

HEUTE NACHT

Heute Nacht sind der Mond und die Sterne die Zeugen
all der Gebete aus dieser irdischen Heimat
für Vietnam, das von Feuer und Rauch verzehrt wird
und neu geboren wird aus der unsagbaren Qual dieser Zeit,
um zur Wiege zu werden des kommenden Buddha.
Und wieder blüht die herrliche Blume
und kündigt die Ankunft des neuen Erleuchteten.

Heute Nacht sind wir Hoffende,
hoffen, daß aus dem Leiden die Frucht wächst, die uns verheißen,
daß Samsara neu kommt und den Fluß überschreitet,
daß der Frühling der Liebe von neuem erblüht,
daß die Menschen die Sprache lernen des Unaussprechlichen,
und das Gestammel der Kinder sich wandelt zur Lehre des Rechts.

300x

Gossner-Mission in der DDR

1058 Berlin, am 15.2.68

Göhrener Str. 11

Ruf: 44 40 50

Liebe Freunde,

hiermit laden wir Sie sehr herzlich ein
zu unserem nächsten Gossner-Sonntag am

10.3.1968, Göhrener Str. 11.

Wir beginnen - wie auch sonst, - um 11.00 Uhr und hoffen,
gegen 17.00 Uhr schließen zu können.

An diesem Sonntag geht es um die Verarbeitung von Informationen
mit Hilfe von Literatur für unsere mitmenschliche
Existenz in der Gesellschaft. Wir hoffen, daß es möglich
sein wird, einen bekannten Schriftsteller unter uns zu haben.
Er wird uns aus seinen Arbeiten lesen, und wir werden
mit Hilfe seiner Arbeit danach zu fragen haben, was für uns
verantwortliches Mitgestalten in unserer Gesellschaft
bedeutet.

Als zweiter Referent steht Carl O r d n u n g fest. Er wird
mit uns über das richtige Verarbeiten der modernen Literatur
für christliche Existenz sprechen.

Ich hoffe sehr, daß es Ihnen möglich wird, an diesem Sonntag
wieder unter uns zu sein und grüße Sie, stellvertretend
für alle Mitarbeiter,

Ihr

gez. Bruno Schottstädt

Anmeldezettel

Hiermit melde ich mich zum Gossner-Sonntag am 10.3.1968 an.

Ich nehme am Mittagessen teil.

Ich brauche ein/kein Quartier.

Name:.....

Anschrift:.....

70x

Gossner-Mission in der DDR

1 58 Berlin, am 13.2.68
Göhrener Str. 11
Ruf: 44 40 50

Liebe Freunde,

an einem Adventsabend im Dezember 1966
hatten wir hier bei uns unseren ersten Kabarettabend
mit Domprediger Karl Kleinschmidt.
Domprediger Kleinschmidt ist jetzt Ruheständler, aber
weiterhin aktiv in der Arbeit. Er kommt zu uns am

Sonntag, dem 10.3.68 um 19.00 Uhr

zu einem zweiten Kabarettabend: "Kirchenabend mal ganz
anders". Er wird dazu seinerseits Freunde mitbringen.

Der Abend mit Karl Kleinschmidt wird nicht nur unterhaltsam
sein, sondern doch auch für viele von uns Herausforderung
bedeuten.

Seien Sie herzlich willkommen zu dem Abend. Getränke
können gereicht werden.

Freundliche Grüße

Ihr

gez. Bruno Schottstädt

1000 x

Gossner-Mission in der DDR
- Gemeindedienst -

1058 Berlin, am 29.1.1968
Göhrener Str. 11
Ruf: 44 40 50
Postscheckkonto: Berlin 4408

Liebe Freunde!

Die Dienststelle der Gossner-Mission in der DDR ist seit dem Herbst 1967 in drei Abteilungen aufgegliedert. Neben den Abteilungen "Laiendienst und Ökumenischer Dienst" und "Kirchlich-theologische Seminare und Studentendienst" ist eine Abteilung "Gemeindedienst" eingerichtet worden. Hier wird die Arbeit von Pastor Martin Ziegler und mir (Pastor Ehrenfried Roepke) verantwortet. Wir haben jetzt unter anderem ein neues Verzeichnis über unsere Vortragsthemen

Ton-Bild-Serien

Bild-Serien und

Tonband-Vorträge

fertiggestellt, welches wir Ihnen in der Anlage zusenden.

Wir würden uns freuen, wenn Sie von dem Angebot Gebrauch machen. Schreiben Sie uns bitte Ihre Wünsche.

Im Zusammenhang mit den Vortragsthemen bitten wir: Planen Sie unseren Dienst rechtzeitig ein, und teilen Sie uns Ihre entsprechenden Terminvorschläge mit. Wir werden dann alle Möglichkeiten auszuschöpfen suchen, um Ihren Bitten zu entsprechen.

Bitte schreiben Sie uns mindestens acht Wochen vor dem geplanten Termin, und geben Sie uns nach Möglichkeit an, für welche Kreise die Vorträge gedacht sind.

In der Hoffnung auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen und Ihren Gemeinden grüßen wir Sie als

Ihre

gez. Martin Ziegler

gez. Ehrenfried Roepke

Anlage

V e r z e i c h n i s
über

Vortragsthemen, Ton-Bild-Serien, Bild-Serien und
Tonband-Vorträge

I. Vortragsthemen unserer Mitarbeiter

(Alle diese Vortragsthemen können von unseren Mitarbeitern auf die entsprechenden Kreise - Gemeinden, Pfarr- und Katecheten-Konvente, Gesprächs- und Arbeitskreise - zugeschnitten werden).

1. Der Friedensdienst der Kirche
2. Ökonomische Gerechtigkeit und ökumenische Verantwortung
3. Der Dienst des Kirchenältesten heute
4. Gemeinde Jesu Christi zwischen Gestern und Morgen
5. Die Verantwortung der Christen bei der Erziehung der Menschen zum Jahre 2000
6. Der Dienst der Christen in Gesellschaft und Gemeinde
7. Die Kirche in der sozialistischen Gesellschaft
8. Verantwortliche Elternschaft im Atomzeitalter
9. Laien! - die Interpreten der Taten Gottes heute -
10. Sizilien schreit - ein Stück Hungerland Europa (mit Dias)
11. Kirche Jesu Christi im modernen Indien - inmitten von Hunger, Religion und Industrie (mit Dias)
12. Geschichte der Kirchen Indiens (mit Dias)
13. Helfendes Heilen in Amgaon im Dschungel Indiens (mit Dias)
14. Unsere diakonische Aufgabe an den Brüdern in Indien (mit Dias)
15. Erlebte Ökumene - zu Besuch bei Christengemeinden in Polen, Ungarn, der CSSR und der SU (mit Dias)
16. Geschichte und Gegenwart der Ev. Kirche in Ungarn (mit Dias)
17. Ökumenische Begegnungen in der Schweiz (mit Dias)
18. Stirbt die Volkskirche in Finnland? - Zweimal erlebtes Finnland (mit Dias)
19. Generationsproblem in unserer Kirche
20. "... Wenn dich dein Kind fragt ..." oder Hat die Christenlehre einen Sinn?
21. Die blinde Synagoge - die sehende Kirche? Die Geschichte ihres Verhältnisses

II. Ton-Bild-Serien (Texthefte liegen bei)

1. Kreuz und quer durch Indien und die Gossner-Kirche
(71 Dias) Tonbandlaufzeit: 28 Min.
2. Helfen und Heilen - Das Hospital in Amgaon
(48 Dias) 30 Min.
3. Bina und Amgaon - Der Dienst an Kranken und
hungernden Indern
(52 Dias) 35 Min.
4. Christus im Lande der Adivasis
(49 Dias) 30 Min.
5. Mission auf neuen Wegen - Khuntitoli, eine
Lehrfarm in Indien
(49 Dias) 30 Min.
6. Afrika zwischen Gestern und Morgen
(100 Dias) 30 Min.
7. Vietnam - Bilder der Lebensfreude und
des Grauens -
(59 Dias) 21 Min.
8. Hunger in Indien und der Dienst der Christen
(in Vorbereitung)

III. Bild-Serien mit Textheften

1. Besuch in Amgaon
2. Brot für die Welt - Neuester Bericht 1966/67 -

IV. Tonband-Vorträge (besonders für Pfarrkonvente geeignet)

- | | |
|---------------------------------------|---|
| 1. Prof. Rudolf Bohren | "Zur Theologie des Vorbildes"
107 Min. |
| 2. Prof. Rudolf Bohren | " Zur Laienfrage"
80 Min. |
| 3. Prof. Rudolf Bohren | "Beichte und Absolution"
80 Min. |
| 4. Prof. Rudolf Bohren | "Zur Meditation" |
| 5. Prof. Westermann | "Verbindlichkeit und Freiheit im
Hören auf die Heilige Schrift" |
| 6. Studentenpfarrer
Marquardt | "Kirche und Welt in biblischer
Sicht"
60 Min. |
| 7. Hans-Jürgen Schultz | "Solidarität und Distanz zu
einer weltlichen Welt" |
| 8. Frère Christophe, Taizé | "Bericht über Leben und Regel
der Bruderschaft von Taizé"
30 Min. |
| 9. Lic. Günther Schultz | "Fünf Jahre Indien"
30 Min. |
| 10. Horst Symanowski | "Die Kirche und die Welt der
Arbeit" |
| 11. Interview mit
Horst Symanowski | "Neue Wege kirchlicher Arbeit"
20 Min. |

50 X

Programm für die Seminartagung
"Ansätze und Anfragen der Theologie Hromadkas"
vom 29.1. - 1.2.1968
- - - - -

29.1.68 Montag

18.00 Uhr Abendessen
20.00 Uhr Vorstellung und
Einführung in den Weg Hromadkas

30.1.68 Dienstag

9.30 Uhr Biblische Besinnung (Schülagen)
10.00 Uhr 1. Referat - Prof. Dr. Smolik:
"Das Wort Gottes in seiner prophetischen Funktion"
anschließend Arbeit an Texten
13.00 Uhr Mittagessen
15.30 Uhr Kaffeetrinken
16.00 Uhr 2. Referat - Prof. Dr. Smolik:
"Das Ja Gottes zum Menschen in der Wirklichkeit
der Welt"
anschließend Arbeit an Texten
18.30 Uhr Abendessen
20.00 Uhr Hausabend

31.1.68 Mittwoch

9.30 Uhr Biblische Besinnung (Dr. Pokorny)
10.00 Uhr 3. Referat - Dr. Hejdánek:
"Interpretation und Gestaltung der Weltwirklichkeit"
anschließend Arbeit an Texten
13.00 Uhr Mittagessen
15.30 Uhr Kaffeetrinken
16.00 Uhr Weiterarbeit an Texten
18.00 Uhr Abendessen
abends frei (Vortrag im Ökumenischen Institut)

1.2.68 Donnerstag

9.30 Uhr Biblische Besinnung (Pasterin Lehtis)
10.00 Uhr Schlußaussprache
13.00 Uhr Mittagessen
Schluß der Tagung

340x

Gossner-Mission in der DDR

1058 Berlin, am 15.1.68
Göhrener Str. 11
Ruf: 44 40 50

Liebe Freunde,

der angekündigte Gossner-Sonntag am 21.1.68 kann leider nicht stattfinden. Sie werden das auch daran gemerkt haben, daß Sie noch keine erneute Einladung bekommen haben.

Der nächste Gossner-Sonntag findet - wie angekündigt - am 10.3.1968 von 11.00 Uhr an hier bei uns in der Göhrener Straße 11 statt. Dazu wird noch einmal eingeladen.

Der nächste Kellergottesdienst: Sonnabend, 27.1.68 um 19.00 Uhr. Die Auslegung eines Eibeltextes habe ich übernommen.

Mit freundlichen Grüßen und auf Wiedersehen am 27.1. oder am 10.3.1968

Ihr

gez. Bruno Schottstädt

Liebe Freunde,
in diesem Jahr wollen wir wieder ein
W i n t e r s e m i n a r durchführen. Wir laden Sie hiermit
herzlich ein.

Das Seminar gliedert sich in zwei Themenkreise:

- A. Leitlinien des biblischen Glaubens,
- B. Die Kirche und die soziale Frage in den letzten
100 Jahren. (Dazu besonders unser Verständnis der
Geschichte der Arbeiterbewegung)

Die Termine:

Zu A. Freitag, 19.1.68 von 19.00 - 21.30 Uhr
Sonnabend, 27.1.68 von 10.00 - 18.00 Uhr
Donnerstag, 1.2.68 von 19.00 - 21.30 Uhr

Zu B. Donnerstag, 14.3.68 von 19.00 - 21.30 Uhr
Sonnabend, 23.3.68 von 10.00 - 18.00 Uhr
Donnerstag, 28.3.68 von 19.00 - 21.30 Uhr.

Wir haben - wie Sie sehen - zwei volle Sonnabende und vier
Abende für unsere Arbeit vorgesehen. An den beiden Sonnabenden
haben wir außerdem um 19.00 Uhr unsere Kellergottesdienste.

Zum ersten Arbeitskreis (19.1., 27.1., 1.2.) wollen wir
zusammen den Propheten Jona lesen, die Josefsgeschichten
(1. Mose 37 - 50) und den zweiten Petrusbrief. Wir werden
für jede Zusammenkunft ein Textheft vorbereiten, so daß jeder
ein Stück erarbeitete Auslegung vor Augen bekommt.

Bei diesem ersten Themenkreis geht es uns darum, Ihnen zu
helfen, daß Sie die Grundlinien des biblischen Glaubens
besser und tiefer verstehen lernen. Sie werden merken, wie
aktuell gerade diese Texte für uns sind. Ausleger der Texte sind
Frau Pastorin Lehtiö und Dr. Fink, Leiter der Abende
B. Schottstädt.

Für den zweiten Themenkreis (14.3., 23.3., 28.3.) haben wir
auch Texthefte vorbereitet. Wir hoffen, daß wir mit Hilfe dieser
Zusammenkünfte ein tieferes und besseres Verständnis unserer
jüngsten Geschichte gemeinsam erarbeiten können.
Durch den zweiten Themenkreis führen Pastorin Lehtiö und
der Unterzeichnete.

Ich hoffe sehr, daß sich viele von Ihnen, die die Seminararbeit bei uns kennengelernt und liebgewonnen haben, erneut melden, um sich weiter zu "qualifizieren". Ich hoffe aber auch, daß sich neue Freunde einfinden.

Bitte benutzen Sie anhängenden Zettel und melden Sie sich für das Winterseminar an (nach Möglichkeit bis zum 15.1.68). Es ist auch möglich, nur einzelne Veranstaltungen zu besuchen (z.B. die Sonnabende).

Wir rechnen mit Ihnen, und ich grüße Sie im Namen aller Verantwortlichen für unsere Laienarbeit sehr herzlich

Ihr
gez. Bruno Schottstädt

Anmeldezettel

Hiermit melde ich mich für das Laienseminar am
19.1., 27.1., 1.2., 14.3., 23.3., 28.3.68 an.

Name:

Anschrift: